

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18608.

Inserate kosten die 7 gespaltene Pettizelle oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer Freitag 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Der Finanzausschuß des bayerischen Landtags lehnte zum zweitenmal den Lotterievertrag mit Preußen ab.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist auf eine Woche vertagt.

Die vereinigten Ausschüsse des ungarischen Magnatenhauses haben der durch den Staatsstreich zustande gekommenen Wehrvorlage zugestimmt.

Der Wehrausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm die ersten sieben Paragraphen der Wehrvorlage an.

Nach Mitteilungen des italienischen Kriegsministeriums belaufen sich die italienischen Gesamtverluste seit Beginn des Tripolitanienkriegs auf 645 Tote und 327 Vermisste.

Zur Mischlingsfrage in den Kolonien.

Leipzig, 12. Juni.

Zu den Verhandlungen der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft über das Verbot der Mischehen zwischen Weißen und Schwarzen in den Kolonien, die wir vor kurzem hier besprochen haben, wird uns geschrieben:

Wenn diese Leute von „Rassenschande“ reden, wird man immer wieder an die Schandtaten der Europäer an den fremden Rassen erinnert und unter den zahlreichen Dokumenten, die darüber berichten, verdient eines besonders in diesem Falle hervorgehoben zu werden. Bevaillant, ein französischer Reisender, der zu Beginn des vorigen Jahrhunderts Südafrika bereiste, erzählt in seinem Buche: Voyage dans l'intérieur de l'Afrique: „Wenn man an das Kap der guten Hoffnung kommt, ist man erstaunt, viele Sklaven zu sehen, deren Haut so weiß ist, wie die der Europäer, die man hier trifft, trotzdem doch niemals ein Weißer in diesen Ländern in Sklaverei verfallen ist. Wie konnte das also geschehen? Es ist die Folge der Vergewaltigung der schwarzen Sklavinnen durch ihre Herren. Durch die Blutmischung sind die Sklaven ihren Herren in bezug auf Rasse nahe gekommen... Die Kolonisten machen die Kinder, die sie mit ihren Sklavinnen zeugen, nicht frei, sondern zwingen sie zur Arbeit, peitschen sie, treiben mit ihnen Handel, genau wie mit den Kethiopiern.“

Kann man sich Entsetzlicheres denken? Sein eigen Fleisch und Blut machte der Sklavenhalter zum Arbeitsvieh, seine eigenen Söhne und Töchter verkaufte er wie Hunde!

Aber das, was die Gegner der Mischehen wollen, läuft schließlich auf dasselbe hinaus. Reiner von ihnen denkt ja im Ernste daran, daß der geschlechtliche Verkehr der weißen

Männer mit eingeborenen Frauen aufhören, ja nur eingeschränkt wird, sie wollen aber, daß dieser Geschlechtsverkehr nicht durch die Ehe „legalisiert“ wird. Es wird niemals dahin kommen, daß die Weißen, die nach den deutschen Kolonien in Afrika und der Südsee gehen, weiße Frauen in genügender Zahl vorfinden. Dem stehen die wirtschaftlichen Verhältnisse entgegen, weil eben diese Kolonien keine Siedlungskolonien werden können, wie Nordamerika und Australien. Es werden die meisten Weißen stets mehr oder weniger abenteuerliche Gesellen sein, die ihr Glück „da unten“ versuchen und nicht daran denken, einen Hausstand zu gründen. Daß aber diese Leute zu keuschen Tugendbolden werden, gerade in einem Klima, das die Sinnlichkeit aufstachelte, das anzunehmen, wäre absurd. Es werden also Mischlinge entstehen, ihre Zahl wächst schon jetzt rapid und wird weiterhin wachsen. Ihre Kinder in Sklaverei zu verkaufen, dazu fehlt allerdings den modernen Afrikanern die Gelegenheit. Aber indem man die Ehe zwischen Weißen und eingeborenen Frauen prinzipiell verbietet, degradiert man unter allen Umständen diese Mischlinge, zwingt sie, sich ebenso den Weißen zu unterwerfen, wie die übrige farbige Bevölkerung. Die weißen Väter machen es sich an, ihr eigen Fleisch und Blut zu mischeln, wie sie die Mütter ihrer Kinder geschändet haben. Es ist etwas unsagbar Gemeines in dieser Verleugnung des eigenen Blutes.

Aber die Kemeis ist: die Zukunft in Afrika gehört trotz allem den Mischlingen!

Nichts ist falscher als die populäre Vorstellung einer „schwarzen Rasse“. Vielmehr war Afrika seit jeher ein Gebiet gewaltiger Völkerverflechtung, die zur Folge hatte, daß die „Ureinwohner“, die Buschmänner, nahezu ausgerottet sind. In ganz Nordafrika und bis tief in das Kongogebiet hinein einerseits, und an der Ostküste andererseits haben sich schließlich Mischlinge behauptet, die aus der Vermengung der Ureinwohner mit Eroberern aus dem Mittel und aus Vorderasien hervorgegangen sind. Seit einem Jahrhundert etwa erst nimmt die Invasion der Europäer größere Dimensionen an, und schon spielen die „Bastards“ in ganz Südafrika eine sehr bedeutende Rolle; die Kaffern, Hottentotten, Zulus, haben bereits viel arisches Blut in ihren Adern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ebenso wie im Norden die Tuaregs, die Berber und andre Mischlinge zwischen Negritiern und Semiten infolge ihrer höheren Kultur alle übrigen Elemente zurückdrängten, im Süden die Mischlinge zwischen Hottentotten, Kaffern, Zulus und Artern dieselbe Rolle spielen werden.

Im übrigen spielt sich ja — freilich in andern Formen — in Afrika der gleiche Prozeß ab, den Europa durchgemacht hat. Denn auch hier gehören die „rassenreinen“ Völker längst der Vergangenheit an. Daß die „Romanen“, die „Gallier“, die „Angelsachsen“ Mischvölker sind, wissen schließlich schon die Schulbücher zu berichten. Wer aber einiger-

maßen in den Ergebnissen ethnographischer Forschungen Bescheid weiß, kann nur mit einem Lächeln das Gerede von den „Germanen“ in Deutschland, von den „Slawen“ in Rußland hören. Es sind Mischvölker von A bis Z, die heute Europa bewohnen. Selbst unter den Juden, die nach populären Vorstellungen sich so streng gegen andre Elemente absondern, sind die „reinhütigen“ Semiten ungefähr so häufig, wie die weißen Raben unter den Vögeln.

Warum aber in Afrika die Mischlinge das Feld behaupten, das ist in den unabänderlichen Naturbedingungen begründet. Im Norden haben die Mischlinge eine Kultur geschaffen, die weit über jener der rein negritischen Stämme steht. Im zentralen und südlichen Afrika sind die Völkerstämme auf einem tiefen Kulturniveau verblieben, infolge der Lebensbedingungen, die sie vorfinden. Die Europäer, die hier vordringen, schieben der weiteren Ausbreitung der semitischen Elemente einen Riegel vor. Sie selbst werden aber niemals geschlossene Volksmassen bilden können (mit Ausnahme vielleicht des äußersten Südens und einiger engbegrenzten Gebiete mit bevorzugtem Klima), weil das Klima sie zu dauernder körperlicher wie geistiger Arbeit unfähig macht. Versprengte Menschengruppen, die nicht arbeiten, ein Schmaroherdasein führen, verkommen unrettbar. Nun treten die Mischlinge auf. Sie sind dank dem Erbteil ihrer eingeborenen Mütter dem Klima angepaßt, dank dem Erbteil ihrer weißen Väter stehen sie geistig über dem afrikanischen Kulturniveau. Das macht sich geltend, selbst wenn sie von ihren Vätern verleugnet werden. So sind sie befähigt, ähnlich den Mischlingen des Nordens eine neue Entwicklung in Afrika anzubahnen.

Wäre es den Europäern ernst mit ihrer „Kulturmission in Afrika“, von der sie so viel schwätzen, dann müßten sie die Mischlinge mit allen Mitteln fördern, denn diese allein können die „Kulturträger“ im vollsten Sinne des Wortes sein. Allein, diese Kulturmission ist eine Lüge. Die Bourgeoisie verfolgt bei ihrer Kolonialpolitik Ausbeuterinteressen und deshalb möchte sie den Zustand verewigen, bei dem eine Handvoll Europäer die Gewaltherrschaft über die afrikanischen Menschengruppen ausübt. Die erstarkende Mischlingsbevölkerung wird indessen todsicher früher oder später sich gegen diese Ausbeutung und diese Gewaltherrschaft auflehnen, wird das fremde Joch abwerfen. Daher der Haß der Europäer, daher das Bestreben, die Mischlinge zu brandmarken, sie künstlich auf niedrigem Kulturniveau zu halten. Das soll unter anderm erreicht werden durch das Verbot der gemischten Ehen. Gelingen wird es nicht, und die Frage kann nur sein, ob die kapitalistischen Staaten neue mörderische Kämpfe gegen die afrikanische, durch Zustuß europäischer Blutes kulturell geförderte Bevölkerung führen müssen, oder ob bis dahin das sozialistische Europa mit dieser Bevölkerung sich friedlich auseinandersetzen wird auf der Grundlage gemeinsamer menschlicher Interessen.

Feuilleton.

Safenstürme.

Roman von W. S. Jacobs.

11) [Nachdruck verboten.]

Frau Löbel sah sie an. Es lag ihr auf der Zunge, sie einen alten Papagei zu nennen. Sie war es gewohnt, frei heraus zu reden, und es war ihr schrecklich, still zu sitzen und all die schönen Dinge ungesprochen zu lassen, die sie ihr statt ungenügender Nadelstiche hätte sagen können. Das erstickte sie fast.

„Ich denke mir, Sie werden den Kapitän sehr vermissen,“ meinte sie schließlich.

„Ja, sehr,“ war die Antwort.

„Und ich sollte meinen, er vermisst Sie auch,“ gab Frau Löbel zurück, unfähig, sich noch weiter zu beherrschen, „er muß Ihre Unterhaltung vermissen und das, was ich Ihre Lebhaftigkeit nennen möchte.“

Frau König wandte sich um und sah sie an, und das Rot stahl sich wieder in ihre Wangen. Sie glättete ihr Kleid, wobei ihre Hände zitterten. Beide Damen betrachteten einander jetzt auf eine Art und Weise, welche bei der übrigen Gesellschaft ernsthafteste Besorgnisse erregte.

„Ich bin keine große Rednerin, aber ich suche mit diejenigen, mit welchen ich spreche, sorgfältig aus,“ erklärte Frau König dann im würdevollsten ihr zur Verfügung stehenden Ton.

„Ich kannte einmal eine Dame, die war ebenso,“ entgegnete Frau Löbel, „das heißt, eine Dame war sie eigentlich nicht,“ fügte sie nachdenklich hinzu.

Frau König wurde unruhig und sah kläglich zu ihrer Nichte hinüber; Frau Löbel aber sah mit zufriedenerm

Schnaufen gerade und aufrecht da und überlegte sich weitere Sturmangriffe. Es waren allein schon eine Menge Dinge, die sie über die Haube ihrer Gegnerin hätte sagen können, kluge, aufrichtige Bemerkungen, welche sie in Fehden zerrissen haben würden. Die Haube faszinierte sie und es zuckte ihr in den Fingern, als sie danach hinsah. In etwas ebensürziger Umgebung hätte sie wohl danach gegriffen, da sie aber eine charakterstarke Frau war, unterdrückte sie ihre natürlichen Instinkte und zwang sich zu höflicheren Angriffsmethoden.

„Ihr Neffe scheint keine Eile zu haben,“ bemerkte sie schließlich, „aber, sehen Sie, wenn er mit meiner Tochter zusammen ist, vergißt er eben alles andre.“

„Ich glaube wirklich nicht mehr, daß er kommt,“ warf Thießen ein, den die Blicke von Fräulein Schumann zum Sprechen veranlaßten.

„Ich will ihm noch eine kleine Weile länger geben,“ meinte Frau Löbel. „Ich kam nur hierher, um ihm einen Gefallen zu tun, und allein nach Hause zu gehen, ist mehr, als ich fertig bringe.“

Fräulein Schumann sah nach Herrn Thießen hin und ihre Augen waren sanft und ausdrucksvoll. So deutlich ihre Augen nur sprechen konnten, baten sie ihn, Frau Löbel heimzubegleiten, damit nicht schlimmere Dinge geschähen.

„Würde es sehr außerhalb ihres Wegs liegen?“ fragte sie, mit leiser Stimme.

„Ganz entgegengesetzte Richtung,“ gab Thießen fest zurück.

„Wie ich hierher kam, weiß ich nicht,“ sprach Frau Löbel wieder und rebete das Zimmer im allgemeinen an. „Es ist ein wahres Wunder für mich, Na, einmal ist genug für Lebenszeit.“

„Herr Thießen,“ begann Käthe Schumann wieder mit leiser Stimme, „ich würde Ihnen so dankbar sein, wenn Sie Frau Löbel fortbringen wollten. Sie scheint es darauf abzusehen, Streit mit meiner Tante zu machen. Es ist sehr peinlich.“

Es war schwierig, der Bitte zu widerstehen, aber Herr Thießen hatte eine sehr deutliche Vorstellung von der Dauer von Fräulein Schumanns Dankbarkeit; außerdem freute sich Seemte nur zu offen über sein Unbehagen.

„Sie kann ganz gut allein nach Hause gehen,“ flüsterte er. Fräulein Schumann richtete sich verächtlich auf; Dr. Seemte, der über seine Rauheit empört war, eilte ihr zu Hilfe.

„Als Mediziner,“ sprach er mit beträchtlichem Aufwand von Wichtigkeit, „muß ich sagen, daß ich nicht glaube, daß Frau Löbel allein nach Hause gehen darf.“

„Glauben Sie nicht?“ fragte Thießen grimmig.

„Sicherlich nicht,“ meinte der Doktor im Brustton der Ueberzeugung.

„Nun, warum begleiten Sie sie denn nicht,“ erwiderte ihm Thießen, „es ist doch ohnehin Ihr Weg. Ich habe einige Neuigkeiten für Fräulein Schumann.“

Diese sah von einem zum andern und schelmische Lächler erschienen in ihren Augen, als sie auf den elegant gekleideten stolzen Seemte blickte. Von hier aus sah sie dann nach der andern Seite des Zimmers, wo Frau Löbel unverwandt Frau König ansah, die vergebens versuchte, diese Tatsache zu ignorieren.

„Ach danke Ihnen sehr —“ wandte sich Fräulein Schumann an den Doktor.

„Ich bedaure,“ begann Seemte mit einem entrüsteten Blick auf seinen Nebenbuhler.

„O, wie Sie wollen,“ entgegnete das junge Mädchen kühl. „Bitte, entschuldigen Sie, daß ich Sie darum bat.“

„Wenn Sie es wirklich wünschen,“ sprach da der Doktor und stand auf.

Fräulein Schumann lächelte ihn an und auch Thießen zeigte ihm ein Lächeln gütiger Ermutigung, aber letzteres ignorierte er. Er ging durch das Zimmer und verabschiedete sich von Frau König, dann fragte er Frau Löbel mit einigen

Zum Fall „Göppingen“.

Die gestern schon kurz erwähnte Erklärung des Parteivorstands im Vorwärts lautet:

In der Angelegenheit der Göppinger Volkszeitung ist in der Leipziger Volkszeitung und der Bremer Bürgerzeitung ein längerer Artikel gegen unsere Erklärungen vom 4. und 6. Juni veröffentlicht worden, dessen Inhalt, obwohl er „Tatsachen über den Fall Göppingen“ betitelt ist, zum erheblichen Teil den Tatsachen direkt widerspricht. Das zwingt uns, kurz auf die Veröffentlichung einzugehen. Es heißt in dem Artikel:

Es soll ohne weiteres zugestanden werden, daß der Parteivorstand eine Verschmelzung mit Ulm in seinem offiziellen Schriftstücke bedingungslos gefordert hat.

Diese Behauptung, die den Glauben erwecken soll, als habe der Parteivorstand im Widerspruch mit dem Inhalt seiner offiziellen Briefe eine Verschmelzung wenigstens bedingungsweise gefordert, muß als dreiste Verdächtigung entschieden zurückgewiesen werden. Wenn es weiter in dem Artikel heißt:

... es ist nicht wahr, was der Parteivorstand behauptet, daß sich die Göppinger in seiner bedrängten Lage befanden, da er ihnen Geld angewiesen hat. Die Göppinger hatten das Geld am Sonnabend zu zahlen, Freitag erst kam die Anweisung vom Parteivorstand, aber die entscheidenden Sitzungen fanden schon Dienstag und Donnerstag statt. Und auch das Freitag ihnen angewiesene Geld bekamen die Göppinger nicht direkt, sondern es wurde der Gesellschaft Schwäbische Tagewacht überwiesen, die noch Sonnabend die Auszahlung des Geldes von der Verschmelzung abhängig machte, so muß wiederholt festgestellt werden, daß der Parteivorstand dem Göppinger Geschäft zur Verfügung gestellt hat. Wir haben dem Verlag der Göppinger Freien Volkszeitung am 23. Mai folgendes geschrieben:

Werte Genossen! Der Genosse Heinrich hat uns berichtet über den Stand des dortigen Unternehmens. Daraus ergibt sich, daß die Verhältnisse doch erheblich schlechter liegen, als nach den bisherigen Berichten anzunehmen war.

Wir haben auch Kenntnis genommen von den unten unterbreiteten Vorschlägen zur Sanierung und künftigen Verwaltung des Unternehmens. Dabei vermissen wir jedoch jegliche Erklärung über das Ergebnis der Verhandlung mit den Ulmer Genossen wegen Übernahme des Druckes ihres Blattes. Nach unsern Abmachungen in Stuttgart sollte diese Frage ernstlich erwogen werden, und bei den großen Zusüssen, die nach dem vorliegenden Bericht das Göppinger Unternehmen künftig erfordert, ist die Regelung dieser Angelegenheit für uns von großer Bedeutung.

Wir haben deshalb unsere endgültige Entscheidung über die gemachten Vorschläge ausgesetzt, bis uns Bericht über die Regelung der Ulmer Angelegenheit vorliegt.

Bis dahin sind wir aber bereit, für die notwendig werdenden Zahlungen die erforderlichen Beträge vorzutreten.

Wir haben durch Vermittlung des Stuttgarter Geschäftsgehilfen, um durch die Ueberweisung des Geldes nicht Zeit zu verlieren, sondern die Göppinger auf dem schnellsten Wege in den Besitz des Geldes zu setzen. Es ist also eine Unaufrichtigkeit, wenn angesichts dieser Tatsachen nach wie vor der Ansicht erweckt werden soll, dem Göppinger Geschäft seien die zur Schuldentilgung erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden.

Unwahr ist auch, wie bei den Verhandlungen in Stuttgart festgestellt wurde, daß die Stuttgarter Geschäftsleitung die Auszahlung des Geldes, die sie nur als Bankier des Parteivorstandes zu bewirken hatte, von der Verschmelzung des Göppinger Blattes mit dem Ulmer abhängig gemacht habe.

Unsern Vorwurf, daß die Göppinger Genossen den Parteivorstand über den Verlauf ihrer Verhandlungen mit Ulm vor ihrer Entscheidung nicht unterrichtet hätten, versucht der Artikelschreiber mit folgenden Worten zu entkräften:

Über die Göppinger hörten immer, der Landesvorstand berichte nach Berlin.

Mit dieser allgemeinen Bemerkung ist nichts anzufangen. Wer sind „die Göppinger“, die das „hörten“, wann und von wem hörten sie das?

Infolge der von Thalheimer veröffentlichten Erklärung haben inzwischen in Göppingen von neuem Verhandlungen stattgefunden, an denen teilgenommen haben: der Aufsichtsrat und Vorstand des Göppinger Geschäfts, die Göppinger Parteileitungen, als Vertreter der Redaktion die Genossen Nadel und Thalheimer, als Vertreter des Landesvorstands die Genossen Hildebrand und Wagner, der Parteivorstand die Genossen Ebert und Seum. Es ist zunächst darauf an, über die bisher geäußerten Verhandlungen Klarheit zu schaffen. Dabei ergab sich, daß Genosse Nadel bereits in einer Sitzung, die der Beschlußfassung über die Vereinbarung mit dem Landesvorstand und den Ulmer Genossen vorausgegangen war, erklärt hatte, er sei von Genossen Thalheimer ermächtigt worden, zu erklären, daß Thalheimer aus seiner Stellung ausscheide, wenn der Landesvorstand den in der Vereinbarung vorgesehenen Einfluß auf das Blatt erhalte. Wie später festgestellt worden ist und von Nadel auch angegeben werden mußte, hat

ihn Thalheimer zu dieser Erklärung nicht ermächtigt; er hat sie vielmehr ohne dessen Wissen und Willen abgegeben. Genosse Thalheimer hat sie aber erst in der Göppinger Parteiverammlung zu der feigen gemacht. Im Laufe der Beratungen nahm er zweimal einen Teil der in seiner veröffentlichten Erklärung enthaltenen Behauptungen als unhaltbar zurück, um sie freilich nach Besprechung mit Nadel wieder Wort für Wort aufrecht zu erhalten!

Als das Ergebnis der siebenstündigen Verhandlungen in einer von den Göppinger Partei- und Geschäftsinstanzen abzugebenden Erklärung zusammengefaßt werden sollte, kam es infolge des Behaltens des Genossen Nadel, das näher zu charakterisieren wir uns hier verjagen müssen, zum Abbruch der Verhandlungen.

Auf Wunsch der Göppinger Geschäftsleitung fanden in Stuttgart am folgenden Tage weitere Verhandlungen statt, zu denen die Mitglieder der Göppinger Parteileitungen eingeladen und, soweit sie nicht dringend verhindert, auch erschienen waren. Von den Göppinger Genossen wurde die am Tage vorher besprochene Erklärung vollständig akzeptiert und unterzeichnet. Die Zustimmung der abwesenden Genossen sollte eingeholt und damit die von allen Zustimmenden unterschriebene Erklärung dem Parteivorstand zur Veröffentlichung übergeben werden. Das ist nunmehr geschehen. (Hier folgt die von uns schon gestern weitergegebene Erklärung der Göppinger Parteileitungen.)

In dem Begleitschreiben, mit dem uns die Erklärung überreicht wurde, heißt es u. a.:

Wir teilen hierdurch dem Parteivorstand mit, daß die heutige kombinierte Sitzung des Kreisaußschusses, Ausschusses des Kreisvereins Göppingen sowie Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft, der in Stuttgart vereinbarten Resolution einstimmig zustimmt, hat, was durch die Unterschriften bezeugt ist. Ebenso ist der Kreisvorsitzende Schepferle durch Unterschrift der Resolution beigetreten.

Da also diese einstimmige Erklärung in Abwesenheit der Vertreter des Parteivorstands und des Landesvorstands, wie allerdings auch des Genossen Nadel, der sich an diesem Tage nicht in Göppingen befand, abgegeben worden ist, so kann sie gewiß nicht als eine beeinflusste beangelt werden.

Vegetarisch für die bedenkliche Rolle, die einzelne Genossen in dieser unerquicklichen Angelegenheit spielen, ist ein als „streng vertraulich“ bezeichnetes längeres Schreiben, das mit den Namen Westmeyer, Nadel und Thalheimer unterzeichnet und an die Redaktionen der Parteiblätter in Leipzig, Halle, Bremen, Essen, Elberfeld, Düsseldorf und Solingen sowie an zehn einzelne Parteigenossen verandt worden ist.

In diesem Schreiben wird von den oben erwähnten Vereinigungen in Göppingen ein völlig entstelltes, zum Teil direkt wahrheitswidriges Bild gegeben und dadurch versucht, die Erklärung der Göppinger vor der Veröffentlichung durch den Parteivorstand bereits zu diskreditieren. Wir begnügen uns damit, dieses Treiben niedriger zu halten und weisen nicht daran, daß die Adressaten, wie auch die Gesamtpartei, es entsprechend würdigen werden. Da dieses „streng vertraulich“ Schreiben auch direkt zugesandt worden ist, wahrscheinlich in der Absicht, uns einzuschüchtern, wie aus andern uns zugegangenen Drohnoten gefolgert werden muß, so ersuchen wir Sie, sich darauf zu beschränken.

Wie verfahren die Verhältnisse in Göppingen sind und wie dort von einzelnen Genossen gehandelt wird, erhellt aus dem nachstehenden Schreiben an uns vom 2. dieses Monats, das wir soeben empfangen haben:

In einer am gestern abend abgehaltenen Sitzung des Kreisvorstands, des Vorstandes und Aufsichtsrates unserer Genossenschaft und der Göppinger Parteileitung unterschrieb ich die Ihnen zugegangene Erklärung, ohne jedoch mit deren Inhalt voll einverstanden zu sein.

Ich sehe viel mehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer ein erzwungener war.

Um aber die weiteren Verhandlungen in der Sache nicht zu erschweren, wird die Kreisgeneralversammlung am 18. Juni meinerseits Gelegentlich erhalten, eine Lösung zu treffen, die den Partei- und Landesvorstand nicht länger davon hindert, seine Parteipflicht zu erfüllen.

Mit Parteigruß
Chr. Schepferle, Dist. Ringstr. 30a.

Die Sanierung des Göppinger Geschäfts, das infolge leichtfertiger Begründung in große Bedrängnis geraten ist, wird umgeändert, wenn Genossen, die zum Teil den Göppinger Verhältnissen fernstehen, durch wahrheitswidrige Sachdarstellungen einen Parteistreit inszenieren, anstatt die Schwierigkeiten mit aus dem Wege zu räumen.

Der Parteivorstand hat beschlossen, seine Beteiligung an einer Sanierung auf der Grundlage der vom Landesvorstand, den Ulmer und den Göppinger Genossen getroffenen Vereinbarung über die Verschmelzung des Göppinger und des Ulmer Blattes abzulehnen. Er kann es aber auch der Gesamtpartei gegenüber nicht verantworten, für ein Unternehmen, dessen Unrentabilität von vornherein feststand, über 100 000 M. zu opfern. Wohl aber wird er sofort Schritte unternehmen, das Göppinger Zeitungsunternehmen so zu gestalten, daß die finanziell beteiligten Genossen nach Möglich-

keit schadlos gehalten werden, daß die Parteibewegung in Göppingen vor weiterem Schaden bewahrt wird; und er wird dabei bemüht sein, den Göppinger Genossen ein Blatt zu sichern, das ihrer grundsätzlichen Auffassung entspricht. Der Parteivorstand.

Siehe gehen uns ferner die beiden folgenden Erklärungen zu:

Da die letzte Erklärung des Parteivorstands uns noch nicht im Wortlaut vorliegt, warten wir mit einer ausführlichen Antwort bis zur Ankunft der betreffenden Vorwärts-Nummer. Aber schon auf Grund der telegraphischen Inhaltsangabe der Parteivorstands-Erklärung erklären wir:

Wir halten an allen Behauptungen fest, die in der Vorwärts-Korrespondenz vom 2. Juni, in den Beilagen der Leipziger Volkszeitung vom 4. und vom 8. Juni und der Erklärung Thalheimer vom 4. Juni niedergelegt sind.

Stuttgart, den 11. Juni 1912.

H. Thalheimer, Fr. Westmeyer, R. Nadel.

In der in Nr. 132 der Freien Volkszeitung gebrachten Erklärung der Göppinger Parteileitungen und des Vorstands und Aufsichtsrats der Vereinsdruckerei habe ich zu erklären:

Ich gab, wie fast alle anderen in Betracht kommenden Genossen, meine Unterschrift, nachdem Genosse Nadel mitgeteilt hatte, daß der Partei- und Landesvorstand die Sanierung nur dann durchführe, wenn die Erklärung von den Göppinger Instanzen unterzeichnet werde. Im andern Falle würden schließlich die zur Rettung des Unternehmens notwendigen Mittel zu Verfügung gestellt, die Zeitung würde aber ihre Selbstständigkeit verlieren, indem eventuell die Materie von der Schwäbischen Tagewacht bezogen werden müßte.

Bevor ich unterschrieben hatte, erklärte ich in Gegenwart aller Anwesenden, daß ich mit dem Inhalt der Erklärung nicht voll einverstanden wäre, indem ich nach wie vor behaupte, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer ein erzwungener war.

Genosse Kopp schloß sich dem an.

Weiter stelle ich fest, daß in der Sitzung betont wurde, die Erklärung werde nicht sofort veröffentlicht, sondern lediglich dem Parteivorstand zur späteren Verwendung zur Verfügung gestellt.

Als ich heute morgen telefonisch erfuhr, daß in Abwesenheit des Genossen Nadel die Erklärung auf Veranlassung des Genossen Koppel in der Zeitung erscheinen soll, legte ich als Vorsitzender der Pressemmission Protest ein. Als mir geantwortet wurde, die Erklärung werde trotzdem erscheinen, forderte ich die Unterbringung einer Erklärung, die meinen Standpunkt darlegte. Auch dies wurde abgelehnt.

Das nötigt mich zu diesem öffentlichen Protest gegen die Irreführung der Partei, gegen die gewalttätige Beiseitigung der Redaktion, gegen die Aneignung von Rechten, die weder dem Genossen Koppel noch der Geschäftsleitung der Druckerei zustehen.

Göppingen, den 10. Juni 1912.

Chr. Schepferle.

Wir haben schon gestern gesagt, daß wir das Verfahren des Genossen Schepferle, eine Erklärung zu unterzeichnen, deren Inhalt er für unwahr hielt, für unentschuldigbar halten. Und dabei muß es bleiben, und das gilt für alle andern Unterzeichner, die auf dem Standpunkt Schepferles stehen. Die Sorge um die Sanierung und um die Erhaltung des selbständigen Parteiblattes gibt den betreffenden Genossen nicht das Recht, öffentlich das Gegenteil dessen zu erklären, was sie für wahr halten. Auch wenn sie für das Göppinger Unternehmen schlimme Folgen befürchteten, falls sie die Unterschrift verweigerten, dürften sie das nicht tun. Die Partei hat das höchste Interesse daran, die ganze Wahrheit über den Fall zu erfahren. Das Vertrauen zu den Göppinger Erklärungen muß aber schwinden, wenn man nicht weiß, ob sie hinterher nicht wieder durch andre Äußerungen werden.

Deshalb versagen wir uns vorerst jedes weitere Eingehen auf die schwereren Beschuldigungen, die Genosse Schepferle in seiner letzten Erklärung erhebt. Wir müssen weitere Klärung abwarten. Die Notwendigkeit der Untersuchung der Sache durch eine unparteiische Kommission ergibt sich in aller Deutlichkeit. Wir meinen, daß auch der Parteivorstand das einsehen muß angesichts der neuen schweren Anklagen, die in der letzten Erklärung des Genossen Schepferle erhoben werden.

Aus Stuttgart wird uns vom 11. Juni gemeldet:

Eine von 2000 Genossen besuchte Parteiverammlung beschloß sich trotz des Einspruchs des Parteivorstands mit der Göppinger Affäre. Nach dem Referat Nadels wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die dem Beschluß des Parteivorstands zustimmt, von der Sanierung auf Grund der Ulmer Bedingungen abzusehen, und die Erwartung ausdrückt, daß entgegen den Versuchen des Landesvorstands die Unabhängigkeit des Göppinger Blattes gewahrt wird. Die Versammlung fordert die Genossen im Falle auf, sich dem anzuschließen. Der Landesvorstand erklärte, angesichts des Einspruchs des Parteivorstands an der Diskussion nicht teilnehmen zu wollen.

abgerissenen Worten, ob er ihr vielleicht behilflich sein könne, sie nach Hause zu begleiten.

„Ich bin Ihnen sicherlich sehr verbunden,“ erklärte diese Dame und erhob sich. „Es scheint wenig Zweck zu haben, auf meinen zukünftigen Schwiegersohn zu warten. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend, gnädige Frau; ich kann jetzt verstehen, warum Max nicht gekommen ist.“

Mit diesem Abschiedsgruß verließ sie das Zimmer, lehnte sich auf des Doktors Arm und segelte majestätisch den Gartenweg nach der Pforte hinab. Jede Feder auf ihrem Hut zitterte als Folge ihrer inneren Erregung.

„Nicht von ihm, nicht wahr?“ meinte Thieffen und sah mit triumphierendem Lächeln aus dem Fenster.

„Sehr,“ entgegnete Fräulein Schumann kühl und setzte sich zu ihrer Tante. „Welches sind die Nachrichten, auf welche Sie soeben Bezug nahmen? Handelt es sich um meinen Vater?“

Sechzigstes Kapitel.

Die beiden Damen nahmen Herrn Thieffens Mitteilungen mit einem Gefühl entgegen, das dem der Erstarrung nahe verwandt war; denn der Gedanke, daß der Selbstherrscher dieser Villa sich als „blinder Passagier“ an Bord des Schiffs eines alten Feindes befand, erwies sich als zu ernsthaft für eine der üblichen Bemerkungen. Frau Königs gewöhnliche Ausdrücke der Ueberraschung: „Kein, wer hätte das gedacht!“ oder „Barmherziger Gott!“ erstarben ihr auf den Lippen, und hilflos sah sie da, und starrte mit großen Augen auf ihre Nichte.

„Ich möchte wohl wissen, was er gesagt hat,“ höhnte sie schüchtern.

Fräulein Schumann, welche versuchte, sich ihren Vater in seiner neuen Rolle an Bord der Fortuna vorzustellen, achtete nicht auf sie. Es war ihr kein angenehmer Gedanke und ihre Augen blühten vor Zorn, als sie daran dachte. Früher oder später würde die ganze Geschichte öffentliches Geheimnis sein.

„Ich hatte immer schon die Idee, daß er nicht in Hamburg sei,“ murmelte Frau König. „Denke nur mal, daß dieser Nathan Schmidt, als er in Peters Zimmer war, uns solche Unwahrheiten erzählt hat. Er erdötete nicht einmal dabei!“

„Aber du sagtest doch, du könntest dir Vater ausmalen, wie er in den Straßen von Hamburg umherpaziert, mit seinem Stolz kämpft und veruche, sich zu entschließen, wieder nach Hause zurückzukehren,“ bemerkte ihre Nichte maliziös.

Frau König wurde unruhig, bevor sie aber an eine zufriedenstellende Antwort denken konnte, trat Bella in die Tür und wollte sie einen Augenblick sprechen. Herr Thieffen nahm den Vorteil ihrer Abwesenheit sofort wahr, lehnte sich zu Fräulein Schumann herüber und drückte ihr mit leiser Stimme seinen Kummer über das Mißgeschick ihres Vaters, zu gleicher Zeit aber seine feste Ueberzeugung aus, daß alles Denkbare geschehen werde, um dem unglücklichen Seemann alle Annehmlichkeiten zu bieten. „Unsere Väter werden wahrscheinlich als gute Freunde zurückkommen,“ schloß er. „Nichts würde mich mehr freuen als das, und ich glaube, wir selbst würden besser tun, damit gleich anzufangen, um ihnen ein gutes Beispiel zu geben.“

„Es hat wenig Zweck, Leuten, die Hunderte von Meilen entfernt sind, ein gutes Beispiel zu geben,“ meinte das mit sicherem Blick für das Wirkliche begabte Fräulein Schumann. „Außerdem, wenn sie Freunde geworden sind, brauchen sie kein Beispiel mehr.“

„Aber in diesem Falle haben sie uns ein Beispiel gegeben, dem wir folgen sollten,“ rief Thieffen.

Fräulein Schumann erhob die Augen zu ihm. „Weshalb wünschen Sie so freundliche Beziehungen?“ fragte sie mit verlegen machender Ruhe.

„Ich möchte Ihren Vater kennen lernen,“ gab Thieffen mit vollkommenem Ernst zurück, „und Frau König — und Sie.“

Er sah sie fest an, während er sprach, und Fräulein Schumann lächelte, daß trotz ihrer äußersten Anstrengungen ein

schwacher Schatten von Rot in ihren Wangen aufstieg. Sie erinnerte sich an seinen verstockten Angriff gelegentlich ihrer letzten Unterredung bei Herrn Wilkens, und die Notwendigkeit, diesem hartnäckigen jungen Mann eine ernste Lektion zu erteilen, kam ihr mit der ganzen Kraft einer staatsbürgerlichen Verpflichtung zum Bewußtsein.

„Warum?“ fragte sie leise, wobei sie ihren Blick senkte und eine nachdenkliche Miene annahm.

„Erstens bewundere ich ihn als tüchtigen Seemann,“ erklärte Thieffen.

„Ja,“ sagte Fräulein Schumann, „und — —“

„Und für Frau König habe ich immer eine große Vorliebe gehabt,“ fuhr er fort, „sie war sehr nett zu mir, als ich noch ein kleiner Junge war, wie ich mich wohl erinnere. Sie ist sehr gütig und liebenswürdig.“

Das verwirrte Fräulein Schumann warf ihm einen heimlichen Blick zu.

„Und — —“ sprach sie wieder sehr sanft.

„Und sehr mütterlich,“ antwortete Thieffen, ohne mit einer Muskel zu zucken.

Fräulein Schumann zögerte und warf ihm von neuem einen Blick zu. Der Ausdruck seines Gesichtes war unbedingungen, um nicht zu sagen dumm. Sie beschloß, es zu wagen. Bis jetzt war er in ihren kurzen Wortgefechten stets Sieger geblieben, und Eintönigkeit war nie nach ihrem Geschmack gewesen, besonders Eintönigkeit auf diesem Gebiet.

„Und wie ist es mit mir?“ sprach sie mit freundlichem Lächeln.

„Sie,“ erwiderte Thieffen mit einem Ernst in der Stimme, welcher durch die Heiterkeit, die aus seinen Augen sprach, Lügen gestraft wurde, „Sie sind die Tochter des tüchtigen Seemanns und die Nichte der reiten und mütterlichsten Frau König.“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

Eine kraftvolle Aufwärtsbewegung und ständig sich vermehrende Machtenkung der deutschen Gewerkschaften kommt wieder in den Ergebnissen der soeben von der Generalkommission herausgegebenen Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftskartelle zum Ausdruck. Bringt sie auch nur einen Teil der gewerkschaftlichen Wirksamkeit zur Darstellung, so läßt diese doch schon die auch im Jahre 1911 eingetretene günstige Entwicklung der freien Gewerkschaften erkennen. Es kann schon heute aus den Ergebnissen der sichere Schluß gezogen werden, daß die Zentralverbände innerhalb des Jahres 1911 mindestens eine Viertel Million neuer Streiter gewonnen haben.

Auch eine weitere Vermehrung der Kartelle ist eingetreten. Und diese Erscheinung ist deshalb so erfreulich, weil sie Zeugnis ablegt von der Ausdehnungsfähigkeit der freien Gewerkschaften, die ihre Vorposten immer weiter auf das Land hinausziehen und sich bemühen, die errungenen Positionen durch örtlichen Zusammenschluß der Zweigvereine zu festigen.

Es bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 707 Kartelle, 1910 betrug ihre Zahl 684. An der Statistik beteiligten sich 691 Kartelle, an die 9281 Gewerkschaften mit 2 160 728 Mitgliedern angeschlossen sind. Es ist eine Vermehrung von 268 247 Mitgliedern eingetreten. Mehr als 25 000 Mitglieder haben die Kartelle: Berlin (296 812), Bremen (30 553), Breslau (30 470), Chemnitz (40 088), Köln (26 711), Dresden (85 911), Frankfurt a. M. (40 890), Hamburg (130 383), Hannover (38 684), Leipzig (72 367), Magdeburg (28 065), München (88 756), Nürnberg (56 513), Stuttgart (42 815). Köln ist zu diesen Kartellen neu hinzugekommen; 1910 zählte es 22 201 Mitglieder.

Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so haben sie doch auf ihrem Gebiete eine reiche Fülle von Arbeit zu leisten. Ihre Haupttätigkeit ist die Betreibung der Agitation. 2324 allgemeine und 1107 Versammlungen für einzelne Berufe wurden von ihnen abgehalten. Von 41 Kartellen wurden eigene Versammlungsräume unterhalten. 82 Kartelle haben Arbeiterinnen-Agitations-Kommissionen oder weibliche Vertrauenspersonen.

Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter erfahren durch die Kartelle eine gute Förderung. Im Berichtsjahre hatten 547 Kartelle (1910: 496) gemeinsame Bibliotheken und 87 Kartelle (1910: 71) Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen in 382 Orten (1910: 292) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 346 (1910: 293). Erwähnenswert ist ferner noch die Tätigkeit der Kartelle zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Es bestanden 1911 zu diesem Zwecke: 135 Beschwerdekommmissionen für Gewerbeinspektionsachen und 235 Bauarbeiter-Arbeiterschutzkommissionen. An 48 Orten werden Kommissionen zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber unterhalten.

Gewerkschaftshäuser bestehen 67 (1910: 53). Im Bericht der Generalkommission wird wieder darauf gewarnt, ohne die notwendigen Unterlagen und mit ungenügenden Mitteln an solche Gründungen heranzugehen; sie entwickelten sich häufig zu wahren Schmerzenskindern.

Dem Herbergswesen wenden die Kartelle erfreulicherweise besondere Aufmerksamkeit zu. Herbergen in eigener Regie unterhalten 31 Kartelle, in 322 Orten haben die Kartelle mit Herbergswirten besondere Abmachungen getroffen und haben sie sich das Recht der Kontrolle gesichert.

An 102 Orten bestehen Arbeitersekretariate und an 198 Orten Rechtsauskunftsstellen, 18 Kartelle besitzen Bureaus mit Angestellten.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben liegen von 675 Kartellen vor. Diese hatten eine Einnahme von 1 797 248 M. und eine Ausgabe von 1 600 435 M. Für Streiks wurden 283 855 M. gesammelt und 309 046 M. verausgabt.

Von den Kartellen der gegnerischen Gewerkschaften liegen absolut zuverlässige Angaben nicht vor. Das christliche Zentralblatt gab 250 Kartelle an. Nach den Angaben der Kartelfunktionäre der freien Gewerkschaften bestanden in 171 Orten christliche Ortsverbände und in 173 Orten solche der Hirsch-Dundersche Gewerkschaften. In 32 Orten befinden sich Hirsch-Dundersche Arbeitersekretariate oder Rechtsauskunftsbureaus, und in 122 Orten bestehen christliche Sekretariate oder Volksbureaus. — Auch in dieser Gegenüberstellung kommt das tatkräftige Wirken der Kartelle unserer Gewerkschaften für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiter anschaulich zum Ausdruck.

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter!

Einige Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, z. B. die Firmen Ohme u. Wehler, Zimmermann u. Kühn, Böbe usw. versuchen von neuem, den Mittwochsschluß einzuführen. Wir ersuchen die Kollegen, uns von der Verteilung der Arbeitsordnungen sofort Kenntnis zu geben und verweisen auf den früheren Versammlungsbeschluss. Deutscher Bauarbeiterverband.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter!

Nach den uns gewordenen Mitteilungen hat das Zentralarbeitsgericht am 10. d. M. beschlossen, daß die Baumeister Max Müller, Leipzig, und Kühn, Wahren, den rückständigen Lohn für Ausschaltungsarbeiten nachzahlen haben. Wir ersuchen nun die Kollegen, die im vorigen Jahre bei dem Baumeister Max Müller, an dem Neubau der 17. Bezirks-Schule in E.-Neuschönefeld, Konstantinstraße, und bei dem Baumeister Kühn, Neubau Wahren, Plankstraße, ausgeschaltet und den Tariflohn von 54 Pfg. nicht bekommen haben, sich in unserm Bureau zu melden.

Ferner ersuchen wir die Kollegen, die bei dem Baumeister Albin Reumann am Zentralbahnhof gearbeitet haben, am Tage vor der Einweihung 1 1/2 Stunde aussetzen mußten und wegen der Nichtbezahlung des entgangenen Lohnes beim Gewerbegericht erhoben, ihren Lohn in unserm Bureau abzuholen. Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Leipzig.

Achtung, Böttcher! Wegen Lohnunterschieden haben heute früh die Böttcher bei der Firma Krausch u. Pössi die Arbeit niedergelegt. Näherer Bericht folgt. Die Ortsverwaltung des Zentr.-Verb. der Böttcher, Filiale Leipzig.

Deutsches Reich.

Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie.

Von der Hochkonjunktur, von der allgemein unsere Volkswirtschaftler schreiben, ist in der Berliner Holzindustrie nichts zu verspüren. In diesem für das Wirtschaftsleben Berlins nicht unwichtigen Industriezweig ist im Gegenteil eine immer größere Geschäftslage zu verzeichnen. Charakteristisch findet das seinen Ausdruck in dem Kurserfolg der in Frage kommenden Papiere am Holzaktienmarkt. Ganz besonders scharf tritt die Ungunst der Konjunktur in der hohen Zahl der Arbeitslosen in Erscheinung. Eine Stadt wie Berlin wird ja immer einen Stamm Arbeitsloser aufzuweisen haben, die Zahl der Arbeitslosen in der Berliner Holzindustrie ist aber seit längerem abnorm hoch. Der Anfang des Jahres 1911 zeigte bei den beiden in der Holzindustrie Berlins in Betracht kommenden Arbeitsnachweisen einen Arbeitslosenstand von 3077; die Zahl sank im Laufe des Jahres bis zum September auf 1476, um seitdem mit kleinen Schwankungen fortgesetzt zu steigen. Am Jahreswechsel 1911/12 wurden 3046 Arbeitslose in den benannten Arbeitsnachweisen gezählt, die Zahl stieg im Januar auf 4110, sank bis Ende April auf 2507, um bis zum Juni wieder auf 2890 zu steigen. Der Arbeitslosenstand hat also nahezu das Niveau der Krisenjahre 1907/08 erreicht. In den ersten 20 Wochen dieses Jahres haben sich beim partiellen sowie beim Verbandsnachweis des Holzarbeiterverbandes in Berlin 57 021 Arbeitslose gemeldet, denen 15 847 offene Stellen zur Verfügung standen. Da in der Berliner Holzindustrie die Benutzung der Arbeitsnachweise für die in der Hauptsache in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer obligatorisch ist, geben die Zahlen eine treffende Illustration. Sie belegen, daß im Durchschnitt ein Berliner Holzarbeiter, der arbeitslos wird oder die Arbeitsstelle wechseln will, eine Arbeitslosigkeit von 4 1/2 Wochen durchmachen muß. Das ist, wie gesagt, der Durchschnitt. Bei den Bauarbeitern oder den sonst von der Bauartigkeit Abhängigen wird dieser Zeitraum in der Regel noch weit überschritten.

Natürlich belastet dieser hohe Arbeitslosenstand die Klasse der Berliner Holzarbeiter in erheblichem Maße. Die Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin zählte im Jahre 1911 493 705,16 M. an Arbeitslosenunterstützung aus. Im laufenden Jahre wird die Unterstützung annähernd die gleiche Höhe erreichen. Im Durchschnitt der ersten 20 Wochen des Jahres 1912 sind wöchentlich 10 620,72 M. zur Auszahlung gelangt. — Das ist für die Beteiligten eine recht wenig erfreuliche Situation und auswärtige Holzarbeiter sollten es sich recht sehr überlegen, ehe sie ihr Domizil nach Berlin verlegen.

Einen Stellennachweis für Bureauangestellte

aller Branchen (Berufsgenossenschafts-, Krankenkassen-, Rechtsanwalts-, Versicherungs- usw. Anstellung, Adressen-, Fabrik-, usw. Schreiber, Stenotypisten, Stenotypistinnen, Kontoristinnen usw.) unterhält der Verband der Bureauangestellten Deutschlands (Stb Berlin). Die Vermittlung der Stellen erfolgt sowohl für die Arbeitgeber als auch für alle Angestellten von *Billigkostenlos*. Der Verband ist die Berufsorganisation aller männlichen und weiblichen Bureaubeamten. Er bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Berufsausgehörigen unter Ausschluß religiöser und parteipolitischer Fragen. Er unterstützt aber auch seine Mitglieder im Falle von Arbeitslosigkeit bis zu 150 M., bei Krankheit bis zu 10 M., in Notfällen bis zu 50 M., er zahlt Sterbegeld bis zu 100 M., gewährt Rechtschutz und fördert die sachliche Bildung seiner Mitglieder, insbesondere der jugendlichen, durch Veranstaltung von Unterrichtskursen und Vorträgen und durch kostenlose Pfelegung des Verbandsorgans Der Bureauangestellte mit der Rechtspraxis und der volkstümlichen Zeitschrift. Dem Verbands gehören zurzeit circa 7000 Kollegen und Kolleginnen an, er hat im Reich über 100 Bezirks- und Ortsgruppen, im Reichsgebiet Sachsen 18 Ortsgruppen. Das Verbandsvermögen beträgt über 1/2 Million Mark. Näherer Auskunft erteilt die Bezirksleitung für das Königreich Sachsen, Leipzig, Schützenstr. 50, III., Telefon 20 627.

Achtung, Erbauer, Maschin- und Werkstattpersonal!

Die Firma Feld u. Franke, bei der die am Bau des Mittel-Landkanals Beschäftigten Arbeiter streiken, macht alle möglichen Anstrengungen, um Ersatz für die Ausständigen zu beschaffen. Bisher ist ihr das nicht gelungen. Nach Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse wollte die Direktion am Montag mit 400 Mann den Betrieb voll aufnehmen, erhalten haben sie jedoch bisher nicht einen Arbeitswilligen. Bisher hat die Firma jegliches Entgegenkommen abgelehnt, lange genug haben die Arbeiter Geduld gelübt und erst durch die Erklärung der Bauleitung: die Arbeiter mögen nur streiken, wenn sie Lust dazu haben, hat zur Arbeits Einstellung geführt. Kein Tiefbauarbeiter lasse sich durch in die Presse lancierte falsche Berichte irreleiten. Galtet jeglichen Zugab fern.

Die Maler- und Anstreichergehilfen

In Döbeln haben bereits am 6. April durch den Gesellenauschuss an die Innung Forderungen eingereicht, die neben der Festsetzung eines Mindestlohnes von 48 Pfg. für Maler über 20 Jahre und 43 Pfg. für solche unter 20 Jahren und Anstreicher folgendes enthalten: die üblichen Zuschläge für Ueberstunden, Landarbeit etc., ferner Abschluß eines Tarifes für den Innungsbezirk Döbeln. Bis zum 7. Juni hat es die Innung nicht für nötig erachtet, irgendeine Antwort zu geben, obgleich zwei weitere Anfragen erfolgten. Erst nachdem die Organisationsleitung, von einer gut besuchten Versammlung beauftragt, beim Obermeister anklingelte, sah sich die Innung veranlaßt, sich zu Verhandlungen — jedoch nur mit „ihren“ Gehilfen — bereit zu erklären. Sie schoben jedoch den Verhandlungstermin soweit hinaus, daß die Gehilfen-schaft darin eine Verzettelung erblickt. Eine von 60 Gehilfen besuchte Versammlung nahm zu der erneuten Situation Stellung und fasste folgende Entschliessung: Die in den Malergewerken Döbelns arbeitenden Gehilfen nehmen Kenntnis von dem Schreiben der Malermeister. Sie erklären sich nach wie vor zu Verhandlungen bereit, doch sehen sie in der Festsetzung des Verhandlungstermins auf Sonnabend, den 15. Juli, eine absichtliche Verzögerung, und fordern daher, daß bis spätestens Mittwoch, den 12. Juni, Verhandlungen stattfinden, und zwar unter Zuziehung der Organisationsvertreter. Sollte bis zu diesem Tage eine Einigung nicht erzielt werden, so erklären die Versammelten, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um ihren gerechten Forderungen Geltung zu verschaffen. Zugang nach Döbeln ist fernzuhalten. Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher zc. Deutschlands, Bezirk 5.

Dachdeckerstreik in Nordhausen. Am Montag morgen legten in Nordhausen die Dachdecker die Arbeit nieder. Die Unternehmer weigern sich, den tariflichen Lohn zu zahlen. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

Vom Generalkonflikt der englischen Transportarbeiter.

Heute liegen folgende Meldungen vor: Auf eine Anfrage wegen der Streiklage erklärte Premierminister Asquith im Unterhaus, die Regierung habe während der letzten zehn Tage jeden Versuch gemacht, den unglücklichen Streit zu einer befriedigenden Lösung zu bringen. Die Vorschläge der Regierung seien aber von beiden Seiten nicht für annehmbar befunden worden. Ramsay MacDonald fragte, ob die Regierung noch auf dem Standpunkt stehe, den beiden Parteien ihre guten Dienste anzubieten. Asquith erwiderte die Anfrage.

Falls der Nationalstreik der Transportarbeiter vollständig durchgeführt wird, werden gegen 300 000 Mann an den Streik teilnehmen. Vorläufig ist nicht zu übersehen, wie weit der Streikbeschluss Anerkennung finden wird. In Barry (Schottland) fassten die Hafenarbeiter einen Beschluß gegen den Streik. Man erwartet einen gleichen Beschluß aus Cardiff und anderen Häfen von Südwales. Dagegen haben sich die Transportarbeiter von Bristol für den Streik ausgesprochen. — Der Nationalverband der Matrosen und Helzer, der dem Transportarbeiterverband angehört, erklärte, daß seine Mitglieder nicht beabsichtigt seien, dem Streikbeschluss Folge zu leisten, bevor eine Abstimmung ihrer Organisationen stattgefunden habe.

Im übrigen sind die Meldungen bürgerlicher Blätter über die Beschlässe der Arbeiter mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wenn man den bürgerlichen Meldungen Glauben schenken dürfte, wäre der Streik heute schon zu Ende. Damit aber stehen die Maßregeln in Widerspruch, die von den Behörden und auch von den Arbeitern getroffen werden. So sind an sämtlichen Eingängen zu den Docks Polizeiverstärkungen aufgestellt worden. Diesen Schlag haben die Arbeiter aber pariert, indem sie eine Streikpolizei schafften. Darüber wird berichtet: Im Laufe einer Versammlung, die gestern unter dem Vorst. des Arbeiterführers Ben Tillet tagte, wurde beschlossen, eine Streikpolizei zu schaffen. Diese Streikpolizei soll 100 frühere Soldaten und Seelente und außerdem 1000 Bürger umfassen. Diese von den Arbeitern organisierte Polizei soll dazu dienen, ein Gegengewicht gegen die staatliche Polizei zu bilden, die die Unternehmer schätzen soll. 1000 Freiwillige haben sich für die Streikpolizei bereits gemeldet. Ben Tillet hat erklärt, daß kein Schiff und kein Verkehrsmittel die Arbeit aufnehmen wird, bevor alle Forderungen der Arbeiter erfüllt seien. Im Laufe des heutigen Tages werden 340 000 Mann die Arbeit niederlegen.

Streik der Glaschleifer in Böhmen.

In den Glaschleifereien im Bezirk Gablonz und Semil sind 3000 Arbeiter in den Streik getreten.

Der Streik der französischen Seelente.

Gestern vormittag fand in Havre eine von ungefähr 1800 Personen besuchte Versammlung der Ausständigen statt, in der die Mitteilung gemacht wurde, daß sich das Marineministerium bereit erklärt habe, zu vermitteln. Die Streikenden sind bereit, die Vermittlung anzunehmen, vorausgesetzt, daß das Marineministerium nicht die Rolle eines Schiedsgerichtes übernimmt. Aus anderen Häfen werden von Sympathieunterstützungen der dortigen Seelente zugunsten der Streikenden von Havre gemeldet, so aus West, Calais, Bordeaux u. a. Die Vereinigung der Seelente in Marseille hat beschlossen, gleichfalls in den Ausstand zu treten, falls die Kompagnie Generals Transatlantique das Angebot des Marineministeriums zur Stellung staatlichen Personals annehmen würde. Die Schiffsgesellschaften haben die Regierung um Entsendung von Matrosen als Ersatz für die streikenden Seemannschaften gebeten.

Aus der Partei.

Der Entwurf des neuen Organisationsstatuts.

An anderer Stelle des Blattes unterbreiten wir den Genossen den Entwurf und die Begründung, die ihm die nach dem Beschluß des Jänner Parteitags eingesetzte Kommission beiliegt.

Die Aufgabe, die der Kommission in erster Linie gestellt wurde, war die Reorganisation des Parteivorstands. Man kann aber nicht sagen, daß in dieser Hinsicht viel herausgekommen wäre. Der Parteivorstand bleibt, wie er ist; es ist unspätend nicht einmal beabsichtigt, wenigstens geht das aus dem Entwurf nicht hervor, ihm einen Vorposten zu geben, der ihm seine ganze Arbeitskraft widmet. Dafür wird ein Parteiaussschuß vorgeschlagen, der über ganz Deutschland verstreut liegt und nur verhältnismäßig selten zusammentreten kann. Eine Erhöhung der Initiativkraft des Vorstands bedeutet diese Institution nicht, dafür gibt sie ihm die Möglichkeit, mit den einzelnen Landesgruppen und Strömungen der Partei in Fühlung zu bleiben. Sie kann freilich auch zu einem Mittel werden, die Verantwortlichkeit des Vorstands auf die größere Körperschaft abzuwälzen; um so bedeutsamer wird daher Verfassung und Zusammensetzung des Vorstands selber.

Unter den übrigen Änderungen sind die meisten annehmbar, so die Festsetzung eines allgemeinen Mindestbeitrags und die Erhebung des weiblichen Vorstandsmitglieds zum Schriftführeramt. Dagegen erscheint die Regelung der Fraktionsvertretung auf dem Parteitag als eine Halbheit. Das Wachstum der Fraktion auf 110 Köpfe hat die Kommission wohl davon überzeugt, daß es nicht mehr angeht, jedem Reichstagsabgeordneten Sitz und Stimme auf dem Parteitag zu geben. Aber weshalb ein Drittel der Fraktion zugelassen werden soll, ist nicht ersichtlich. Daß die Fraktionsmitglieder am Parteitag teilnehmen, halten auch wir für wünschenswert, damit sie in enger Fühlung mit dem inneren Leben der Partei bleiben. Das sollten sie aber als Delegierte der Organisation tun. Allenfalls könnten wir uns auch damit abfinden, daß ein Teil der Fraktion zugelassen wird, aber nur mit beratender Stimme in allen Angelegenheiten. Denn sonst ist die Möglichkeit gegeben, daß Reichstagsabgeordnete in inneren Parteifragen, entgegen dem Willen der Organisationsjener Wahlkreise, die sie im Reichstage vertreten, den Ausschlag in einer Richtung geben, die in der Minderheit geblieben wäre; wenn nur die Delegierten der Organisationen zu stimmen haben.

Kreiskonferenz in Weiningen II. Die Parteioorganisation im Wahlkreis Weiningen II (Sonnenberg-Saalfeld) hielt am 9. Juni ihre diesjährige Kreiskonferenz in Stöckheim bei Sonnenberg ab. Es wurde über den Bericht der Kreisleitung, die Reichstagswahl sowie über die neuen Statuten der Partei im Reich und im Kreis verhandelt. — Der Kreis zählt 2000 Genossen und 300 Genossinnen. Als Sitz der Kreisleitung wurde wieder Saalfeld bestimmt.

Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmann in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Politische Uebersicht

Der Absolutismus in Kroatien.

Aus Kroatien wird uns geschrieben:

Die Schüsse, die auf den königlichen Kommissar Cuvai abgegeben wurden und einen seiner Gehilfen trafen, lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf die Gewaltherrschaft, die die herrschende Klasse Ungarns unter Aufsicht der Krone in dem unglücklichen Kroatien etabliert hat und auf den verzweifelten Kampf, den die Bevölkerung dagegen führt.

Cuvai ist ein verächtlicher Verräter seines Volkes, ein struppelloses Werkzeug der schamlosesten Unterdrückungspolitik. In seiner langen bürokratischen Karriere hat er sich zu jedem Bandurendienst fähig erwiesen, wenn es galt, die Gunst der jeweiligen ungarischen Regierung zu erwerben. Und als die Machtübernahme in Budapest, nachdem sie das kroatische Parlament viermal auseinandergejagt hatten, doch nicht eine Sklavenerhöhung bekommen konnten, da war Slavko Cuvai der einzige Mensch, der den traurigen Mut hatte, in seinem Vaterlande die Verfassung aufzuheben, die politischen Organisationen gewaltsam zu zerschlagen, alle angesehenen Politiker einzukerkern, die Presse zu unterdrücken, die lebendigen Kräfte des Landes lahmzulegen und es in einen Friedhof zu verwandeln.

Unter der Herrschaft dieses Gewaltmenschen haben auch unsre kroatischen Genossen mit unglaublichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da sie die hohe Ration von 5000 Kronen nicht zahlen konnten, mußten die Partei- und Gewerkschaftsblätter Radnicka Borba in Agram, Pravo Naroda in Sid und Volksrecht in Ofeg, das Erscheinen einstellen. Beistehen blieb noch die in Agram erscheinende Tageszeitung Slobodna Rijeka. Nun hat Cuvai die Zensur der Manuskripte (1) eingeführt. Die Zeitungen werden so von der Post selbst redigiert. Der Zensur streicht jedes ihm nicht gefallende Wort und verbietet über gewisse Gegenstände überhaupt zu schreiben. Für die geführten Stellen muß die Redaktion neue liefern, die wieder zur Zensur kommen, und erst die polizeilich freigegebenen Artikel können zur Druckerei geschickt werden. So schreibt die ganze kroatische Presse gar nichts über die heutige Lage im Lande. Sie ist entweder vernichtet oder zur Wertlosigkeit herabgedrückt.

Um diesem Uebel abzuhelfen, drucken unsre Genossen ein illegales Blatt, Die rote Freiheit, in Budapest und schmuggeln es mit großen Schwierigkeiten nach Kroatien. Voll Mut, daß er dieses einzige freie kroatische Blatt nicht unterdrücken kann, hat der Diktator Cuvai einen neuen verbrecherischen Schritt unternommen.

Die einzigen Organisationen, die noch in Kroatien bestehen, sind die Gewerkschaften, die der Diktator in der ersten Zeit nicht unterdrücken durfte, weil er eben einen scharfen Zusammenstoß mit den Arbeitern fürchtete. Nun hat er der Gewerkschaftskommission mitgeteilt: „Wenn die rote Freiheit nicht ihr Erscheinen einstellen, so werde ich alle gewerkschaftlichen Organisationen gewaltsam schließen lassen.“ Das Blatt ist aber gar nicht Organ der Gewerkschaften, sondern der Partei, die eine selbständige Organisation besitzt. Der Druck auf die Gewerkschaften, zum Zwecke der Unterdrückung eines Parteiblattes, ist geradezu eine schamlose Niederträchtigkeit.

Die Drohung hat natürlich eine ungeheure Aufregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die Gewerkschaftszentrale hielt eine Sitzung ab, in der folgende Resolution beschloffen wurde:

Die Gewerkschaften als Organisationen nehmen an den Aktionen der sozialdemokratischen Partei nicht teil und haben kein Recht und keine Möglichkeit, die Politik dieser Partei zu beeinflussen. Ebenso betrachten sie sich für nicht verpflichtet, irgendwelchen Einfluß auf die politische Tätigkeit ihrer einzelnen Mitglieder auszuüben. — Deswegen erheben die Gewerkschaften scharfen Protest gegen die Drohung, daß sie geschlossen werden würden, wenn die sozialdemokratische Partei irgendwelche Aktionen unternimmt. In der Überzeugung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen eine unbedingte Notwendigkeit für die Arbeiterklasse sind, erklärt die Konferenz, daß die Arbeiterklasse alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gebrauchen wird, um ihre Organisationen zu verteidigen. Wenn die Regierung die Gewerkschaften gewaltsam unterdrückt, so wird die Arbeiterschaft gezwungen sein, dem Staat und der Gesellschaft, die ihr das wichtigste Recht nehmen, mit äußerster Maßnahmen ihre Unzufriedenheit und ihren Protest zu bekunden. Sie lehnt jede Verantwortung für die Folgen der Gewalttat ab.

Das ist die entschlossene Antwort der Arbeiterschaft auf die niederträchtige Drohung des Diktators. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Kampf entwickeln wird; jedenfalls haben wir die volle Zuversicht in die Lebenskraft der Arbeiterschaft.

Deutsches Reich.

Die Christen unter dem Damoklesschwert.

Die Flut der Erklärungen zu dem Gewerkschaftsstreit im christlichen Lager will nicht nachlassen. Jeder Tag bringt neue Kundgebungen, ohne daß dadurch freilich die Situation für die M.-Glabbacher Jesuitenjuglinge sich merklich besserte. Jetzt bringt die Kölnische Volkszeitung in Form eines 2 1/2 Spalten langen Leitartikels aus der Feder des Auditor Dr. F. Heiner „einige Erläuterungen und Richtigstellungen“ zu den bekannten päpstlichen Kundgebungen, die bestimmt sind, das kirchlich von demselben Verfasser in derselben Angelegenheit veröffentlichte und vorher vom Vatikan textlich approbierte Telegramm zu ergänzen.

Heiner versichert zunächst wiederholt, daß die mündliche Ansprache des Papstes an die Delegierten der Berliner keinen authentischen Charakter besessen habe, folglich aus der Diskussion auscheiden müsse. Auch müsse es als ausgeschlossen gelten, daß diese Ansprache etwa sich gegen die mit den M.-Glabbachern in enger Verbindung stehenden katholischen Arbeitervereine in Südb., Ost- und Westdeutschland richte, „da ihr Programm sich ja mit den Ausführungen in der angeblichen Ansprache vollkommen deckt. Auch diese katholischen Arbeitervereine stehen auf streng katholischem Boden und unter Leitung der Bischöfe und der von ihnen delegierten Geistlichen.“ Gemeint seien

offenbar die „christlichen“ Gewerkschaften, die der Heilige Vater wegen ihrer Interkonfessionalität zwar nicht billigt, aber auch nicht verurteilen will, wie dies ausdrücklich im Osservatore Romano vom 24. Januar 1906 erklärt worden ist. Der Apostolische Stuhl hat es ausdrücklich den Bischöfen freigestellt, diejenige Richtung der Gewerkschaften zuzulassen und zu billigen oder zu bevorzugen, welche den jeweiligen Bedürfnissen ihrer Diözesen und Provinzen am besten entspricht; beide Richtungen hat er wegen ihrer Ziele als gut bezeichnet, wenn er auch vom prinzipiellen Standpunkte die nicht interkonfessionellen Gewerkschaften bevorzugt. Was auf der einen Seite prinzipiell besser ist, kann auf der andern Seite praktisch noch gut sein.

Nachdem der Vertraute des Papstes so den Christen versichert hat, daß der heilige Vater zwar von ihrer Existenz und ihrem Tun alles wertig erwarbt ist, vorläufig aber noch einmal, um es mit ihren mächtigen Protektoren in der Wilhelmstraße in Berlin nicht zu verschmerzen, Gnade für Recht ergehen lassen wird, geht er dazu über, ihnen Beruhigungsvorschläge für die Zukunft zu geben. Er macht ihnen begreiflich, daß man es dem Papste nicht verübeln dürfe, wenn er allerhand Befürchtungen für das Seelenheil der katholischen Schäflein hege, die sich als Mitglieder der christlichen oder akonfessionellen Gewerkschaften angeschlossen haben. Er habe sogar die Pflicht, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen. Das sei aber keine Verurteilung, kein Mißtrauen, sondern Fürsorge und Liebe zu den ihm ans Herz gewachsenen katholischen Arbeitern. Die maßgebenden Faktoren der christlichen Gewerkschaften hätten es ja auch in der Hand, diese Gefahren, soweit sie tatsächlich bestehen, hintanzuhalten, besonders durch allseitige und intensive Pflege der konfessionellen Arbeitervereine. Das erste und höchste Ziel, das diese konfessionellen oder katholischen Organisationen zu erstreben haben, liege auf dem geistigen, religiösen Gebiete. Wenn sie ihren Mitgliedern auch materielle Vorteile bieten könnten, wie Fachunterricht, Spar-, Kranken- und Sterbefällen und dergleichen, so liege ihre Hauptaufgabe doch auf dem geistigen Gebiete, in der „religiös-sittlichen Erhebung des Arbeiterstandes“ durch Vorträge, Exerzitien usw. Gerade heute tue es wegen der Gefahren des Sozialismus doppelt not, daß die katholischen Arbeitervereine gepflegt und moralisch gehoben werden und ihren religiösen Zweck mit doppeltem Eifer verfolgen. Für derartige religiös geschulte und überzeugungstreue Arbeiter birde dann die Zugehörigkeit zu den interkonfessionellen Gewerkschaften keine Gefahr; im Gegenteil, die Arbeiter, die in dieser Weise mit festen katholischen Grundfassen erfüllt und mit entsprechenden Fachkenntnissen ausgerüstet sind, würden auch in der gewerkschaftlichen Tätigkeit den rechten Weg finden, innezuhalten und zu behaupten wissen. Ja, sie würden die Kerntruppe in der Arbeiterschaft abgeben, und es sei zu hoffen, daß es durch sie immer mehr gelinge, den sozialdemokratischen Einfluß allmählich auch in der nichtchristlichen Arbeiterbewegung zu bannen. Zunächst müßten die Arbeiter Mitglieder der katholischen Arbeitervereine werden, wozu Beispiele auch die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften und die katholische Presse folgen sollten, erst in zweiter Linie komme die Mitgliedschaft in den akonfessionellen Gewerkschaften. Zum Schluß weist dann Heiner nochmals auf die „Gefahren“ hin, die den Katholiken in den interkonfessionellen Vereinen drohen, um seine Mahn- und Erbauungspistel wie folgt zu schließen:

Von seinem Standpunkte aus kann der Apostolische Stuhl solche Vereinigungen (die christlichen Gewerkschaften) deshalb nicht loben und empfehlen, sondern kann ihnen nur passiv und wachsam und maßgebend gegenüberstehen, ohne sie jedoch deshalb zu verurteilen, solange nicht Tatsachen vorliegen, die eine Duldung unmöglich machen und ein Einschreiten gebieten. Bei den „christlichen“ Gewerkschaften sind solche bis jetzt tatsächlich vermieden worden, weshalb sie der Apostolische Stuhl bisher gebührend hat und auch weiter dulden wird, solange die bisher eingeschlagenen Wege innegehalten werden. Erstredend sei auch ihr Ziel, die Besserstellung der arbeitenden Klasse und die Bekämpfung der Sozialdemokratie, des Feindes der Kirche und des Staates, und verneinend sei dabei Verleugungen kirchlicher und christlicher Grundfassen und haben ihre katholischen Mitglieder die Intention, sich gegebenenfalls den Anordnungen und Weisungen des Apostolischen Stuhles zu unterwerfen, so werden sie keine Gefahr laufen, von der höchsten kirchlichen Autorität verurteilt zu werden.

Um so mehr liebt der Heilige Vater sämtliche katholischen Arbeitervereine — ich spreche aus sicherer Kenntnis — und wenn er eine Richtung derselben ermahnt hat, so sollte das kein Zeichen des Mißtrauens sein, wie schon gesagt, sondern seiner väterlichen Fürsorge und Liebe. Ich bin in der Lage, hierfür Zeugnis ablegen zu können.

Mit andern Worten: die christlichen Gewerkschaften dürfen weitervegetieren, solange sie versprechen, sich allezeit als die getreuen Folgeschützen Sr. Heiligkeit des Papstes und als die Sturmkolonnen der Reaktion im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen. Sobald sie aber Miene machen sollten, gegen dieses Diktum zu töden, wird ihnen die Schlinge um den Hals gelegt!

Die Kölnische Volkszeitung tut, als ob sie von dieser Erklärung sehr befriedigt sei, und versichert, daß die katholischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften schon bisher sich in den oben wiedergegebenen Richtlinien des Papstes bewegt hätten. Diese plötzlich erwachte Genügsamkeit des Organs der Kölner ist sehr verständlich, wenn man erwägt, daß diesen vorläufig in der Tat nichts weiter übrig bleibt, als sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden. Eindruck machen wird die Kölnische freilich mit diesem mastierten Rückzug nicht, am allerwenigsten bei ihren „Freunden“ von der Berliner Richtung. Noch ehe die vorstehende Erklärung Heiners abgegeben wurde, schreibt die Kölner Korrespondenz, ein Organ, das gegen Bachem und die Kölnische Volkszeitung arbeitet:

Die (erste) Erklärung, die der Msgr. Heiner, Auditor bei der römischen Noto, als „Wort für Wort den Intentionen des Apostolischen Stuhles entsprechend“ veröffentlicht hat, ist ein neuer schwerer Hieb gegen die „M.-Glabbacher“. Sie bestätigt die Angaben des Pfarrers Bayer auf dem Berliner Kongreß der katholischen Fachabteilungen und besagt, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften, die „bis jetzt“ nicht verurteilt wurden, für ihre katholischen Mitglieder eine Gefahr bilden können. Die Kölnische Volkszeitung (Nr. 508, 7. Juni 1913) findet diese Erklärung „beruhigend“. Wie bescheiden! Sie sieht unter einem Damoklesschwert, beruhigt sich aber bei dem Gedanken, daß der Faden, an dem das Schwert hängt, „bis jetzt“ noch nicht gerissen ist und noch eine kurze Zeit halten wird. Ja gewiß, noch eine kurze Zeit, denn Rom kann warten.

Aber der Todesstoß kommt, und zwar nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die ganze Kölner Richtung. Was Rom für die gewerkschaftliche Betätigung der deutschen Katholiken verlangt, das verlangt es auch für die öffentliche und politische Betätigung im Zentrum. Wenn der Papst die München-Glabbacher Richtung im Prinzip mißbilligt, weil sie den Einfluß der Kirche aus den gewerkschaftlichen Organisationen katholischer Arbeiter ausschalten will, um wie viel mehr muß er dann die Kölner Richtung verurteilen! In der Tat: während die christlichen Gewerkschaften sich gegen die Neueinführung des katholischen Prinzips, welches ihnen immer fremd war, zur Wehr setzen, will die Kölner Richtung dem Zentrum sein altes katholisches Prinzip, sein katholisches Fundament rauben. Dabei ist das Zentrum für die deutschen Katholiken eine unvergleichlich wichtigere Organisation als die Gewerkschaften.

Wir werden abwarten, ob das Organ der Koeren und Genossen recht behalten wird.

Bagen in Westfalen, 11. Juni. Vier trat gestern eine Konferenz von 25 evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zusammen. In der Frage des Gewerkschaftsstreites wurde eine Entscheidung gefaßt, in der bedauert wird, daß neue Beunruhigungen in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hineingetragen worden seien. Die Konferenz nähme mit großer Besorgnis von der Erklärung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der angeschlossenen Unterverbände Kenntnis. Durch diese Erklärung sei öffentlich die Interkonfessionalität, die politische Neutralität und die Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften festgestellt worden. Die evangelischen Kollegen werden aufgefordert, als völlig gleichberechtigter Teil der christlichen Gewerkschaften, nachdrücklicher für die Stärkung der evangelischen Gewerkschaften einzutreten.

Ein neuer „Staatsbetrieb“.

Zu dem Lehrkursus für Gefängniswärter machte der Direktor des Zentralgefängnisses in Berl. Dr. jur. Helmreich, in einem Vortrage über: Die Gefängnisarbeit Mittelung über einen neuen Staatsbetrieb, den er, angeregt durch den Kieler Wertprozeß, in seiner Anstalt eingeführt hat. Es werden die von den preussischen Truppen ausgemusterten Soldaten durch Gefangene zum Teil wieder hergestellt, zum Teil in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt. Dadurch werden einmal den bisherigen verwirklichten Wachsenschaften der Arbeiter, die den Staat im Laufe der Jahre um Millionen geprellt haben, ein Ende bereitet, würde die Einnahme der Heeresverwaltung um jährlich eine halbe Million gesteigert und für mindestens 600 Gefangene mannigfaltige Arbeitsgelegenheit geschaffen. Das Justiz- und das Kriegsministerium hätten die in Berl. zwei Jahre hindurch angestellten umfangreichen Versuche in Würdigung ihrer bahnbrechenden Bedeutung mit allen Mitteln gefördert. Das Berliner System sei jetzt für den ganzen Verwaltungsbezirk des preussischen Kriegsministeriums angenommen.

Preussische Landtagswahlen 1913.

Ueber den Zeitpunkt der nächstjährigen preussischen Landtagswahlen schreibt ein bürgerlicher Abgeordneter dem Deutschen Reichsarchiv: Die preussischen Landtagswahlen im Jahre 1913 werden sicherer Voraussicht nach einige Wochen früher stattfinden als 1908. Damals fanden die Wahlmännerwahlen am 3. Juni statt. Der Juni erscheint aber für Wahlen aus verschiedenen Gründen nicht besonders günstig. Das Abgeordnetenhaus will, da der Staatshaushaltetat etwas früher als sonst zur Vorlage kommen wird, seine Arbeiten möglichst fördern. Man nimmt vorläufig an, daß die Wahlmännerwahlen etwa Ende April oder in der ersten Hälfte des Mai stattfinden.

Die Angst vor der roten Flut.

Die Frage der Gestaltung des Kommunalwahlrechts macht dem schleswig-holsteinischen Bürgertum schwerenummer. Schon seit Jahren wird in den einzelnen bürgerlichen Kommunalvereinen hin und her erwogen, welche Vorschläge geeignet seien, die drohende sozialdemokratische Gefahr abzuwenden, ohne an den Grundlagen der schleswig-holsteinischen Städteordnung zu rütteln. Auch die adste Tagung des Verbandes schleswig-holsteinischer Bürgervereine, die am Sonnabend und Sonntag in Glückstadt tagte, beschäftigte sich mit der Wahlrechtsfrage. Nach Ablehnung eines Vorschlages, der auf die Einführung einer Dreiklassenwahl — noch reaktionärer gedacht als die altpreussische — hinauslief, beschloß der Verbandstag, sich für folgende Änderungen auszusprechen: Einführung der geheimen Stimmabgabe (damit soll dem angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus bei der öffentlichen Wahl entgegengetreten werden) und der Stichwahlen, Erhöhung des Wahlrechtsalters von 22 auf 25 Jahre und der Dreizugehörigkeitsdauer von einem Jahre auf zwei Jahre. Damit hofft der reaktionäre Mittelstand vorläufig noch den sozialdemokratischen Ansturm abzuwehren zu können.

Berlin, 12. Juni. Eine Berliner Korrespondenz will wissen, daß die Unfallversicherung am 1. Januar 1913 in Kraft gesetzt werden soll, die Krankenversicherung dagegen erst am 1. Januar 1914. Eine in den nächsten Wochen zu erwartende kaiserliche Verordnung werde darüber volle Klarheit bringen.

Die Maßregeln zur Bekämpfung des Mädchenhandels sind über sämtliche deutsche Eisenbahnlinien ausgedehnt worden. Dadurch wird eine einheitliche Bekämpfung des Mädchenhandels auf der Eisenbahn in Deutschland ermöglicht. Die Eisenbahnbeamten sind angewiesen worden, auf verdächtige Passagiere zu achten, die sich in Begleitung junger Mädchen befinden, und vorkommenden Falles sofort Anzeige zu erstatten. Das größte Augenmerk wird dabei auf die nach deutschen Häfen oder in das Ausland führenden Eisenbahnlinien zu richten sein.

Der künftige Interpräsident. Nach einer Meldung der Täglichen Rundschau wird von der konservativen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses der Abgeordnete v. Arnim-Milde als Nachfolger Erffas auf dem Präsidentenposten in Vorschlag gebracht werden. — v. Arnim ist langjähriger Vorsitzender der Unterkommission des Abgeordnetenhauses.

Staatliche Förderung des Spielteufels in Bayern. In der Dienstausschussung des Finanzausschusses des bayerischen Landtages wurde der preussisch-süddeutsche Lotterievertrag mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt und der Zentrumsantrag auf Schaffung einer eigenen bayerischen Staatslotterie und ihre Verpachtung an ein Konjunktum mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. Gegen den Zentrumsantrag stimmten die Sozialdemokraten und die Liberalen.

Es hat einen besonderen pikanten Reiz, daß ausgerechnet das fromme, gottesfürchtige Zentrum den Antrag auf staatliche Förderung und Organisation der Spielteufelschaft stellen mußte. Gedankt es sein Gewissen vielleicht dadurch zu salbieren, daß es in das Konjunktum, dem die Ausbeutung der Spielwut künftig übertragen werden soll, seine eigenen Parteifreunde hineindrückt? Mit dem Beschluß des Finanzausschusses dürfte übrigens die am Dienstagabend von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung geführte Forderung, daß der preussisch-süddeutsche Lotterievertrag doch noch eine Wehrzeit im bayerischen Landtage finden werde, endgültig begraben sein. Der Vertrag wird sich nur auf

Württemberg und Baden erstrecken. In beiden Staaten ist, wie das Regierungsblatt mittelt, die Organisation der Lotterieverwaltung abgeklüffelt, so daß dort bereits Anfang Juni mit dem Verkauf der Lose zur ersten Klasse der I. preussisch-süddeutschen Klassenlotterie begonnen werden konnte.

Kleine politische Nachrichten. Die aus Anlaß der Wahlen zum belgischen Parlament einberufenen drei Reservistenjahrgänge sind entlassen worden. — Die französische Kammer hat für die Feier des 200jährigen Geburtstags Jean Jacques Rousseaus einen außerordentlichen Kredit von 30 000 Frank bewilligt. — Der französische Finanzminister hat dem Ministerrat einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den die landschaftlichen Schenkungen gegen die Entstellung durch Metalltafeln geschützt werden sollen, indem diese Tafeln mit einer überaus hohen Stempelsteuer belegt werden soll, für die die Besitzer der betreffenden Grundstücke mit haften sein sollen. — Nachdem das türkische Arbeitsministerium die Pläne für den künftigen Mittelmeerhafen der Wagdabahn in Alexandrette und für die Zweiglinie von Topyr-Rale nach Alexandrette endgültig genehmigt hat, wurden in Alexandrette die Bauarbeiten durch Vollziehung des ersten Spatenstichs eröffnet. — Das amerikanische Kanonenboot Nashville hat 65 Matrosen mit einem Geirigschiff zum Schutze der Woodfremdinnen bei Manari (Kuba) gelandet. Die Matrosen werden später durch Marinesoldaten ersetzt werden. — Die norwegische Regierung schlägt eine Aenderung des Maschinengesetzes in der Weise vor, daß der König ermächtigt wird, unter außerordentlichen Umständen, beispielsweise während eines Streiks, die Bedienung der Maschinen anderen Personen als geprüften Maschinenführern zu gestatten. — Nachdem der serbische Ministerpräsident in der Versammlung der Regierungspartei die angebliche Notwendigkeit eines außerordentlichen Kredits von 2 500 000 Dinar ausführlich begründet hatte, wurde beschlossen, den Kredit trotz der ablehnenden Haltung des Finanzausschusses zu bewilligen. Hierdurch ist die Gefahr einer Kabinetskrise beseitigt.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf gegen die Diktatur der Lissa-Kohorte.

Die telegraphischen Nachrichten aus Ungarn liegen nur in spärlicher Zahl vor. Die reaktionäre Regierungspolitik sucht offenbar alles zu unterdrücken, was dem Auslande einen Einblick in die wahre Lage der Dinge im Lande gewähren könnte, und auch die wenigen Depeschen, die man hinausgehen läßt, werden nach den Bedürfnissen der Herrschenden zurechtgestutzt. So sind auch die Meldungen über die revolutionären Vorgänge in den ungarischen Provinzialstädten nicht geeignet, ein klares Bild der Ereignisse zu geben. Wohl aber wird durch sie im wesentlichen die schon seitern von uns nach einem Privattelegramm gegebene Darstellung bestätigt. Danach sind in mehreren Industriestädten, wie Großwardein, Debreczin, Klausenburg, Krad, die Arbeiter in den allgemeinen Aufstand getreten, und es ist verschiedentlich schon zu heftigen Straßenkämpfen zwischen ihnen und den bewaffneten „Ordnungshilfern“ gekommen. Auch zahlreiche Verhaftungen, darunter die des von der Parteileitung in die Provinz entsandten Parteivorstandsmittelsbesitzeres Kondor, werden gemeldet. Die Verwendung gegen die Staatsstreikende nimmt offenbar im ganzen Lande an Kraft und Energie zu. Dagegen ist im Privilegienparlament vorläufig Ruhe eingetreten. Nachdem die Verhärterung der sogenannten Hausordnung in Abwesenheit der ausgetretenen Opposition durchgebrochen war, ist der Reichstag bis zum 18. Juni vertagt worden. Der Gewaltmenschen Lissa hat sich mit den beiden Abgeordneten des Abgeordnetenhauses nach Wien begeben, um beim Kaiser in Audienz zu erscheinen. Bei seiner Abreise hatten sich vor dem Bahnhofe tausende von Menschen eingefunden. Der Platz vor dem Bahnhofe war von Militär besetzt. Mehrfach kam es zwischen der Menge, die Schmährufe gegen Lissa ausstieß, und der Polizei zu Zusammenstößen. Da das Gerücht verbreitet war, daß neben den Hun, in dem sich Lissa nach Wien begibt, ein Anschlag geplant sei, wurde die Strecke bis an die österreichische Grenze militärisch bewacht. Inzwischen ist Lissa in Wien angekommen.

Das Oberhaus wird am Sonnabend über die Militärvorlage verhandeln. In dieser Sitzung rüft sich die Opposition. Wenn dieses Gesetz vom Oberhaus angenommen ist, wird es an den Reichstag zurückgehen, wo es am kommenden Dienstag zur Beratung stehen wird. Der zur Beratung der Wehrreformvorlage sowie von anderen im Abgeordnetenhause angenommenen Gesetzesvorlagen einberufene staatsrechtliche und Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses hat bereits in gemeinsamer Sitzung die Gesetzesvorlagen im allgemeinen sowie in den Details angenommen. Ein vom Grafen Aurel Desseffy eingebrachter Beschlus Antrag, daß die Wehrreformvorlage vom Abgeordnetenhause im Wege von Gesetzesverletzungen angenommen sei, somit der verfassungsmäßigen Erfordernisse entbehre und deshalb dem Abgeordnetenhause zur verfassungsmäßigen Behandlung zurückgeschickt werden sollte, wurde mit 20 gegen 12 Stimmen verworfen.

Wie der Münchener Zeitung aus Budapest berichtet wird, ist dort, um den bei der Annahme der Wehrvorlage begehenden Fortschritt zu erzwingen, der Plan aufgetaucht, die Vorlage durch das Magnatenhaus an das Abgeordnetenhause zurücksenden zu lassen und im Abgeordnetenhause noch einmal, nimmere auf Grund der veränderten Hausordnung, zu verhandeln. Dieses Vorgehen würde der Opposition die Möglichkeit nehmen, zu behaupten, daß die Wehrreform ungesetzlich zustandekommen sei. Auch heißt es, daß das Kabinett Entschlossenheit in der Frage der Wehrreform bestellende Erklärungen plane, um die Radikalen und die Sozialisten zu gewinnen. Wenn diese Nachricht den Tatsachen entspricht, bedeutet sie das platte Eingeständnis der Ungesetzlichkeit der zur Wehrvorlage gefassten Beschlüsse.

Für Dienstag abend waren große Demonstrationen in vielen Städten geplant. Ueber ihren Ausgang liegen noch keine Nachrichten vor. Nach einer Meldung aus Wien soll auch Militär aus Oesterreich nach Ungarn zur Unterdrückung der Revolution abgehen.

Die Wehrvorlage im österreichischen Reichsrat.

Wien, 11. Juni. Abgeordnetenhause. Bei der Spezialberatung der Dienstpragmatik erklärte der Abg. Remetter (Christl.-Soz.), seine Partei und vielleicht das ganze Haus werden betonen, daß, wenn die Wehrreform erlobt werde, dieses mit Rücksicht auf ihre sachlichen Gründe, nicht aber deshalb geschehe, weil die Regierung gestern einen Ton angeschlagen habe, der zum mindesten ungehörig sei. Die Befreiung etwaiger Schwierigkeiten bei der Erledigung des Budgetprovisoriums durch das Parlament sei der Pflicht der Regierung. Eine Regierung, die die wichtigsten Fragen unter Zuhilfenahme absolutistischer Maßregeln durchführe, dürfe sich vor dem Volkshause nicht mehr blicken lassen. (Lebhafte Beifall.)

Fast sämtliche großen Parteien des Abgeordnetenhauses haben sich bereits für die von der Regierung in Vorschlag gebrachte beschleunigte Beratung der Wehrreform ausgesprochen.

Wien, 11. Juni. Der Wehrausschuss nahm die Paragraphen 1 bis 7 der Wehrvorlage in der Fassung, in der sie von dem ungarischen Abgeordnetenhause beschlossen worden ist, an. Darauf wurde mit der Verhandlung der folgenden Paragraphen begonnen. Die nächste Sitzung findet morgen nachmittags statt. In dem Budgetausschuss hielt der ruffische Abgeordnete Wassilko eine mehrstündige Diskussionsrede. Nach 4 1/2 stündiger Rede bewilligte der Vorsitzende Wassilko eine Pause von einer Viertelstunde zum Abendessen, worauf der Abgeordnete seine Rede fortsetzte. Um 1/2 Uhr abends unterbrach Wassilko seine Rede, die er morgen fortsetzen wird. Es wurde ein Kompromiß geschlossen, daß Wassilko morgen noch eine Stunde sprechen wird. Die Diskussionen werden bei den tatsächlichen Beratungen wieder zu Wort kommen.

Großbritannien.

Malatesta-Protest.

London, 10. Juni. Eine gewaltige Volksversammlung protestierte gestern im Londoner Trafalgar Square gegen die Verurteilung des italienischen Anarchisten Malatesta. Es sprachen u. a. der sozialistische Dichter Cunningham Graham, Genosse Hausberg und der liberale Abgeordnete Wedgwood. Die Demonstration war besonders zeitgemäß, weil das Appellationsgericht gerade heute über die Berufung Malatestas gegen das Urteil zu entscheiden hat. Aber wie auch die Entscheidung des Gerichts ausfallen möge, die Ueberzeugung wird immer allgemeiner, daß der Minister des Inneren es ablehnen wird, der Empfehlung des Gerichts auf Deportation Malatestas nach verbüßter Strafe stattzugeben.

Marokko.

Der Sultan als Marionette.

Paris, 12. Juni. Es ist ein Dekret erlassen worden, in dem die Machtbefugnisse Lyauteys als Kommissar und Generalresident Frankreichs in Marokko festgesetzt werden. Darin wird bestimmt, daß Lyautey der Träger aller Befugnisse der Republik im scherrischen Reich und der einzige Vermittler des Sultans bei den Vertretern der fremden Mächte sein soll, sowie daß er die Dekrete des Sultans billigen und namens der Regierung der Republik verkünden, den gesamten Verwaltungsdienst leiten, die Landtruppen beschließen und über die Seestreitkräfte verfügen soll.

Paris, 11. Juni. Aus dem vom Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Bericht über den marokkanischen Protektionsvertrag ist folgendes zu entnehmen: Dem Sultan wurde eine Summe von 2 500 000 Kassanpeseten gewährt, deren Verwendung keinerlei Kontrolle durch die französische Regierung unterliegt. Eine Million Frank wurden für den Sultan teils in der marokkanischen Staatsbank hinterlegt, teils ihm direkt ausbezahlt, außerdem wurde ein Kredit im Gesamtbetrag von einer Million Kassanpeseten für die scherrische Familie, für Instandhaltung der Paläste des Sultans und der Amtsgebäude des Sultans sowie für unvorhergesehene Ausgaben bewilligt. Mehrere Bestellungen bei Fey und Marakoch wurden als Privateigentum des Sultans anerkannt. Schließlich wurde dem Sultan für den Fall einer Abdankung eine entsprechende Pension zugesichert und vereinbart, daß er im Einvernehmen mit der französischen Regierung einen seiner Söhne zum Thronfolger ernennen könne. Verschiedene andre Forderungen des Sultans, so ein zweiprozentiger Anteil an den für die öffentlichen Arbeiten in Marokko verausgabten Summen (1), an dem Elektrizitätsmonopol in Fey und das Recht der Ernennung aller Beamten in den Städten und der Raids in allen Stämmen wurden abgelehnt. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten billigte den Bericht des Abgeordneten Maurice Long über das marokkanische Protektorial unter dem Vorbehalt, daß über den Teil, der sich auf die Ereignisse in Fey bezieht, erst der Ministerpräsident Poincaré gehört werden müsse.

China.

Kämpfe in Tibet und Sibirien.

London, 11. Juni. Der Parlamentariersekretär im Indischen Amt Montagu teilte in der heutigen Sitzung des Unterhauses die neuesten Nachrichten aus Chassa mit, die vom 28. Mai datiert waren. Danach dauern die Kämpfe zwischen Chinesen und Tibetern ununterbrochen an. Auf keiner Seite sind Anzeichen von Vereinstimmung zur Kapitulation vorhanden. Die chinesische Garnison, die das Festungslager besetzt hält, soll drei Maximengeschütze besitzen und sich durchaus behaupten können. Die Chinesen sind von den Tibetern in der Stadt eingeschlossen. Die Tibetener haben fünf Befestigungswerke im Norden der Stadt inne, während die Gebäude im Süden der Stadt von den Chinesen besetzt gehalten werden. Letztere haben ihren Proviant erschöpft und sollen sich in großer Not befinden. Sowohl die chinesischen Truppen wie die Tibetener haben viele Häuser der Stadt wiedergebrannt, so daß sie auf ein Drittel ihrer früheren Größe zusammengedrumpft ist. Die Chinesen sollen den Potala-Palast mit Granaten beschossen haben, ohne indes ernstlichen Schaden anzurichten. Während der letzten Zusammenstöße wurden zwanzig Chinesen getötet. Die Verluste der Tibetener sind unbekannt. — Wie ferner berichtet wird, haben die Tibetener die chinesische Garnison von Y a r o n y in Osttibet vertrieben und von dem Gebiet wieder Besitz ergriffen. Nach einem andern Bericht hat der Tashi-Dama an alle Behörden in der Umgebung von Shigatse, die von der Nationalversammlung Instruktionen erhalten haben, bis spätestens zum 10. Juni Truppen nach Chassa zu senden, einen Anruf erlassen, sich dem Kampf gegen die Chinesen anzuschließen. Der Dalai Lama befindet sich noch immer in Kalmyong.

Kalmyong, 11. Juni. Die Lage verschlimmert sich täglich. In Asu treten chinesische Horden auf, die sich für Volksmächtig ausgeben und versuchen, die Macht an sich zu reißen. Truppen sind aus Kruntshi eingetroffen und haben die Mörder der Beamten hingerichtet.

Sächsische Angelegenheiten.

Das sächsische Hausgewerbe.

Sachsen ist das klassische Land der Hausindustrie. Die Leinwand- und Baumwollweberei, die Annaberger Spitzenkloppelei, die Erzgebirger Spielwarenindustrie, der Martenerkühner Selgenbau haben einen gewissen Weltruf erhalten. Freilich sind fast alle diese Industrien tödlichen Siechtum verfallen, und sie kämpfen ihren Verzweiflungskampf mit der kapitalistischen Industrie nur noch mit den Waffen der übermenschlichen Arbeitszeit und der untermenschlichen Lebenshaltung. Nur in einigen wenigen Industriezweigen, bei denen es weniger auf Billigkeit als auf geschmackvolle und künstlerische Ausführung der Arbeit ankommt, wie bei der Verfertigung feinerer Spitzen und Porzellanen oder hochwertiger Musikinstrumente, darf man der Hausindustrie noch eine längere Lebensdauer prophezeien.

Aber dieselbe kapitalistische Industrie, die die selbständige Hausindustrie der Vernichtung entgegenführt, ruft auf der andern Seite eine neue Form des Hausgewerbes ins Leben: die unselbständige Heimarbeit. In dem Maße, in dem die Entwicklung der technischen Arbeitsteilung es ermöglicht, einzelne Teile der Arbeit auszuführen, überträgt der Unternehmer es, die Heimarbeit heranzuziehen, die für ihn eine große Ersparnis an Kapital für Räume, Heizung, Maschinen usw. bedeutet, die ihm, weil nicht der Gewerbetreibende unternehmend und meist von unorganisierten Arbeitern ausgeführt, eine schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft ermöglicht und die es ihm endlich erlaubt, ohne jegliches Risiko seine Produktion nach Belieben auszudehnen und einzuschränken, wie es die Zeiten und Konjunkturen erfordern. Darum gebietet diese Form des Hausgewerbes auch am besten in Industrien mit schwandendem und leichtbeweglichem Charakter, also vor allem den Saison- und Modewerksindustrien.

Sachsen ist auch für diese neue Form des Hausgewerbes, die Heimarbeit, das typische Land geworden. Mund ein Drittel des gesamten Hausgewerbes in Deutschland entfällt auf das grün-weiße Königreich, und während im Jahre 1907 von 100 in der Industrie beschäftigten männlichen und weiblichen Personen im Reich 2,7 resp. 4,2 auf das Hausgewerbe fielen, waren es in Sachsen 10,8 und 20,1. Eine Bearbeitung der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen der Jahre 1882, 1895 und 1907 in bezug auf das Hausgewerbe, wie sie kürzlich im sächsischen Statistischen Landesamt ausgeführt wurde, verdient deshalb allgemeines Interesse. Freilich vermitteln uns solche Zählungen kein Bild von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiter; wir erfahren kein Wort über die Länge der Arbeitszeiten, die Höhe der gezahlten Löhne u. a. m.; aber ihre Ergebnisse sind nichtabsehbare Äußerst wichtig für die Beurteilung der Richtung und des Tempos der ganzen Entwicklung.

Was allerdings wohl am meisten interessieren würde, gibt die Zählung nicht: eine saubere Unterscheidung zwischen den beiden Formen des Hausgewerbes, der Hausindustrie und der Heimarbeit. Jeder Gewerbetreibende, der in eigener Werkstatt für einen andern fremden Meister, Fabrikanten oder Verleger arbeitet, ist

nämlich als selbständiger Hausgewerbetreibender angesehen worden; doch können wir die statistische Entwicklung aus andern Zahlen ableiten. Ein weiterer Mithilf ist die Anwendung verschiedener statistischer Methoden bei den einzelnen Zählungen, die Vergleiche sehr erschweren. Bei den Berufs- und Betriebszählungen von 1882 und 1907 wurden die außerhalb des Haushaltes wohnenden Hilfskräfte von Hausgewerbetreibenden überhaupt nicht als solche erfasst. Die hier gegebenen Zahlen sind also ohne Zweifel zu niedrig. In ihrer Korrektur stehen uns aber glücklicherweise die Ziffern der Gewerbe- und Betriebszählungen zur Verfügung. Hier wurden einmal sämtliche Unternehmer erfasst, die Zahl der von ihnen nicht in ihren eigenen Werkstätten beschäftigten Hausgewerbetreibenden mitgeteilt. Außerdem wurden durch Gewerbestatistik die Zahl der Hausgewerbetriebe und der in ihnen beschäftigten Personen ermittelt. Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten dürften die — wesentlich höheren — Angaben der Unternehmer enthalten, andererseits aber die direkt an Kaufleute oder Verleger liefernden Hausindustriellen häufig nicht mitzählen. Uebrigens haben die zwar in ihren absoluten Werten voneinander abweichenden Ergebnisse der drei verschiedenen Zählungsmethoden doch das eine gleiche Resultat, daß sie von 1882 bis 1905 ein Zurückgehen, von da bis 1907 aber wieder einen Aufschwung des Hausgewerbes erkennen lassen, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Betriebe, von denen aus Hausgewerbetreibende beschäftigt werden	Hausgewerbliche Betriebe	Beschäftigte Personen nach Angaben der Unternehmer	Beschäftigte Personen nach Betriebszählungen
1882	4 089	120 686	181 000	137 873
1895	5 338	94 858	128 085	108 718
1907	6 847	115 094	149 495	117 000

Der bei der letzten Zählung zu konstatierende Aufschwung des Hausgewerbes gewinnt freilich sofort einen andern Charakter, wenn wir eine Unterscheidung der Betriebe in Haupt- und Nebenbetriebe vornehmen, wobei als Hauptbetriebe solche angesehen werden, in denen mindestens eine Person hauptberuflich tätig ist. Da zeigt es sich nämlich, daß von den Hausgewerbetrieben waren

Jahr	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe
1882	108 530	12 147
1895	80 304	14 454
1907	91 984	23 098

Hier zeigt es sich also, daß die Hauptbetriebe auch bei der letzten Zählung noch zurückgegangen sind, während die Nebenbetriebe, in denen alle nur nebenberuflich tätigen Personen beschäftigt sind, allerdings so stark zugenommen haben, daß sie diesen Rückgang wieder wettgemacht haben. Und die bei der Berufszählung gemachten Angaben über den Charakter der Erwerbstätigkeit der einzelnen Personen als haupt- oder nebenberuflich zeigt dieselbe Tendenz. Es hängt dies mit der Entwicklung des Hausgewerbes aus einer seiner Mann führenden blühenden Industrie in die kärglich bezahlte Heimarbeit für fremde Unternehmer zusammen. Gleichwohl damit tritt eine Aenderung in der Personenzusammensetzung ein. Die Männer wenden sich immer mehr der lohnenden Fabrikarbeit zu, während die durch ihre Hauswirtschaft und die Kinder an das Haus gefesselten Frauen der Heimindustrie zufließen. Von 100 in Hausgewerbe hauptberuflich beschäftigten Personen waren

Jahr	männlich	weiblich
1882	58	42
1895	40	51
1907	31	69

Das Verhältnis hat sich also vollständig umgekehrt. Von Interesse ist auch die Frage, welche Bedeutung das Hausgewerbe für die Industrie überhaupt hat. Daß in Sachsen von je 100 in der Industrie beschäftigten männlichen und weiblichen Personen 10,8 resp. 20,1 auf das Hausgewerbe entfallen, wurde bereits oben erwähnt. In den einzelnen Industriezweigen ist dieser Anteil freilich sehr verschieden. So kamen in der Textilindustrie auf 100 überhaupt Beschäftigte 20,9 in der Hausindustrie Tätige, im Bekleidungs- und Schuhwerkgewerbe 5,8 und in der Industrie der Maschinen und Instrumente 3,0. Am geringsten war der Anteil in der Industrie der Steine und Erden und im polygraphischen Gewerbe mit je 0,5.

Das Hausgewerbe ist der Kleinbetrieb par excellence. Die Mehrzahl der Betriebe sind Kleinbetriebe und auch in den meisten Geschäften sind nur die Familienangehörigen tätig. Wir haben oben gesehen, wie es kommt, daß trotz der mit Riesenschritten vorwärtsdringenden wirtschaftlichen Konzentration sich diese technisch meist rückständige Betriebsart erhalten konnte, ja sogar gewisse Fortschritte zeigt. Sie stellt kein gesundes Glied, sondern gewissermaßen ein Abfallprodukt der kapitalistischen Entwicklung dar.

Asienkultur.

Die Leidensgeschichte eines dienstuntauglichen Soldaten mit all ihren erschütternden Einzelheiten wurde in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht Dresden ausgearbeitet. Wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, Gehorsamsverweigerung, Beharren im Ungehorsam und Achtungsverletzung wurde der 1888 geborene Görtner und ehemalige Soldat W. K. Müller, aus der Unterjochungshaft vorgeführt, auf der Anklagebank Platz nehmen. Der bisher unbestrafte Angeklagte wurde trotz seiner krankhaften Veranlagung und der dadurch bedingten Dienstuntauglichkeit im Herbst v. J. beim Infanterieregiment Nr. 102 eingestellt. Dem unterjochenden Arzte machte W. bei seiner Einstellung Mitteilung von seinem Zustande, und obgleich der Arzt eine schwere Neurasthenie feststellte, erfolgte Müllers Einreichung in die Front. Dem Hauptmann war eine aufmerksame Beobachtung Müllers empfohlen worden. Daß diesem Kranken und dienstuntauglichen Soldaten der Dienst außerordentlich schwer fiel und ihm der nötige Ernst und das nötige Verständnis dafür abging, leuchtet ohne weiteres ein. Aber Müller wurde für einen „widerpenigen und disziplinwidrigen“ Mann gehalten, und einige im Dienst begangene Ungehörlichkeiten und lächerlich geringfügige Vorkommnisse wurden aufgebauscht. Weil er etwas mehr Geld im Schranke hatte, als erlaubt ist, erhielt er vom Hauptmann eine Arreststrafe im — Interesse der Disziplin! Während dieser Strafszeit verlor W. die Sprache, die erst ganz langsam wiederkehrte. Als die angeblichen Insubordinationen sich häuften, tauchten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit auf und nun endlich erfolgte Müllers Unterbringung zwecks Beobachtung auf den Geistesgesundheitsstand in die Nervenklinik des Dresdener Garnisonslazarets. Hier wurde nun von den letzten Lippen W. festgestellt, daß W. mit Rücksicht auf seine krankhafte Veranlagung dienstuntauglich ist, worauf die Entlassung vom Militär erfolgte. Dienther leitete man aber gegen W. gegen der im Dienst begangenen „Auflehnung gegen die Disziplin“ ein Strafverfahren ein und — man sollte es kaum für möglich halten — nahm W. in Ost-Preußen „schweren Verlesungen“ befallen nun darin, daß der Angeklagte einmal trotz mehrfacher Befehle den Gehorsam nicht geübte, die Halsbinde nicht abgenommen, die Marschübung und Ehrenbegehung absichtlich (1) falsch gemacht hat. Der tätliche Angriff wird darin erblickt, daß W. mal seinen Leibverrienen dem Unteroffizier scharf aus der Hand genommen hat. Von Ostpreußen transportierte man den bedauernswerten Mann vor das Dresdener Kriegsgericht. In der Verhandlung machte W. einen mitleiderregenden Eindruck; er gab an, sich auf die ganzen Vorgänge nicht besinnen zu können. Er weinte wiederholt und beteuerte immer wieder seine Unschuld; eine Auflehnung gegen die Disziplin habe ihm ferngelegen. Durch seine Einstellung beim Militär sei das Unglück über ihn hereingebrochen, seine Angehörigen hätten damals ihre Verwurderung ausgesprochen, daß er überhaupt eingestellt wurde. Die Weisungsaufnahme war dem Angeklagten so glänzend, daß die Anklage wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Und wegen dieser Vorkälle hatte man den kranken jungen Mann in Ost-Preußen, ihn monatlang mit gerichtlichen Vernehmungen gequält und zur Verhandlung einen Zeugenapparat von 20 Mann aufgebaut. Außerdem waren zwei ärztliche Sachverständige geladen, die sich

übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß M. an schwerer Nervenkrankheit leidet. Staatsarzt Dr. Krüger gab zum Schluß der Verhandlung sein Gutachten ab, daß die Vergehen des Angeklagten nicht als Traumbhandlungen anzusehen seien, auch liege eine ausgesprochene Weißeskrankheit im Sinne von § 51 nicht vor. Dagegen müsse er M. für vermindert zurechnungsfähig, hochgradig nervös und schwer neurassthenisch bezeichnen. In einigen Fällen sei die Verantwortlichkeit zweifelhaft, in andern aber gegeben. Bemerkenswert sei noch, daß ein am Eingang der Verhandlung von der Verteidigung gestellter Antrag, den Angeklagten zur Beobachtung in eine öffentliche Irrenanstalt einzuweisen, abgelehnt worden war. Das nach mehrstündiger Verhandlung verkündete Urteil lautete auf 5 Tage mittleren Arrest, wegen einfachen Ungehorsams. Die Strafe gilt durch die lange Untersuchungshaft für verbüßt. Das Gericht war der Meinung, daß die meisten Vorgänge nicht als Böswilligkeit, sondern als Ungeheuerlichkeit anzusehen sind. Es hat auch vom Angeklagten den Eindruck gewonnen, daß er durchaus kein Mensch ist, der sich vorsätzlich gegen die Disziplin vergeht.

Nun kehrt M. wieder in die Freiheit zurück — als Opfer des Militarismus!

Der König als Bierkenner.

In einem Dresdner Blättchen wird neulich zwei Spalten lang eine Bombenreklame für „einheimische Biere“ gemacht. Darin kommt auch folgende Stelle vor:

Schon seit Jahrzehnten gelangen die Biere zur Lieferung an die Königl. Hofhaltungen zu Dresden, und ihre hohen Qualitäten fanden Anerkennung bei allerhöchster Stelle: Se. Majestät der König Friedrich August von Sachsen, bekanntlich selbst ein trefflicher Kenner und scharfer Beurteiler der Produkte seines Landes, hat allen Bierern der brauerei die Bezeichnung Königl. Hofbier huldvollst zu verleihen geruht, der glänzendste Beweis für die hohe Güte der Brauprodukte des

Diese Spekulation auf den Bierpatriotismus gewisser Kreise ist wohl die widerlichste Reklame, die man sich denken kann.

Gegen die Wohnungsnot.

Eine öffentliche Versammlung in Plauen hat, wie bereits kurz berichtet, abermals zur Wohnungsnot Stellung genommen und eine scharfe Protestresolution angenommen. Die letztere hat folgenden Wortlaut:

Die vom Gewerkschaftskartell eiderufene, von Männern und Frauen starkbesuchte öffentliche Versammlung der Einwohner Plauens erhebt schärfsten Protest gegen die Wohnungsnot in Plauen. Die Wohnungsnot in Plauen, vor allem der Mangel an kleineren Wohnungen, ist aufs höchste gestiegen, so daß es kaum noch möglich ist, eine Wohnung zu bekommen. Dabei haben die Hausbesitzer die Mieten im Laufe weniger Jahre so hoch getrieben, daß sie für weite Kreise der Bevölkerung kaum noch erschwinglich sind. Diese Zustände sind eingetreten: a) infolge der rückständigen, kurzfristigen Kommunalpolitik der städtischen Behörden, die weniger auf das Wohl der Allgemeinheit als auf die Privatinteressen der Hausbesitzer Rücksicht nehmen; b) infolge der rückwärtslosen Ausbeutung der Notlage der Bevölkerung durch die Hausbesitzer, die das Wohl der Gesamtheit strapellos ihren egoistischen privaten Profitinteressen opfern. Die Versammelten erklären, daß die Maßnahmen, die der Stadtrat bis jetzt getroffen hat, nicht geeignet sind, der Wohnungsnot ein baldiges Ende zu bereiten; sie fordern von dem Stadtrat und von der Stadtverordnetenversammlung eine großartige Wohnungspolitik, die darin besteht, daß die Stadt — unbeschadet der Unterstützung gemeinnütziger Genossenschaften und unbeeinträchtigt durch den Arm, den die Hausbesitzer und die Grundstückspekulanten machen — sofort die Errichtung von Häusern mit kleinen und mittleren Wohnungen in städtischer Regie, d. h. unter Ausschaltung des privaten Baukapitals, in die Wege leitet.

Zum Kapitel Leutenot.

Ueber Leutenot klagen die Landwirte bei jeder Gelegenheit. Das ist ganz erklärlich, denn die Gutsbesitzer und -verwalter glauben noch immer der „gnädige Herr“ von ehedem zu sein und „ihre Leute“ nach jeder Richtung bevormunden zu können. Wer gegen den „Besitz des gnädigen Herrn“ verstößt, wird auf die Strafe gesetzt. „Unbedingten Gehorsam“ fordern die Herren von ihrem „Gesinde“ auch in bezug auf Verwendung der wenigen freien Stunden. An einer Veranstaltung des Arbeiterturnvereins Maxen bei Pirna, einem Wettlauf, nahmen kürzlich auch, so berichtet die Pirnaer Volkszeitung, bei dortigen Gutsbesitzern beschäftigte Arbeiter teil. Einer der jungen Leute hatte dadurch den Jörn seines „gnädigen Herrn“ erregt und mußte sofort nach Müßiggang seine Sachen packen und das Dorado seines Herrn verlassen. Nun wird der Agrarier natürlich um so lauter über die Leutenot zetern!

Mittelhandelsretterei. Das Dresdner Journal berichtet amtlich: „Den zur Förderung von Kleinhandel und Kleingewerbe der Gewerbelammen zur Verfügung gestellten Betrag von bisher je 3500 Mk. hat das Ministerium des Innern zunächst für das Jahr 1912 auf 4000 Mk. erhöht. Aus diesem Fonds können die Gewerbelammen nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen Unterstützungen für Fachausstellungen, für Ausstellungen von Handwerksmaschinen und von Gestellen- und Lehrstuhlarbeiten, für Wandervorträge sowie für sonstige, der Hebung von Kleingewerbe und Kleinhandel dienende Zwecke bewilligen, auch Beihilfen zum Besuch von Meisterkursen und Fachschulen gewähren.“

Für den sogenannten Mittelstand hat der Vater Staat immer einen offenen Anteil!

Unsere Wäldungen. Nach den neuesten statistischen Ermittlungen umfassen die sächsischen Wäldungen rund 208 000 Hektar, das sind

28 Prozent der Gesamtfläche des Königreichs Sachsen, während Acker und Gartenlandereien 60 Prozent und Wiesen zirka 12 Prozent umfassen. Von den Wäldungen gehören 180 155 Hektar dem Staate. Davon entfallen auf die einzelnen Forstbezirke: Dresden 22 728, Schandau 21 395, Grillenburg 10 670, Tharandt 12 44, Rärenfeld 14 627, Marienberg 18 894, Schwarzenberg 19 584, Eibenstock 18 195, Auerbach 24 816, Zschopau 12 918 und Grimma 15 104 Hektar.

Pirna. Die Gemeinden Dohna, Gommern, Großluga, Großsedlitz, Großschadowitz, Peidenau, Mügeln und eine Anzahl anderer Orte haben sich zu einem Gemeindeverband Mügeln-Dohna und Umgebung vereinigt. Der Verband stellt sich zur Hauptaufgabe die Bekämpfung der Tuberkulose.

Königsstein. Auf der Festung werden gegenwärtig von der Reichsmilitärverwaltung Umbauten der Kasematten vorgenommen. Man nimmt an, daß die Festung mehr als bisher zur Unterbringung von Gefangenen benutzt werden soll.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zwei Flüge der von Schandau in das Erzgebirge führenden Elektrischen Bahn stießen zusammen. Beide Führer wurden verletzt, die Passagiere blieben unverletzt. — Als Monteur Schneider von der Elektrischen Gesellschaft in Schandau an der Oberleitung in Hertigswalde arbeitete, um eine Störung der Oberleitung zu beseitigen, kam er der Stromleitung zu nahe und wurde gestöckelt. — In Lomnütz sprang ein wild gewordener Stier durch ein offen stehendes Fenster in eine Wohnung und richtete dort ein Zerstörungswerk an, indem er Bilder und eine Uhr von den Wänden riß, ein Sofa zerstückte und andere Möbel beschädigte. Es dauerte geraume Zeit, bis es gelang, das Tier einzufangen. — In Kirchbach bei Döberau wurde der 17 Jahre alte Sohn des Schuhmachers Hedrich von einem Automobil überfahren und tödlich verletzt. Der junge Mann erlitt einen Schädelbruch. — Ein junger Mann namens Kaiser, der in Glauchau auf dem Rathause als Schreiber tätig war, warf sich in der Nacht vor einen Schnellzug und ließ sich überfahren. Er war sofort tot. — Im Wagner Krankenhaus verstarb die 18 Jahre alte Tochter des Unterbeamten Schleichrich. Der Hund hatte das Gefressene und beim Spielen des Kindes Mund geleckt, der eine kleine Wunde aufwies. Der Tod des Mädchens erfolgte an Blutvergiftung unter furchtbaren Schmerzen. — Durch Schienenbruch entgleiste die Lokomotive eines Personenzuges unmittelbar vor Bünschendorf und fuhr in die Bahndröschung hinein. Die Lokomotive wurde auf die Seite gelegt. Drei Güterwagen entgleisten. Personen wurden nicht verletzt. Der Verkehr zwischen Bünschendorf und Weißig ist vorläufig eingestellt. — In Leubetha bei Adorf geriet der 20jährige Gutsbesitzer Oswald Steinlein in die Pflanzschneidemaschine. Er verlor zwei Finger der rechten Hand und außerdem wurde ihm der Mittelfinger schwer verletzt. — Im Felsens der Bahnstation Neuhäusen i. E. plagte das Dampfrohr einer geheizten Maschine, wodurch der Maschinenwärter Melchelt schwere Brandwunden davontrug. Auch der Lokomotivführer Lippold wurde bedenklich verletzt. — In Seiffen i. E. fuhr der Monteur Wende aus Leipzig den steilen Berg der von Neuhäusen kommenden Straße herein, verlor die Gewalt über sein Rad, stürzte und zog sich einen Schädelbruch zu. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus zu Oberhausen. — Auf dem Nachmittagsbusse in Ebersdorf bei Lausitz war der Knutscher des Besitzers von einem polnischen Arbeiter während eines Streikes mit einem Pferdestrick auf den Kopf geschlagen worden, daß die Schädelbede zertrümmert wurde und der Verletzte verstorben ist.

Aus den Nachbargebieten.

Zur Landtagswahl in Schwarzbürg-Rudolstadt.

Die Wahljournale zeigen, daß wir nicht nur die Mandate behauptet, sondern auch noch einen ansehnlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. Es wurden insgesamt 8285 sozialdemokratische und 6856 bürgerliche Stimmen abgegeben, das sind für uns 371 Stimmen mehr, als am 10. November. Die bürgerliche Koalition brachte trotz der verzweifeltsten Anstrengungen und obwohl sie einige Tage vor der Wahl noch in prahlerischer Weise erklärt hatten, über 1000 neue Staatsbürger gemacht zu haben, nur 398 Stimmen mehr auf. Die Wahlbeteiligung war sehr stark und kann auf ca. 85 bis 90 Prozent veranschlagt werden. In vielen Wahlorten erschienen fast sämtliche Wähler an der Urne. Rechnet man zu der Anzahl der Abstimmenden noch die Kranken, die Abwesenden und die notorischen Wahlchwänzer, so ergibt sich, daß in unserem Stimmkreis die Zunahme der Wählerstimmen für unsere Partei sowohl als auch für die Gegner so ziemlich erschöpft ist.

Das Mandat in Stadtilm, wo wir mit 734 gegen 735 Stimmen unterlagen, dürfte nicht lange im Besitze der Gegner sein. Es sind zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die zu einem Protest unserer Partei gegen das Mandat geführt haben. In einer eventuellen Nachwahl wird es uns möglich sein, hier bei Anstrengung aller Kräfte das zehnte Mandat zu holen, um so mehr, als diesmal eine ganze Reihe Arbeiter am Wahltag einer Reservereuebung genügen mußten und um ihr Wahlrecht kamen.

Der neue Landtag dürfte wahrscheinlich erst im Herbst zusammenzutreten.

Wieder eine Duellaffäre.

Aus Nordhausen wird berichtet: Unter der Anklage der Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen hat sich vor der Strafkammer in Heiligenstadt der Bankier Ernst Viermann aus Worbis-Neumühle verantworten müssen. Der Amtsrichter Koloff aus Groß-

bobungen war wegen Karteltrogens angeklagt. Gelegentlich einer Generalversammlung des Eichsfelder Kornhauses war der Mitmeister a. D. v. Krieger zu Worbis mit Viermann, den er für den schlechten Geschäftsgang des Kornhauses verantwortlich machen wollte, in Meinungsverschiedenheiten geraten und hatte ihm zugerufen: „Wenn Sie satisfaktionsfähig wären, so würde ich anders gegen Sie vorgehen.“ Der Vorsitzende der Versammlung nahm den Beleidigten nicht in Schutz, der Mitmeister aber hielt seine Behauptung nach der Versammlung und später Karteltrogern gegenüber aufrecht. Darauf sandte Viermann dem Mitmeister v. Krieger eine Pistolenforderung, die dieser jedoch auslief, ohne die Beleidigung zurückzunehmen. Viermann meldete dies der vorgesetzten Dienstbehörde des v. Krieger mit dem Besuche, v. Krieger habe seine Ehre angetastet, ihm aber keine Genugtuung gegeben und somit seine Standesehre verletzt. Ein Ehrengericht trat in Wühlhausen zusammen und verurteilte v. Krieger auf Schuldig der Verletzung der Standesehre unter Beantragung der Entlassung mit schlichtem Abschied. Auf ein Gnadengesuch entschied jedoch der Kaiser d. h. d. v. Krieger eine Verwarnung zu erteilen, daß dem v. Krieger eine Verwarnung zu erteilen sei. Der Staatsanwalt beantragte 3 Tage Festungshaft. Das Urteil des Gerichts lautete für jeden der beiden Angeklagten auf einen Tag Festungshaft, das niedrigste Strafmaß.

Roburg. Bei der Wahlmännernachwahl zum Landtag im dritten Wahlbezirk der Stadt wurde der nationalliberale Oberbürgermeister Hirschfeld gewählt. Die Sozialdemokratie büßt damit ihr einziges Mandat, das sie im Roburger Landtage bisher inne hatte, ein.

Zeitz. Im Gasthof zum Weißen Röhren mietete sich ein Ehepaar auf den Namen Zimmermann Otto Kirmse aus Zeitzdorf ein. Früh erschien der Mann in der Gaststube und holte den Kaffee, den er mit in sein Zimmer nahm. Einige Zeit darauf verließ er allein den Gasthof. Später wurde die Frau in dem Zimmer tot aufgefunden, und zwar lag sie auf dem Fußboden vor dem Bett. Auf dem Tisch stand der Kaffee, die eine Tasse war fast ganz ausgetrunken, während die andere Tasse unberührt war. Die Frau ist vergiftet worden. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

Deffau. Der Schuhmann Steuer aus Zerbst, der vom hiesigen Schwurgericht wegen jahrlässigen Falschens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, unternahm in der Zelle einen Selbstmordversuch. Er schoß sich mit einem verborgenen gehaltenen Revolver eine Kugel in den Kopf und verletzte sich schwer. Die Gerichtsbehörde ordnete seine Ueberführung in das Krankenhaus an.

Görlitz. Der Bau eines Krematoriums wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Kosten dafür in Höhe von 140 000 Mk. wurden bewilligt, ebenso 20 000 Mk. für die erste Einrichtung des Urnenshains. Man rechnet mit etwa jährlich 200 Einäscherungen.

Aus der Umgebung.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Der Kreisstag findet am 21. Juli, vormittags 1/11 Uhr, in Alttranstädt im Gasthof statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Bericht der Agitationskommission.
2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
3. Organisation und Agitation. Referent: Gen. Otto Pollender.
4. Presse.
5. Parteitag.
6. Wahl der Agitationskommission.
7. Antrag des Vorstandes: Sämtliche Eintrittsgelder sind doch an die Hauptkasse einzusenden.
8. Anträge der Mitglieder.
9. Wahl des Sitzes des Vereins.

Anträge müssen bis zum 24. Juni in den Händen des Vorstandes sein.

Die Distriktskassierer werden ersucht, die Markmarken sofort abzurechnen und Restbestände einzusenden und die Quartalsabrechnung bis längstens den 10. Juli an den Hauptkassierer gelangen zu lassen.

Der Vorstand.

J. A.: Konrad Müller.

Beschlüsse des Bezirksausschusses.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft genehmigte in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung die Besuche von Gerichte in Schönefeld um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks, Abhalten öffentlicher Tanzveranstaltungen und Veranstaltungen von Gesangsvereinen und theatralischen Vorstellungen durch Vereine und Männergesellschaften nach Art der Leipziger Knyphausenpalastkammer, von der verehelichten Zimmermann in Schönefeld um Erlaubnis zum Branntweinschank, von Schilles in Jwenkau um Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke in einer Trinkhalle und von der Witwe Hoffmann in Gauß um Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke in einer Trinkhalle.

Abgelehnt wurden die Besuche von Eder in Schönefeld um Erlaubnis zur Errichtung einer Stehbierhalle mit Frühstückstube, von der Witwe Beutler in Schönefeld um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks und von Marx in Böhlen um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks.

Kavon-Geife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Hausalkalife
von
fabelhafter Waschkraft.

Stück 20 Pf.

Die Reinigungswirkung ist einfach fabelhaft. Selbst durch und durch verschmutzte Wäsche wird mit Kavon-Geife bei spielend leichter Arbeit wie neu. Empfindliche Stoffe wie Seide, Wolle, Spitzen, Gardinen usw. bleiben vollständig unverändert. Kein Einlaufen! Kein Farbenverbläuen! Dabei billig: Bei richtiger Anwendung braucht man von Kavon-Geife halb so viel Geife wie sonst.

Die Kavon-Geife ist nach Zusammenfügung und Waschkraft die reinste und vollkommenste Hausalkalife, die die Seifen-Industrie je hervorgebracht hat.

Wahl-Ehrenberg. In der am 6. Juni stattgefundenen Gemeinderatssitzung nahm man davon Kenntnis, daß die Kassenaufschüsse im Mai bei der Gemeindekasse 24 071,31 Mk. und bei der Sparkasse 7201,87 Mk. betragen. — Zu dem Bahnübergang des Schönauer Weges hat die Amtshauptmannschaft die Genehmigung zum Bau erteilt und die notwendigen Formalitäten erfüllt. Der Betrag von 8000 Mk. ist bezahlt, so daß an die Ausführung herangetreten werden kann. Hierbei wurde bekannt gegeben, daß sich die in Betracht kommenden Firmen, die um einen Beitrag zu den Kosten des Ueberganges ersucht waren, außer der Firma Franke u. Co., die 100 Mk. zeichnete, ablehnend verhalten haben. — Ein Beitrag der Gemeinde zu den Blumentagen am 29. und 30. Juni wurde abgelehnt. Es wurde hierbei mitgeteilt, daß dem Ortsausfluß von fast sämtlichen Vereinen, außer dem Ortsverein, die Mitwirkung zugesagt worden sei. — Dem Gesuch der Gemeinde um Verwendung des Erlöses von 4000 Mk. vom Verkauf der Wegparzelle 278 zu dem Bau einer Fußgängerüberführung über die Leipzig-Gorbitz-Eisenbahn wurde stattgegeben. — Die Uebernahme der Puffelstraße wurde, da sich die Straße gefehlt hat, abgelehnt. — An dem Pflaster des Eisenbahnviaduktes sollen Reparaturen vorgenommen und die Straßenbahngesellschaft zu den Kosten herangezogen werden. — Der Anpflanzung von Bäumen von der Ortsgrenze Leutzsch bis an das Gemeindeamt wurde zugestimmt. — Die Kläranlage soll befristet werden. — Das Ersuchen, die Kläranlage des Abwassers in die Puffelstraße zu leiten, wurde abgelehnt. — Der Herstellung des Fußweges und der Schleufe in der Kienstraße stimmt man zu. — Wegen der Abänderung des Bebauungsplanes B soll erst der Gastwirt Vogel gehört werden. — Ein Antrag, die Leiter der „nationalen“ Jugendpflege gegen das Pflichtgesetz zu versichern, wurde gegen den Einspruch unserer Vertreter angenommen. Es sollen jedoch erst Erörterungen angestellt werden. — Eine Eingabe des Bauvereins für Wählig-Ehrenberg und Umgebung, in der die Uebernahme der Finanzgarantie von der Gemeinde verlangt wurde, wurde nach längerer Diskussion auf Antrag des Genossen Trube dem Finanzausschuß nochmals zur näheren Prüfung überwiesen. Der Hausbesitzerverein hatte in einem Schreiben den Gemeinderat ersucht, die Eingabe abzulehnen. — Die Umgebungsentschädigung an die Hebammen soll, wenn ohne Grund Arzt und Pflegerin genommen werden, 12 Mk., wenn andere Hebammen geholt werden, 8 Mk. betragen. — Das Gesuch des Klempnermeister Scannewin um Zulassung zur Ausführung von Wasserleitungsinstallationen wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. — Die Grasverpachtung brachte 880 Mk. — Die Laternen an der großen Elbe (Haltestelle der Straßenbahn) soll nachts bis 1 Uhr brennen. In der Pleißestraße sollen 4 neue Laternen aufgestellt werden. Die Laternen an der Elbe der König-Albrecht-

Straße soll als Nachlaternen gelten. Zur Beleuchtung des Diefenweges kann sich der Rat der Stadt Leipzig nicht bequemen, obwohl er dazu verpflichtet wäre, da 80 Proz. der heimkehrenden Bürger von Leipzig sind; die Orte Leutzsch und Wählig-Ehrenberg genügen ihrer Pflicht. Es soll Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft geführt werden. — Für das Verleihen der mechanischen Schiebeleiter wurde pro Stunde 1 Mk. ausschließlich des Arbeitslohnes festgesetzt. — Der Sechschverlauf brachte ein Defizit von 23,50 Mk. — Dem Antrag auf Befreiung der Mischforderung von Schleusenräumungskosten wurde stattgegeben. — Das Vorgehen des Kaufmanns A. F., Leipzig, für die Errichtung einer Schokoladenfabrik und eines Beamtenwohnhauses soll befristet werden.

Wahren. Veruntreute Kirchengelder. Der Rechnungs- und Buchführer Paul Oskar Winkler war seit dem Jahr 1908 bei der Kirchen- und Friedhofverwaltung in Wahren angestellt. Am 3. April wurde er verhaftet, weil sich bei einer Revision herausgestellt hatte, daß er im Laufe der Zeit aus der Friedhofskasse den Gesamtbetrag von 5700 Mk. entwendet und unterschlagen hatte. Die Unterschlagungen haben schon im Jahre 1909 begonnen, nachdem früher schon einmal ein Betrag von 800 Mk. gefehlt hat, den der Angeklagte jedoch bestreitet, indem er sich die Summe von einem Gutbesitzer lieh. Der Angeklagte hat ein Verhältnis mit einer Kellnerin unterhalten, obwohl seine Lebenslage bei 1400 Mk. Gehalt nur bescheiden war. Das Gericht billigte dem Mann mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust.

Leibertswitz. Eine Anordnung der Amtshauptmannschaft. Sonntag, den 23. Juni findet hier ein Verbandstag der freiwilligen Feuerwehren statt. Anlässlich dieses Verbandstages soll auch eine größere Übung (Sturmangriff) erfolgen. Zu dieser Übung sollen zweizüge der hiesigen Pflichtfeuerwehr das Abwehrkommando übernehmen. Die Amtshauptmannschaft Leipzig verlangt dieses in einem Schreiben an den Hauptmann der hiesigen freiwilligen Feuerwehr, welches am Sonntag, den 9. Juni, anlässlich einer Übung der Pflichtfeuerwehr vorgelesen wurde. Die Mehrheit der hiesigen Pflichtfeuerwehr ist nun der Meinung, daß sie zu Übungen an Verbandstagen und Festlichkeiten der freiwilligen Feuerwehren auf keinen Fall zum Abwehrkommando herangezogen werden kann. Sie betrachten das als einen Verstoß der Amtshauptmannschaft. Ein großer Teil der freiwilligen Feuerwehren bilden oft die Hilfspolizei der Reaktion, die den Arbeitern bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen in den Rücken fallen, und da hält sich die Arbeiterkassette, die den größten Teil der Pflichtfeuerwehr stellt, denn doch für zu gut, um als Staffage bei solchen Veranstaltungen zu dienen.

Schleußig. Genossenschaftliches. Am Donnerstag fand im Lindenhof eine gut besuchte außerordentliche General-

versammlung des Konsumvereins vorwärts statt. Der Zweck der Versammlung war, die endgültige Beschlussfassung über die Errichtung eines eigenen Geschäftshauses. Geschäftsführer Genosse Müller erläuterte eingehend das früher beschlossene Bauprojekt. Da der vor Jahren erworbene Bauplatz an einer nicht ausgebauten Straße liegt, stehen der Ausführung des Neubaus baupolizeiliche Bestimmungen entgegen. Ein Austausch des Platzes mit Herrn Ziergiebel scheiterte, weil derselbe pro qm 25 Mk. forderte. Der Verein war gezwungen, das Grundstück mit 3 schönen Bauplänen, in dem sich der Verein schon seit Jahren befindet, für 41000 Mk. anzukaufen. Es wird beabsichtigt, das Geschäftshaus auf dem Bauplatz nach den Zeichnungen des Baumeisters Jüge mit einer veranschlagten Bausumme von 55000 Mk. (ohne Platz) zu erbauen. Das Haus erhält außer dem Parterre, 1. und 2. Etage nebst ausgebautem Dachgeschoss (Hausmannswohnung). In das Haus, das in der Wilhelmstraße 20 m und in der Weststraße 14 m Länge erhält, werden 7 Wohnungen im Preise von 225 bis 310 Mk. eingebaut. Baugelder, Hypotheken usw. sind gesichert. Das Geschäftshaus wird sich mit circa 5 1/2 Proz. verzinsen. Als Geschäftsräume wird das ganze Parterre benutzt, wofür als Miete pro Jahr 1500 Mk. eingeseht sind. In der lebhaften Diskussion stimmt man einstimmig diesen Vorschlägen zu. Der zweite Punkt betraf die Ausdehnung von Anteilsscheinen, die den Zweck haben sollen, eine zweite Hypothek in Höhe von 25, 50 und 100 Mk. mit einer Verzinsung von 4 Proz. herauszugeben. Es wird erwartet, daß die Mitglieder von diesem Beschluß recht regen Gebrauch machen. Jetzt wird der Verein vollständig auf eigene Füße gestellt. Leider gibt es noch eine Anzahl Arbeiter, die die Vorteile der Konsumvereine nicht begriffen haben. Aber auch der Gedanke der genossenschaftlichen Zentralisation muß bei den Mitgliedern der umliegenden Konsumvereine geweckt werden. Da der Konsumverein Schleußig noch genügend Platz hat, eine Bäckerei und ein Zentrallager zu errichten, so wäre bei einer Verschmelzung der in Frage kommenden Vereine eine Garantie für bessere Abflüsse und schnellere Vorwärtswendungen gegeben.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.
Donnerstag:
Speiseplan I (Hohannplatz 9): Kartoffeln mit Schwarzkohl, Speiseplan II (Lößlerstraße 1): Gekochtes mit Weißkohl, Speiseplan III (Mühlengasse 24): Milchsuppe mit Schmalzkehl, Speiseplan IV (Hilfstraße): Nudeln mit Butter und Salat, Speiseplan V (Wagner Str. 55): Kartoffeln mit Wiener Würstchen, Speiseplan VI (Karl, Gorbitz Str. 105): Nudeln mit Nudelsauce, Speiseplan VII (Waldenstraße 5): Milchsuppe mit Weißkohl, Speiseplan VIII (Waldenstraße 35): Milchsuppe mit Schwarzkohl.

Theatervorstellungen.
Neues Theater.
Mittwoch, den 12. Juni: 150. Abend-Vorstellung (8. Serie, wohl):
Ein Diener des Hauses.
Ein Spiel des heutigen Tages in 5 Akten von Charles Mann Kenned, ins Deutsche übertragen von Franz E. Wasthauer Freund.
Leiter der Aufführung: Oberregisseur Wink.
Thomas Bonasch, Wilhelm Richardson, Josef Schmitt, Ernst Probst, ein englisch. Hochst. in einer größeren Gesellschaft, Wilhelm Walter, Maria, Frau, August Hammer, Marie, Heider, Nichte, Olga, Nichte, Hausbesitzer, W. Winkler, j. Winkler, ein Diener, Bruno, Decaril, j. j. j. — Ort: Hier (wenn auch die äußere Handlung in England spielt).
Waise nach dem 3. Akt.
Eintritt 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende 9, 10 Uhr. **Schauspiel-Grotte.**
Spielplan: Donnerstag: Radmerzhelm (Bühnenstück VI). Anfang 1/2 Uhr.

Alles Theater.
Mittwoch, den 12. Juni:
Geschlossen.
Spielplan: Donnerstag: Radmerzhelm (Bühnenstück VI). Anfang 1/2 Uhr.

Battenberg-Theater.
Heute: Abends 8 1/2 Uhr: Die Siebzehnjährigen. Schauspiel in 4 Akten von Max Dreyer.
Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: Zum 15. Male: In der Fremdenlegion. 4 Bilder aus dem Leben der Legionäre von Leo Jurgan.

Krystall-Palast-Theater.
Nur noch **Hindernissenrennen.**
4 Tage:
Burleske m. Ges. in 3 Bildern v. L. Haskel. Musik v. B. Minkwitz.
Nur noch 4 Tage: **Auftreten sämtl. Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr. Gewöhnl. Preise. Dutzendkarten Mk. 5,50.

Reichshallen
L.-Volkmarisdorf, Elisabethstraße 5-7
Strassenbahn-Verbindung KVS :: Rote Linie 4 u. 5
Heute, Mittwoch weitere Endkämpfe.
Oskar Lupp geg. Michailow Meisterringer v. Ural-Kosak Deutschland
Buchheim geg. Paradanoff Meisterringer von Sachsen
Berkowski gegen F. Schmidt Meisterringer von Berlin
Beginn der Varieté-Vorstellung 8 Uhr. 12087
Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr.
Hierauf: **Grosser Elite-Ball.**

Felsenkeller.
Morgen Donnerstag [12054]
Extra große Gala- u. Kostüm-Soiree
der beliebten **Seidel-Sänger.**
Hierauf: **Ball-Musik** bis 1 Uhr.
Anfang 8 Uhr. Karten und Programm gültig.

Elektrische Ausstellung Leipzig 1912
für Haus Gewerbe und Landwirtschaft
Messeplatz v. 6. Juni bis 21. Juli
Geöffnet von vorm. 9 Uhr bis 11 Uhr abends
Täglich: Konzerte, Fessballon, Leuchfontäne, Vergnügungsviertel
Abends 8 Uhr: Gemeinverständliche Vorträge
EINTRITTSPREISE
Erwachsene 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.
— ab 8 Uhr abends 25 Pfg. —
:: An Elite-Tagen doppelt ::
Dauerkarten 5 Mk. · Anschlusskarten 3 Mk.
bei AUGUST POLICH, Verkehrs-Abteilung
GEORGE MEYER, Neumarkt 40 :: ALL-
GEMEINES ANZEIGEN-BÜRO, Markt 6, I.
:: VERKEHRS-VEREIN, Naschmarkt ::

Schloss Rheinsberg.
Gautzsch.
Schönster parkähnlich, terrassenförmig. Garten der Umgebung Leipzigs mit herrlichem Laub- und Nadelwald. Küche u. Keller einzig. Pilsner Urquell.
Morgen Donnerstag, den 13. Juni abends 8 Uhr
Gr. Militär-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Kgl. Sächs. Inf.-Regts. Nr. 106. Leitung Kgl. Obermusikdirektor Herr Julius Matthey
u. gr. Vortrag von Gustaf Nagel über freundschaft und liebe.
Hierzu ladet ganz ergebenst ein **H. Höckelmann.**

Panorama
Welt-Restaurant
Täglich große Konzerte.
In den oberen Räumen
Erstklassiger Billardspielsaal.
Vollständig renoviert! [3084*]
Guldene Aue L.-Sellerhausen
Morgen Donnerstag **Großes Familien-Freikonzert.**
abends 8 Uhr
Gutgepflegte Getränke. **Herm. Nacke.**

Gasthof Haselbach
Empfehle meine Lokalitäten (m. bedeut. vergröß. Veranda, Regeldahn, Saal) geehrt. Besuchern der Haselbacher Tische u. werde m. ff. Speis. u. Getränk. jederzeit best. aufwart. u. Schmeck.*
Bitte versuchen Sie unsere **Biskuits, Keks, Makronen etc.**
Leipziger Biskuitfabrik, Lutherstr. 16. Tel. 15283.*

Dorfschänke, Paunsdorf.
Jeden Freitag Schlachtfest.
Nichtungsvoll Franz Bauer.
Hosen
im **Total-Ausverkauf**
Petersstr. 19, I. Etg.
Verkauf direkt an Private wegen Auflösung des Geschäftes.
Früher 2,50 b. 18. A jetzt 1,45 b. 10. A
Herren-Engros-Verkauf.
Petersstr. 19, I. Etg.
Bist Du eine der Unfrigen? von Luise Rieg. 10 Pfg. Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung.
Monats-Garderoben
welche von Millionären, Studenten u. Kavaliere sehr wenig getragen, nach Maß gearbeitet, zu ganz bedeutend billigen Preisen.
Anzüge und Paletots 12, 18, 22, 28 Mk.
Gehrad, Grad- und Smoking-Anzüge werden sehr billig verkauft und auch verlichen. Damen-garderoben sehr billig.
Friedmann Gaisstr. 9, I. Teleph. 14196
Sonntags geschlossen.

Theatervorstellungen.
Bereinigte Leipziger Schauspielhäuser.
Direktion: Postal Anton Hartmann.
Leipziger Schauspielhaus.
Sophtenstraße 12.
Mittwoch, den 12. Juni abends 8 Uhr:
Ostspiel Anton Franck.
So 'n Windhund.
Schwan in 3 Akten von Axel Aron und Arthur Hoffmann.
Regie: Anton Franck.
Fritz Wilhelm XXVIII. G. Paulus, Eder, Stillehörer R. Wittenhain, Dr. Winteritz, Herr. Wolfram, Berner, Rechnungsrat A. Gliese, Maria De, Cornelia Lindenblüh, Stella David, Frau Heister, Helene Kieckert, Frau Heister, Eise Gliese, nehmmer, Aischbaum, Hammer, diener des Fürsten, Fritz Schiller, Alara, Zimmermäd., Ein Diener, Carl Hoffmann, Ein Gelangensartzt.
Ort der Handlung: Eine kleine Kellerei. — Zeit: Gegenwart.
* Dittmar, Anton Franck.
* Bängere Rauf nach dem 2. Akt.
Rassendmung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
* Tageskarten haben Gültigkeit. — Ende gegen 10 Uhr.
Spielplan: Donnerstag: So 'n Windhund. Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.
Central-Theater.
Mittwoch, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male:
Bei Anwesenheit des Komponisten Herrn Fein Levin.
Morgen wieder lustig.
Operette in 3 Akten von Wilhelm Jacoby. Musik von Fein Levin.
Leiter der Aufführung: Josef Groh.
Jérôme Napoleon, manbeur der Raj.
Rösig von West. Camillo Alessi
Jalen Annie Therau
Graf Hoff von Melungen, Landbedemann Karl Grünwald
Grafin Charlotte Marg. Köhner
Baron Rifobemus von Ravensbergen, Hofmarschall Josef Groh
Baronin Amalia, def. Verlobte, Marie Engel
General Schmeigand, Jul. G. Herrmann
Oberst Müller, Kom. Mann
Herrn und Damen vom Hofe. Vagen, Hofbediente. Soldaten der Raj. Leibgarde. Soldaten.
Das Stück spielt zur Zeit Johannes, der Schauptag ist im 1. Akt: Schloss Wittenhain bei Gasse; im 2. Akt: Der Landhof bei Gasse; im 3. Akt: Die Kellerei Wittenhain.
Vorkommende Länge arrangiert von Oberregisseur Josef Groh.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Spielplan: Donnerstag: Morgen wieder lustig. Anfang 8 Uhr.

Wie neu
werden
Herren- und Damengarderobe durch chemische Reinigung bei
Otto Beck
Leipzig, Lange Str. 18
Reudnitz, Bergstr. 3
den Drei Lilien gegenüber
Thonberg, Reitzenb. Str. 57
= Reparaturen billigst =
Lieferzeit 2-3 Tage
Nur Hainstr. 21
Durchgang nach der Grossen Fleischergasse
verkauft solange der Vorrat reicht einen großen Posten
Hochf. Pökelfleisch
Bauch 68 ct, Keule 72 u. 74 ct
Kamm 78 ct, Rücken 84 u. 89 ct
Eisbeine Pfund 52 ct
Schweinsknochen Pfund 32 ct
Wichtig für Maschinenbauer und Dreher:
Guthmann, E. Tabelle zur Ermittlung der Drehzahlen bei Gang- u. Millimetergewinden, ohne zu rechnen, für Drehbänke mit Weirspindel 2, 2 1/2, 3, 4, 5, und 8. Gang auf 1" engl. Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung Tauchaer Straße 10/21 oder durch deren Filialen und durch die Aussträger der Volkszeitung.
Frauent
bed. ihr. Bedarf an Spritzen, Irrigatoren, Leibbänden und hygien. Nonholten
bittet bei
Frau Albrecht, Sidorienstr. 27, II. Distr. Rein Tab.

Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbekömmlich.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Juni.

Geschichtskalender. 12. Juni 1815: Gründung der deutschen Burschenschaft in Jena. 1819: Der englische Schriftsteller Charles Kingsley in Solne geboren (+ 1875). 1890: Der Dichter Albert Traeger in Augsburg geboren. 1888: Schöberg gestorben.

Sonnenaufgang: 3,39, Sonnenuntergang: 8,20. Mondaufgang: 1,37 vorm., Monduntergang: 5,13 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 13. Juni. Nordwinde, wolkig, geringe Temperaturänderung, zeitweise Regen.

Aufgaben der Kommunalpolitik.

II.

Dem Wohnungswesen ist in dem kommunalen Jahrbuch ein breiter Platz eingeräumt worden. Sorgfältig wird über alle Kongresse berichtet, die irgendwelche nennenswerten Beschlüsse zur Wohnungsfrage gefaßt haben. Vom Internationalen Wohnungstongreß beginnend, bis zu den Tagungen der Haus- und Grundbesitzervereine. In vielen dieser Tagungen nahmen die Leiter städtischer Gemeinwesen teil, nicht selten hielten sie Referate und machten Vorschläge aller Art, und doch bleiben die trostlosen Zustände im Wohnungswesen bestehen. Nur hier und da schwingt sich eine Gemeinde dazu auf, neue Bahnen einzuschlagen. Auf dem Internationalen Wohnungstongreß, der vom 30. Mai bis zum 2. Juni 1910 in Wien tagte, stellte der Oberbürgermeister v. Wagner-Ulm Vorschläge für eine kommunale Wohnungspolitik auf, in denen es heißt:

Die Gemeinde ist unter finanzieller Beihilfe des Staates in erster Linie dazu berufen und imstande, die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der unteren Volksschichten, insbesondere im Sinne der Schaffung des Arbeiterwohnraumes nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse so zu vollziehen, daß der Kleinwohnungsbaunach technisch-hygienischen und wirtschaftlich richtigen Grundsätzen erfolgt und das Wohnungswesen unter Berücksichtigung der sozialen Besonderheiten in den einzelnen Ländern in planmäßigem Fortschreiten zur Ausgestaltung kommt. Die von ihr erstellten Gebäude müssen im Wege des Erbaurechts, des Wiederkaufrechts oder des Erbschafts der Spekulation dauernd entzogen bleiben.

Die Resolution, die im einzelnen noch ergänzt wird, sagt also Klipp und klar, daß den Gemeinden die Pflicht obliegt, das Wohnungsbedürfnis der unteren Volksschichten zu befriedigen. Die Gemeinden könnten natürlich, vorausgesetzt, daß sie über genügenden Grundbesitz verfügen, selbst auf den Wohnungsmarkt einwirken. Das könnte dadurch geschehen, daß sie in eigener Regie Wohnungen bauen. Allerdings werden gegen das Regiesystem allerlei Bedenken geltend gemacht, die freilich auf privatkapitalistischen Erwägungen beruhen, aber gerade deshalb auch von den Leitern der Gemeinwesen ins Vordertreffen gestellt werden. Man stemmt sich gegen das Regiesystem, indem man sagt, man dürfe der privaten Spekulation keine Konkurrenz machen, die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gehöre nicht zu den Aufgaben der Gemeinde, die Gemeinde habe sich von wirtschaftlichen Unternehmungen fernzuhalten usw. Diese Einwände sind z. B. im Leipziger Stadtverordnetenkollegium oft genug geltend gemacht worden, sowohl von Mitgliedern des Kollegiums als auch vom Ratssitze her. Und noch immer hat sich gezeigt, daß der Einfluß hausgratlicher Interessen in den Gemeinden vorherrscht. Ähnliche Einwände sind früher gemacht worden, als von sozialdemokratischen Stadtverordneten gefordert wurde, die Verkehrsmittel (Straßenbahnen), die Licht- und Wasserversorgung usw. in eigene Regie zu übernehmen. Nach und nach hat man aber einsehen müssen, wiewohl unverzeihliche Dummheit man damit gemacht hatte, diese Dinge der Privatpekulation zu überlassen. In Leipzig besonders kann ja die Bevölkerung hierüber ein Liedchen singen, doch wird hierüber später mehr zu sagen sein. Ueber andre Behauptungen der Regiegegner, so die, daß die Gemeinden teurer bauen als Privatunternehmer, braucht kein Wort weiter verloren zu werden. Die bisher gemachten Erfahrungen haben bewiesen, daß mit dem Regiesystem die besten Erfahrungen gemacht sind. In seinem Buch über das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens zitiert Paul Hirsch ein ausführliches Gutachten des Stadtrats von Freiburg i. Br., das alle Bedenken glatt zu Boden schlägt.

Den Gemeinden ist die Einwirkung auf den Wohnungsmarkt ferner möglich durch die Unterstützung von Baugesellschaften oder Baugenossenschaften, oder auch durch Unterstützung der Bautätigkeit der Privatunternehmer. Auch hier liegen Erfahrungen vor; in Leipzig sind ja in den letzten Jahren wiederholt Baugenossenschaften unterstützt worden. Die Leipziger Volkszeitung hat dabei wiederholt nachgewiesen, daß eine durchgreifende Besserung der Wohnungsverhältnisse dadurch nicht herbeigeführt wird und daß die Stadt mit den bisher gewählten Mitteln sehr wohl in der Lage gewesen wäre, weit Besseres zu leisten, als dies geschehen ist.

Die Wohnungsfrage hängt eng zusammen mit der Bodenfrage, die eine ist nicht ohne die andre zu behandeln. Die endgültige Lösung beider Fragen ist auch in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich, dazu bedarf es der Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum. Aber die Gemeinden können zur Besserung der Verhältnisse wesentlich beitragen, indem sie möglichst umfangreichen Grundbesitz erwerben und auf planmäßige Erhaltung und Vermehrung ihres Grundbesitzes bedacht sind. Dabei darf es selbstverständlich nicht bleiben, die Gemeinden haben dann die Pflicht, den Grund und Boden durch Straßen, Plätze und Verkehrsanlagen aufzuschließen, um die Bebauung zu ermöglichen. In enger Verbindung damit steht die Fürsorge für die Verkehrsmittel. Endlich aber hat die Gemeinde es in der Hand, durch Erlaß von Verordnungen, Ortsgesetzen etc. auf die Verbesserung bestehender unzulänglicher Wohnungen einzuwirken. In fortschrittlichen Gemeinden sollte die Wohnungspolitik zusammengefaßt sein in einem Wohnungsamt als selbständigem Zweig der Stadtverwaltung.

Aus einer kleinen Postkast.

Unter dem Scepter des Postdirektors Spindler in Hohweim zu dienen, scheint zu den besonderen Unnehmlichkeiten des Lebens der Assistenten zu gehören. Vor drei Wochen wurde bereits gegen einen Assistenten wegen Achtungsverletzung und sonstigen „ungeheuerlichen Verbrechen“ verhandelt, mit dem Resultat, daß der Verbrecher zur Strafe eines Monatsgehaltes verurteilt wurde. Gestern begann wiederum eine Disziplinar-Verhandlung wider den Oberpostassistenten Friedrich Wilhelm Hermann Klimm, der sich ebenfalls der Achtungsverletzung, des Ungehorsams und vieler anderer Vergehen schuldig gemacht haben soll. Klimm ist bereits seit dem Jahre 1901 in Hohweim angestellt und mehrmals „vorbestraft“ mit Geldstrafen bis zu 15 Mk. Er erkennt die Strafen nicht an, aber er hat bei einigen der Strafen den Instanzengang erschöpft und schließlich ist er es müde geworden, die Instanzen anzurufen und hat alles über sich ergehen lassen. Das Verhältnis zu den Vorgesetzten, insbesondere zum Direktor, ist dadurch natürlich nicht besser geworden. Da nun die mittleren Postbeamten Leute sind, die nicht geringes Selbstbewußtsein haben, so ist es erklärlich, daß sie einem Vorgesetzten ebenfalls mitzuspüren in der Lage sind. Der jetzt angeklagte Klimm wird beschuldigt, mehrmals mit dem früheren Angeklagten Seidel konspiziert und sich mit ihm verabredet zu haben. So soll auch Klimm bei seiner Krankheit ebenso wie Seidel seine Klingelanlage abgestellt und auf Klappen nicht geöffnet haben, so daß es nicht möglich gewesen sei, ihm amtliche Verfügungen zuzustellen. Daß Klimm in dem Postdirektor sowie in den als Untersuchungsrichter auftretenden Postinspektoren nicht verehrungswürdige Götter erblickte, deren Befehle lautlos zu befolgen sind, ist sein schlimmstes Verbrechen. Die Anklagefrist ist ziemlich lang; sie enthält haarklein aufgeführt sämtliche Verbrechen wider die postalische Disziplin. Der Angeklagte hat eines Herzleidens wegen um Vertagung der Verhandlung. Die Kerze meinten, daß der Angeklagte, wenn er wolle, recht wohl den Verhandlungen folgen und sich verteidigen könne. Das Gericht trat in die Verhandlung ein und erlaubte dem Angeklagten, sich zu entfernen, worauf dieser und sein Verteidiger den Saal verließen. Für die Verhandlung sind drei Tage vorgesehen.

Das Margaretenkomitee schickt der bürgerlichen Presse folgende Notiz, die diese in auffälliger Schrift schleunigst abdruckt, sie lautet:

Vom Arbeits-Ausschuß für das Margareten-Volkstheater wird uns mitgeteilt, daß die Bruttoeinnahmen bis jetzt 152088.05 Mk. betragen haben. Die Unkosten betragen 21045.82 Mk., so daß sich ein Reinertrag von 130442.23 Mk. ergibt, der zu 2/3 dem Diakonissenhaus, zu 1/3 der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter, und zu 1/6 den zu gründenden Kinderwiederholungsstätten des Vereins für Volkshygiene zuzufallen wird. Von dem von Professor Greiner geschätzten Postkarten ist die Gesamtauflage von 100 000 Stück bis auf einen kleinen noch zur Verfügung stehenden Rest verkauft worden.

Wenn das Komitee glaubt, sich seiner Verpflichtung der Öffentlichkeit gegenüber mit den paar Zahlen entledigt zu haben, so täuscht es sich. Mehr als im vorigen Jahre ist es diesmal geboten, der Öffentlichkeit eine Klipp und klare Abrechnung zu geben. Wir haben dem schwerhörigen Ausschuß schon einmal angedeutet, auf welche Angaben sich die Abrechnung über Einnahme und Ausgabe zu erstrecken hat. Wir erheben die Forderung heute aufs neue. Es muß gesagt werden, wie hoch die Einnahme beim Blumen- und Postkartenverkauf ist, was ferner die einzelnen andern Veranlassungen gebracht haben, ferner aus welchen Posten sich die Ausgaben zusammensetzen. Da so viel tüchtige Geschäftsleute dem Ausschuß angehören, wird ihm es doch nicht schwer fallen, eine genaue Abrechnung zu legen. Endlich ist auch über den Verbleib der 500 fehlenden Büchsen glaubhafter Aufschluß geboten. Der Ausschuß muß sich aber mit der Rechnungslegung etwas sparen, wenn er den Blumentag in der Amtshauptmannschaft nicht ganz und gar gefährden will.

Durch die Lappen gegangen ist am letzten Freitag der Obermeister der Leipziger Buchbinderinnung, Theodor Alfred Göhre, der nicht nur selbst eine große Buchbinderei sein eigen nannte, sondern hervorragender Mitbesitzer der Großbuchbindereifirma Wöfenberg war. Selbstverständlich hat Göhre sich mit genügendem Reisegeld versehen, die Abendzeitung schreibt von 100 000 Mk., die er als Reisegeld eingesteckt habe. Ueber sein Geschäft ist der Konkurs eröffnet worden. Im sogenannten Handelsteil des Bilanzblattes findet sich über die Konkursöffnung folgendes:

Die angesehene Leipziger Buchbindereifirma Moritz Göhre hat ihre Zahlungen eingestellt. Dem Vernehmen nach hat einer der Hauptgläubiger, eine Leipziger Verlagsbuchhandlung, gestern die Eröffnung des Konkurses beantragt. Der Firmeneinhaber Buchbinder-Obermeister Alfred Göhre ist seit letztem Freitag verschwunden. Ein Status liegt noch nicht vor, doch dürfte nach Lage der Verhältnisse für die Gläubiger wenig herauskommen. Die Göhrsche Buchbinderei war stets flott beschäftigt und einige der namhaftesten Leipziger Verlagsbuchhandlungen zählten zu den ständigen Auftraggebern. Auch genoh die Firma geschäftlich bisher einen guten Ruf. Herr Alfred Göhre war bis vor kurzem auch Zeilhaber der bekannten Großbuchbinderei F. F. Wöfenberg, G. m. b. H., in Leipzig, er ist aber bereits am 1. Mai d. J. wieder ausgegetreten.

Im anderen Teiltel des genannten Blattes ist über die Flucht Göhres folgendes zu lesen:

Der hiesige Buchbinder-Obermeister Alfred Göhre, der Inhaber der obigen Firma ist, hat sich seit letztem Freitag von Leipzig entfernt und seinen Angehörigen bis jetzt keine Mitteilungen über den derzeitigen Aufenthaltsort gemacht. Er hat sich bei seinem Weggange in freundlicher Weise verabschiedet, so daß keinerlei Bedenken entstanden sind. Nachdem Göhre nicht zurückgekehrt ist, haben die Gläubiger doch Verdacht geschöpft und zur Klärung der Sachlage den Konkurs beantragt. Es wird nämlich angenommen, daß Göhre größere Privatschulden gemacht hat. Das Gerücht, Göhre sei unter Mitnahme erheblicher Geldsummen verschwunden bezw. habe sich Unterschlagungen in größerem Umfang schuldig gemacht, bedarf noch der Bestätigung, wenigstens wissen die direkt Beteiligten hiervon selbst nichts Positives. Erst eine genaue Prüfung der Bücher usw. kann hierüber Klarheit schaffen. Göhre selbst genoh in seinen Kreisen volles Vertrauen, auch hat seine Geschäftsführung keinen Anlaß zu Tadel gegeben; noch vor acht Tagen hat er fällige Zahlungen geleistet. Alle, die zu Göhre Beziehungen hatten, stehen vor einem Rätsel. Göhre war bis vor kurzem auch an der bekannten Großbuchbinderei von F. F. Wöfenberg G. m. b. H. beteiligt, er ist aber infolge Differenzen mit dem anderen Gesellschafter Stadtrat S. Seifert am 1. Mai d. J. wieder ausgegetreten. Göhre hat also jetzt mit dieser Firma gar nichts mehr zu tun. Die Firma Wöfenberg gilt übrigens als gut fundiert, so daß es fast ausgeschlossen ist, daß diese durch die Affäre selbst in Schwierigkeiten geraten könnte. Man hat für das Verschwinden Göhres nur die Erklärung, daß ihm die Betätigung an zwei Stellen (er war bei der Firma Wöfenberg bis zu seinem Austritt Geschäftsführer) über den Kopf gewachsen ist. Möglicherweise ist auch, daß er der Meinung gewesen ist, sein Einkommen sei ein größeres, als es in Wirklichkeit war, und daß er dadurch über seine Verhältnisse hinaus gelebt hat.

Wie entschuldigend die Notiz über den Flüchtling abgefaßt ist, muß jedem Leser auffallen, so ganz anders, als wenn es etwa ein ungetreuer organisierter Arbeiter wäre; dabei ist den Schönfärbern doch nur zu gut bekannt, daß Göhre weit über seine Verhältnisse gelebt und deshalb auch Argwohn bei seinen Gläubigern geweckt hat. Während die Nachrichten behaupten, daß die Unterschlagungen noch nicht sicher festgestellt seien, vielmehr erst bestätigt werden müßten, sagt das Bilanzblatt, das ja vor Sensationslust halb umkommt, daß durch die Bücherkontrolle große Defizits entdeckt worden seien. Die nächsten Tage werden nun wohl die nötige Aufklärung bringen, oder soll die Geschichte vertuscht werden?

Von der Gesundheitspflege im Sommer. Man schreibt uns: Der Juni ist da und mit ihm der erste der vier Monate des Jahres, die für die Säuglingspflege den sogenannten „Sterblichkeitsgipfel“ bedeuten. Ein einziger dieser verhängnisvollen Monate erreicht in der Regel schon eine Zahl der Kindersterblichkeit, die der Gesamtzahl von etwa drei übrigen Monaten des Jahres zusammengenommen ausreißend entspricht. Darum habt jetzt Acht, ihr Mütter, und hütet euer Viebskes mit Ausbeut aller Sorgfalt und Umsicht! Vor allem lüftet die Wohnungen beständig, öffnet die Fenster, lüftet die Dielen und sorgt für freien, frischen Luftdurchzug! Bei allzu hohen Stiegenabstufen zehrt man sich mit dem Kinde möglichst nach den am schattigsten gelegenen Stellen der Wohnung zurück. Von gleich hoher Bedeutung ist jetzt auch die Frage: Wie ist die Milch für den Säugling zu behandeln, damit sie nicht den verheerenden Darmkatarth hervorruft, der den allergrößten Teil des ständigen jährlichen Totenopfers von 350 000 noch nicht einjährigen Menschenkindern allein verschlingt? Die Antwort lautet: Kühl aufbewahren, peinlich sauber halten, möglichst wenig umgießen! Wer keinen Eiskühler hat und kein Eis kaufen kann oder will, stelle die Milch in einen Topf voll kalten Wassers, der in eine Deckelkiste mit Sägespänen gefüllt ist — Holz ist ein schlechter Wärmeleiter. Wer aber ein weiteres an seinem Kinde tun will, der reiche ihm unsere städtische Vorzugsmilch. Die wenigen Groschen, die für diese Qualitätsmilch mehr gezahlt werden, bewahren vor teuren Krankheitskosten, vielleicht gar vor dem Verlust des kleinen Viebskes. Und Begräbnisse kosten auch Geld! Alle Mütter, die aber ihr Kind selbst stillen können, sollen dies jetzt tun und keinesfalls in der heißen Jahreszeit abstillen. Die Entwöhnung muß, wenn irgend möglich, bis Anfang November hinausgeschoben werden. Stillende Mütter, denen es an Mitteln zum Unterhalt und sachverständigem Rat gebricht, seien auf die städtischen Einrichtungen der Stillprämiolen und der Mütterberatungstellen hingewiesen. Mütter, die der Unterstützung nicht bedürfen, seien aber darauf aufmerksam gemacht, daß man den Säugling jetzt auch leichter und lustiger anziehen und betten muß, um ihn auch so vor dem schädlichen Einfluß der Ueberhitzung zu bewahren.

Großindustrie und Arzneiwesen. Im Arzneiwesen hat sich im Laufe des neuen Jahrhunderts eine bemerkenswerte Umwandlung vollzogen. Sie hat langsam eingeleitet und ist so vom Publikum nur wenig bemerkt worden, macht sich aber immer mehr geltend. Wenn man früher mit dem Rezept des Arztes in die Apotheke ging, pflegte man zu fragen, wie lange muß ich warten? Der Apotheker fing an zu mischen, zu kochen und auch zu kochen. Eine halbe oder eine ganze Stunde mußte man warten, ehe man die Arznei bekommen konnte. Sie bestand meist aus einer großen Flasche, eines mehr oder weniger trüben Saftes, der löffelweise verschluckt werden mußte. Fragt man heutzutage den Apotheker nach alter Gewohnheit nach der Herstellung eines Rezeptes, so antwortet er meist, Sie können es mitnehmen. Er geht an einen Schrank und nimmt ein kleines sorgfältig verpacktes Glas oder eine kleine Schachtel heraus und gibt sie dem Verlangenden. An Stelle der Arbeit des Apothekers ist in vielen Fällen ein fertiges Erzeugnis unserer chemischen Industrie getreten. Besonders unsere Großindustrie hat in engster Fühlung mit der medizinischen Wissenschaft eine Reihe von ausgezeichneten Heilmitteln dargestellt, die an Stelle der früheren Mischungen getreten sind. In Gestalt von kleinen Tabletten oder sicher verschlossenen Kapselformen sind ohne weiteres verschluckt werden oder sind etwa nur noch in Wasser aufzulösen. Diese Erzeugnisse haben, abgesehen von ihrer Erprobung durch die medizinische Praxis, vor allem den Vorzug einer genauen Dosierung. So genau wie die Maschinen die einzelnen kleinen Portionen abteilen können, vermag es im allgemeinen die Hand doch nicht. Die ausgezeichnete wissenschaftliche und berufsmäßige Vorbildung unserer deutschen Apotheker ist deshalb doch nicht überflüssig geworden. Es werden immer noch Mittel verschrieben, die er in der alten Weise bereiten muß. Außerdem legt ihm bis zu einem gewissen Grade die Kontrolle und Untersuchung der Reibkamente auf Echtheit und Reinheit ob.

Leipzig als Kongressstadt 1913. Der Verein Deutscher Ingenieure, der in Stuttgart gegenwärtig seine Hauptversammlung abhält, beschloß, 1913 in Leipzig zu tagen. Es steht, wie besonders betont wurde, heute schon fest, daß diese große Schau aber das gesamte Kulturgebiet des Bau- und Wohnungswesens gerade für das Ingenieurreisen eine große Bedeutung habe. Zur nächstjährigen Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure ist auch der Ingenieurreis der Vereinigten Staaten, die American Society of Mechanical Engineers, eingeladen und hat seinen Besuch bereits zugesagt. Damit tagen im nächsten Jahre bei der Bauausstellung die bedeutendsten Ingenieurreisen der Welt in Leipzig.

Abgestürzt. Der in der Schirmerstraße wohnhafte Bauarbeiter Julius Müller stürzte gestern nachmittag auf einem Neubau in der Reichenhainer Straße beim Transport eines Balkens durch einen Fehltritt aus einer Höhe von 6 Metern ab und erlitt dabei schwere innere und Kopfverletzungen, die seine Unterbringung im Krankenhaus nötig machten.

Am Dienstag nachmittag stürzte aus einem offenen Fenster der Wohnung des Maurers Lüdcke, Mülliger Straße 15, I., dessen 1 1/2-jähriger Tochter in einem unbewachten Augenblick auf die Straße herab, ohne Schaden zu nehmen.

Vermisst wird seit 5. Juni der 18 Jahre alte Klemmer Otto Walter Klipper, der bei seinen Eltern in der Hamburger Straße wohnte. Er ist 1,73—1,75 Meter groß, kräftig, schlant, hat ovales Gesicht, braunes hochstehendes Haar, graue Augen, gesunde Zähne und am rechten Schienbein eine Knorpelbildung; die Kleidung bestand aus blau- und weißgestreifter Hose, blauer Dreifache, braunem Jackett, ebensolcher Stoffmütze, blau- und weißgestreiftem Wäschehemd mit dem Zeichen W. R. und schwarzen Schmirchschuhen.

Gewarnt wird vor einem Einmietdieb, der sich in der Alexanderstraße einmietete und dort nach Entwendung eines Jackettanzugs sofort wieder verschwand; er ist mittelgroß, etwa 26—28 Jahre alt, hat kurzgeschneittenen Schnurrbart und trug dunklen Jackettanzug.

Ferner wurde verhaftet ein 44 Jahre alter Zuchthäusler aus Wittenberg, der sich hier in verschiedenen Wohnungen einmietete und sich nach Erlangung von Darlehen unter falschen Angaben wieder aus dem Staube machte.

Freiwillig gestellt hat sich der Polizei ein 25 Jahre alter Bierausgeber von hier, der im vergangenen Jahre in der Sternwartenstraße ein Sparbuch über 105 Mk. Einlage entwendet, davon 150 Mk. abgehoben und des BUCH dann verbrannt hatte.

Bei einer Hausdurchsuchung wurde in der Wohnung einer 25 Jahre alten Wöhin aus Lindenthal eine große Menge Bettwäsche, eine Anzahl Wirtschaftsgegenstände, Konjerven usw. aufgefunden, die von der unehelichen Dienstpersion einer ihrer früheren Dienst-

herrschaften nach und nach entwendet worden waren. Die Diebstahlsobjekte, die den respektablen Wert von etwa 1000 Mk. hatten, wurden der deutschen Herrschaft zurückgegeben.

Gestohlenen Automobil. Einer Mitteilung aus Marienbad zufolge ist dort der 23 Jahre alte Chauffeur Karl Helm mit einem Kraftwagen im Werte von 14000 Kronen klüchtig geworden; er befindet sich in Begleitung seiner Frau; der Wagen hat die Marke Raf und trägt das Erkennungszeichen 6 L 607 - A.

Ein raffinierter Betrüger. Ist der ehemalige **Frauenjäger** Richard G. d. geb. am 3. 11. 1888 in Pödel, Kreis Marienburg, der in Frankfurt a. M., wo er in der Uniform eines Fähnrichs des 7. Infanterieregiments in Saarbrücken auftrat und in einem der ersten Hotels Wohnung hatte, die verschiedensten Waren im Werte von etwa 20000 Mark mittels gefälschter Wechsel und unter Hinweis auf seine angeblich begüterten Angehörigen erschwindelte. Unter anderem erlangte er einen goldenen Ring mit einem in Malin gefassten roten Rubin, ferner Stofas, Muffen und andre Pelzwaren. Der klüchtige Betrüger ist circa 1,70 Meter groß, hat hellblondes spärliches Haar, blaue Augen, spitzes Kinn, längliches sehr blaues Gesicht, sehr gut gepflegte Hände, tritt elegant auf und spricht deutsch und französisch.

Einbruchsdiebstahl. Aus einer Wohnung der Elsterstraße wurden bei einem Einbruchsdiebstahl Kleidungsstücke, Schmuckgegenstände und sonstige Gegenstände im Werte von 1200 Mark gestohlen, darunter eine schwere goldene Damenhalskette mit Glöckchen am Verschluss, ein goldenes Kreuz aus runden Stücken, Broschen, Armbänder usw., Weste, Mäntel, Schals und Zuderzangen von Silber, fünf Damenuntertücher mit Stickereien, ein Duzend Ballstoffschürzen usw. In Verhaftung kommt ein unbekannter Mann, der im Hause kurz vor Verübung des Diebstahls mit Schreibpapier gehandelt hat.

Verhaftungen. Festgenommen wurde gestern ein 45 Jahre alter Holzproduktenhändler, der von Bitterfeld hier eintraf und sich im verdächtigen Weste, der von schweren Risse bestand. Wie sich herausstellte, befand sich darin perschnittener Leitungsdraht von Fernsprechanlagen, der in der Umgebung von Bitterfeld und Magdeburg gestohlen worden war. Der Dieb wurde sehr bald als ein in Bitterfeld wohnhafter vorbestrafter 26 Jahre alter Arbeiter ermittelt und festgenommen, der mit dem Händler gemeinsame Sache gemacht und diesem den Draht zugesteckt hatte.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Eine Todesfahrt. Einen tragischen Abschluß fand eine Autoverunglücksfahrt, die am 8. April einige junge Leute von Würzen aus unternahm. Der frühere Schlosser Max Paul Pöppe, der jetzt als Chauffeur bei seinem Bruder, der Fuhrwerksbesitzer ist, arbeitet, fuhr am genannten Tage gegen 1/2 12 Uhr abends mit drei jungen Männern und drei Mädchen vom Wittiner Platz in Würzen auf die Döblicher Landstraße hinaus. In der Nähe der Straßenkreuzung Köhlig-Burtdorfsheim riefen die Insassen dem Chauffeur zu, er möge halten, weil ein der Mädchen, Martha Gerßmann, aus dem Wagen gefallen war. Man ließ sofort zurück und fand das unglückliche Mädchen benutzlos auf der Straße liegen. Man lud sie in den Wagen und fuhr nach Würzen zurück zu einem Arzt. Dieser ordnete deren sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an. Dort ist sie gegen 1/4 1 Uhr morgens gestorben. Pöppe wurde nun beschuldigt, diesen Unglücksfall dadurch fahrlässigweise verschuldet zu haben, daß er in angetrunkenem Zustande auf einen Steinhaufen gefahren sei, wodurch die Verunglückte kopfüber zum Wagen hinausgeschleudert wurde. Daß der Chauffeur fünf Schüttel Vier getrunken hatte, ist richtig. Es wurde auch angegeben, daß er gut gekannt gewesen sei, aber betrunken soll er nicht gewesen sein. Wichtig ist auch, daß die Mitfahrenden eine Ersteilierung verweigert haben, die etwa so stark gewesen sei, wie wenn man über einen Uebergang fährt. Sie sind sämtlich ein wenig in die Höhe geworfen worden, aber sie haben sofort wieder richtig gesehnen. Das verunglückte Mädchen hatte während der Fahrt ihren Hut abgenommen und von dem Mantel ihres mitfahrenden Bruders die Kapuze abgehängt. Es ist möglich, daß sie dabei aufgestanden ist und dadurch bei dem Stoß das Gleichgewicht verloren hat. Merkwürdig ist, daß ihr Bruder, der zu ihren Füßen im Fond des Wagens saß, nichts von dem Hinauswurf der Schwester gemerkt hat. Aber er sagt, daß er sich bei dem kalten Winde ganz zusammengekauert und halb geschlafen habe. Die weitere Beweisaufnahme verläuft für den Angeklagten so günstig, daß das Gericht zur Freisprechung gelangt.

Furcht vorm Jumpsen. In Deutschland zureisende Ausländer müssen bekanntlich die Blatternimpfung über sich ergehen lassen. Davon hatte aber der aus Rußland stammende Erbarbeiter Joseph Jancaak Furcht, weil er sich einbildete, das Jumpsen verursache Schmerzen. Er verschaffte sich daher einen Jumpschein von einem andern Ausländer, auf dem der ursprüngliche Name radirt und J. S. Name dafür hingeschrieben war. Wer die Urkunde gefälscht hatte, weiß man nicht. Da aber J. wissentlich von einer gefälschten Urkunde in Preußen und Leipzig Gebrauch gemacht hatte, wurde er zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt.

Geschwindelte Glühstrümpfe. Der Arbeiter Hugo Will hat zu verstehen, ein Geschäft zur Hergebe von einem Duzend Glühstrümpfen unter der Angabe zu veranlassen, er sei von seinem Nachbar dazu beauftragt worden. Der Geschäftsinhaber fandte einen Jungen mit und diesen schickte er in einem Hause zwei Treppen hinauf, um sich dort das Geld für die Ware geben zu lassen. Natürlich war dies eine Nahe. Als der Junge wieder auf die Straße kam, war er mit den Glühstrümpfen versehen. Ähnlich verfuhr er noch einem andern Geschäft, gegenüber. Bei diesen Manipulationen hatte er sich auch einen falschen Namen beigelegt. Er, der schon vielfach vorbestraft ist, wurde zu 1 1/2 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, sowie wegen Beilegung falschen Namens zu 8 Wochen Haft verurteilt.

Schöffengericht.

Ein zum Streikfänger gemachter Arbeitswilliger. Vor dem Schöffengericht waren die Rollen gänzlich verwechselt: Der unorganisierte Arbeitswillige war wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt, während der klaffische Zeuge der Staatsanwaltschaft ein organisierter Arbeiter war. Der organisierte Geschäftsführer Wuffe trat während des Geschäftsführerstreiks bei dem Fuhrwerksbesitzer W. in Arbeit. Darüber war der dort beschäftigte Geschäftsführer Schumann aufgebracht. Er glaubte, W. wolle ihn außer Arbeit bringen; in diesem Veracht wurde er dadurch bestärkt, daß der neue Kollege fortwährend auf ihn eintredete, sich doch da oder dort zu melden, wo Stellen frei waren. Hierüber erbost, schimpfte er den W. eines Tages Lump, Wagaubund und — Streikbrecher, und drohte, ihm bei Gelegenheit einmal den Mantel voll zu haufen. Die Staatsanwaltschaft machte dem Sch. den Prozeß, denn das Wort „Streikbrecher“ war gefallen und das paßt auf § 153 wie die Faust aufs Auge. Der § 153 kann gar nicht in Betracht kommen, weil der Angeklagte nicht streikte, nicht streifen wollte, nicht organisiert war und deshalb auch nicht bestraft haben kann, den W. durch Veruuf, Schroterlung, Drohungen usw. zum Anschluß an die Lohnbewegung zu bestimmen. Das Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsrichters Werner hielt aber das bloße Ausstoßen des Wortes „Streikbrecher“ für hinreichend, den Arbeitswilligen nach § 153 zu verurteilen und ihn mit einer Gefängnisstrafe von vier Tagen zu belegen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Eine nochmalige Schließung der Dardanellen.

Konstantinopel, 12. Juni. Die Gerüchte über eine nochmalige Schließung der Dardanellen sind falsch und scheinen durch die Anwesenheit einiger italienischer Kriegsschiffe im Golf von Xeros veranlaßt zu sein. Die Garnison der Dardanellen ist alarmiert; einige türkische Offiziersfamilien sind von den Dardanellen hier angekommen. Die Befestigungen von einer Schließung der Meer-

enge bestanden auch an den Dardanellen, doch hat die Regierung noch keinen derartigen Entschluß gefaßt. Die Gerüchte, daß etwa 20 italienische Kriegsschiffe bei Xeros kreuzen und daß von dort Kanonenbatterien zu hören sei, werden amtlich dementiert. Der Wali von Smirna meldet, daß vorgestern ein italienischer Kreuzer im Golf von Kullute einen mit Kohlen beladenen türkischen Segler kapert hat. Zwei italienische Torpedoboote hätten 24 Stunden in demselben Golf vor Anker gelegen und ihn vorgestern verlassen. Die Bewässerung hat sich bei der Ankunft der Italiener in das Innere des Landes zurückgezogen. Verschiedenen Wältern wird gemeldet, ein italienische Kriegsschiffe kreuzten zwischen Zimbros und dem Festlande bei Kap Suwla.

Das Gefecht bei Janzur.

Tripolis, 11. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh machte eine Kavalleriebrigade einen Erkundungszug bis über Sidit Abd Et Silt hinaus. In der Nähe der Bergschanzung, wo die Brigade Rainaldi gekämpft hatte, fand man zahlreiche Gefallene von der Mahalla der Zuaras. Sodann durchsuchte die Brigade die Dose von Janzur und fand das an der südlichen Grenze gelegene feindliche Lager, dessen Baracken jedoch verlassen worden waren. In Brand. Zahlreiche Telegraphen- und Telefonleitungen, die von den Türken benutzt waren, wurden zerstört. — Die Kavallerie und Kriegsgesangene übereinstimmend versichern, haben an dem Kampfe bei Janzur außer den regulären türkischen Truppen sämtliche Mahallas, auch diejenigen aus den entferntesten Lagern, teilgenommen.

Die aus Benghazi gemeldet wird, zerstreuten italienische Kavallerie und Kamelreiter gestern früh bei einem Erkundungszuge einige Gruppen von Beduinen.

Die italienischen Gesamtverluste.

Rom, 11. Juni. Nach Mitteilungen des Kriegsministeriums sind bis jetzt auf den Schlachtfeldern oder infolge von Verwundungen während des italienisch-türkischen Krieges 57 Offiziere und 588 Soldaten gestorben. In diese Zahlen sind die Vermissten nicht einbezogen, deren Zahl sich auf zwei Offiziere und 325 Mann beläuft, die zum größten Teil dem ersten Bersaglieri-Regiment angehören und seit dem 23. Oktober 1911, dem Tage des Gefechtes bei Sahara-Schat, nicht mehr gesehen wurden.

Von Nah und Fern.

Bergarbeiterlos.

Herford, 12. Juni. Auf der benachbarten Grube Mühlberg riß das Förderseil. Vier Bergleute, die in die Tiefe stürzten, wurden sofort getötet.

59 Feldarbeiter verbrannt.

Tambow, 11. Juni. Auf einem Vorwerk des Grafen Dr. Low Dawybow sind 59 Feldarbeiter, die in einer Getreidegarre schliefen, verbrannt. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden.

Familiendräge.

Berlin, 12. Juni. Den Passanten der Schloßbrücke in Charlottenburg bot sich gestern abend gegen 10 1/2 Uhr ein aufregendes Schauspiel. Eine Frau sprang mit ihren beiden Kindern, einem fünfjährigen Knaben und einem achtjährigen Mädchen in die Spree. Es gelang den Passanten, die beiden Kinder zu retten, während die Frau ertrank.

Der Vulkanausbruch auf den aleutischen Inseln.

Neuyork, 12. Juni. Nach einer Meldung aus Seward (Alaska) sind die Dörfer Kodiak und Wood Island infolge des Ausbruchs des Vulkans Katmai, der am Sonntag begann und 48 Stunden dauerte, mit einer Aschenschicht von einem Fuß bedeckt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Schwere Automobilunfälle.

Meißen, 12. Juni. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich heute früh in der vierten Stunde bei Niederau. Das Automobil des Rentiers Körner aus dem hiesigen Ortsteil Zschandorf, das von dem Besitzer selbst gesteuert wurde und mit drei Personen besetzt war, fuhr beim Ueberholen eines Postgeschirres gegen einen Baum und geriet in den Straßengraben. Körner und der ehemalige Restaurateur Hentsch sind tot, der Holzbildhauer Förster ist schwer verletzt.

Tiflis, 12. Juni. Von einem Bergkamm stürzte infolge eines Steuerbruchs das in voller Fahrt befindliche Automobil eines Kaufmanns aus 400 Faden Höhe über einen fahlen, senkrechten Felsen ab. Der Besitzer des Automobils, der selbst lenkte, kam un. Der Passagier und der Chauffeur retteten sich dadurch, daß sie aus dem Automobil heraussprangen und sich an dem Felsenrand anklammerten.

Fliegerabsturz.

Neuyork, 12. Juni. Als die Marineoffiziere Hazlet und Welsh auf dem Flugplatz der Heeresaviationsschule in Maryland übten, stürzte der Zweibecker ab. Beide Flieger wurden getötet.

162. Sächsische Landeslotterie.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Ziehung vom 12. Juni.

Alle Nummern neben denen kein Gewinn steht, sind mit 120 Mark gezogen.

30000 auf Nr. 44750 bei Herrn Emil Sauer in Dresden.
20000 auf Nr. 40480 bei Herrn Hermann Sittel in Siebenlehn.
5000 auf Nr. 70789 bei Herren Petrich & Kupisch in Leipzig.
3000 auf Nr. 12701 bei Herrn Th. Graff in L.-Anger.
3000 auf Nr. 80228 bei Herrn Emil Preuß in Umdach.
3000 auf Nr. 80761 bei Herrn Martin Lewin in Leipzig.
3000 auf Nr. 35854 bei Herren Paul Kroschmar in Oschatz und Alexander Hessel in Dresden.
283 721 020 127 (200) 850 826 781 (2000) 245 904 048 201 214
588 463 1283 448 751 820 819 040 265 78 2018 671 712 782 03
385 904 420 950 271 411 182 410 541 427 878 148 707 558 178
3890 558 78 (200) 740 554 478 243 500 711 79 188 219 217 595
714 85 (200) 091 120 812 4511 898 89 709 118 87 391 13 095 515
004 881 140 (200) 53 447 808 (500) 088 (500) 741 700 882 005 782 500
5337 813 088 419 043 044 49 712 247 299 797 531 143 217
015 020 6077 420 311 802 824 765 (1000) 359 427 579 518 185
201 419 068 905 (200) 619 702 717 205 7881 514 881 890 624
14 (200) 810 381 742 (200) 544 021 191 458 111 521 8600 320
010 458 708 (200) 415 502 815 125 700 099 149 357 062 419 680
853 9027 464 398 417 888 098 887 750 214 007 52 185 690 (200)
883 202 985 528
10028 078 333 598 371 585 980 224 870 204 498 111 65 772
487 412 801 527 071 328 829 551 403 276 11281 292 030 (200) 208
570 890 781 270 881 210 283 55 429 42 659 434 584 182 067 051
736 933 868 12050 064 908 (200) 385 (200) 501 500 799 701 (3000)
620 14 188 213 578 386 908 464 892 218 13174 318 577 (200) 14
080 801 104 292 522 157 (200) 341 791 (200) 118 314 318 433 (500)
141 987 868 531 518 262 199 508 569 0 270 484 088 184 242 641
565 14489 32 258 (200) 793 689 896 917 937 859 892 (500) 349
424 180 398 231

15480	325	544	251	574	288	164	(200)	145	455	585	(1000)	278			
202	727	114	659	035	013	786	094	562	16515	85	201	988	528	75	
227	074	340	127	358	559	003	545	734	8	595	477	282	492	250	369
17218	893	478	259	528	406	888	534	068	130	551	418	778	195	39	
161	397	08	514	701	782	047	061	212	118	18868	329	18	77	531	
787	990	004	613	49	429	375	541	860	(200)	19523	187	754	150		
424	(500)	245	58	682	808	27	(1000)	598	416						
20049	(200)	040	(200)	203	217	2	801	570	620	508	88	294	430		
777	110	663	642	500	77	301	(2000)	21020	628	597	279	765	570		
180	084	274	740	432	05	302	22886	780	480	208	295	94	24	426	
443	601	858	90	382	675	515	(200)	430	843	711	876	905	481	23005	
645	785	070	890	021	759	172	584	925	988	295	783	781	855	57	
229	24240	020	(200)	15	174	589	187	070	62	55	446	874	809	242	
334	53	128	853	200											
25109	(200)	712	820	242	007	306	(200)	32	(1000)	775	055	504	013		
292	(200)	705	071	028	025	20128	32	40	150	126	557	298	005	558	
370	588	950	391	040	066	031	862	472	(200)	27721	894	5	218	322	
426	728	(200)	486	903	633	408	510	810	407	471	786	72	804	603	
543	459	437	715	639	472	48	505	24999	015	308	808	845	807	977	
816	003	138	108	431	701	10	227	384	22	05	016	804	109	372	20784
486	482	680	35	160	706	714	021	391	150	434	105	616	480	333	79
403	374	686	514	998	111										
30156	505	530	286	561	223	(3000)	046	220	038	221	519	16	84		
189	31757	201	84	497	793	517	074	420	413	762	(200)	08	001	180	
720	(200)	985	302	32028	008	310	99	10	705	85	898	112	898	431	
19	785	427	22	(500)	494	397	470	465	890	359	33488	185	836	70	
908	036	522	670	648	797	186	297	885	001	848	066	503	187	(200)	
23	678	890	328	008	34471	683	8	940	367	641	072	108	536	(200)	
180	940	8	399	554	955										
35654	(3000)	442	40	644	203	724	081	082	029	414	70	283	017		
36549	35	514	905	287	037	506	100	37601	102	890	194	487	(500)		
759	869	720	188	844	278	874	254	022	005	240	34289	865	360	94	
995	042	270	596	563	531	(1000)	899	5	206	471	582	718	458	39739	
118	373	881	(200)	757	400	532	828	(200)	144	558	861	584	274	876	
107	927	118	575	(200)	982	07									
40460	(20 000)	241	120	242	408	457	(200)	468	897	512	782				
083	(200)	185	375	178	89	883	378	10	613	771	41544	299	377	618	
428	(500)	890	940	260	859	249	499	110	99	890	633	549	423	46	
127	(200)	486	065	304	345	020	519	30	507	709	362	081	487	43951	
897	45	814	720	14	820	386	82	086	807	150	48	77	208	866	(200)
751	475	810	413	97	540	44891	8	320	204	09	(200)	968	728	678	
177	759	(30 000)	070	792	529	386	294	757	005	307					
45123	049	07	330	83	055	241	312	339	374	184	710	804	707		
05	109	498	766	772	539	134	46959	579	347	018	325	770	785	223	
707	(200)	89	73	554	225	841	47342	721	0	994	080	499	381	547	
993	422	088	552	4	340	958	349	787	714	014	990	48562	850	45	
549	(200)	323	264	408	155	458	(200)	189	595	952	538	815	111	290	
068	858	356	208	353	17	477	(200)	647	428	878	544	49407	222	6	
6	(500)	276	241	101	240	127	321	(1000)	995	877	807	701	115	355	
829	(500)	52	187	373	82	851	430	187							
50883	421	18	399	100	420	138	264	734	384	757	786	687	521		
634	(200)	48	786	847	331	227	166	54103</							

Achter Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

k. Breslau, 10. Juni. Der Vorsitzende Schumann eröffnete den Verbandstag mit einer Begrüßungsansprache, betonend, daß dies der erste gemeinschaftliche Verbandstag der vor zwei Jahren geeinten Verbände sei.

Die Vertretung der Bruderorganisationen, Weigl-Wien, Walter-Jülich, Hartmann-Leipzig (vom Lagerhalterverband), überbrachten die Grüße ihrer Verbände.

Nach diesen Formalitäten wurde die Konstituierung des Verbandstages vorgenommen und Schumann, Döring (Vorstandsmitglied) und Zimmerer-Breslau als gleichberechtigte Leiter des Verbandstages gewählt.

An den Verhandlungen nehmen 186 Delegierte, 10 Gauvertreter und je ein Vertreter des Ausschusses, der Revisionskommission, der Gleichsektion der Straßenbahner, sowie der Eisenbahner teil.

Schumann gab den Geschäftsbericht. Die außerordentlich günstige Entwicklung des Verbandes führt Medner auf zwei Ursachen zurück: auf den Zusammenschluß der beteiligten Verbände und auf die günstige Geschäftslage.

Es haben 1910/11 insgesamt 193.353 Neueintritte und Uebertritte stattgefunden. Die Aufnahmen und Uebertritte auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt, ergeben für Ausfuhr- und Fuhrleute 22.065, für Hafenarbeiter 25.091, für Expeditionsarbeiter verschiedener Art 24.506, für Hilfsarbeiter 24.201, für Hausdiener und Köcher 10.961, für Binnenschiffer 15.817, für Seeleute 14.208, für Straßenbahner 11.259 und für die übrigen Gruppen 912.000 Personen.

Vom 1. Januar bis zum 1. Juni d. J. ist ein Zuwachs von circa 7.000 Mitgliedern zu verzeichnen. Nach der Berufs- und Gewerbebeziehung von 1907 kommen 1.100.000 Berufsangehörige in Frage; es sind alle auf Eisenbahnen beschäftigten und die gelehrten Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes nicht mit enthalten.

Nach diesen Figuren ergibt sich, daß am 1. Januar d. J. 18 Prozent Organisationsfähige im Verbande organisiert waren. Die Zahl der Orte, in denen sich Verbandsmitgliedschaften befinden, ist von 222 auf 202 in die Höhe gegangen. Gleiches Schicksal mit der numerischen Steigerung der Organisation hielt auch die Gesundung ihrer finanziellen Basis.

Dann gab der Kassierer Kähler den Kassenbericht. Die dann anschließende Diskussion wurde, nachdem neun Redner gesprochen, auf morgen vertagt.

In der heutigen Sitzung gab Verbandsvorsitzender Egel-Berlin den Geschäftsbericht. Die erste Aufgabe des Vorstandes nach dem letzten Verbandstag sei gewesen, die Verschmelzung möglichst rasch und gut durchzuführen.

Den Kassenbericht erstattete Ragerl-Berlin. Am Schlusse der Geschäftsperiode hatte der Verband ein Vermögen von 1.188.800 Mk. Die Mehreinnahme gegenüber der vorletzten Periode betrug 547.588 Mk., die Mehrausgabe 546.201 Mk.

Rica-Berlin berichtete für die Redaktion. Das Verbandsorgan hatte 1911 eine durchschnittliche Auflage von 51.257 Exemplare pro Nummer.

Für den Verbandsausschuß gab Wittich-Frankfurt a. M. den Bericht. In der Berichtszeit kam es zu Differenzen mit dem Vorstand über die Kompetenzen des Ausschusses.

Verbandsvorsitzender Egel vertrat den Standpunkt des Vorstandes zu dieser Frage. Der Ausschuß sei lediglich Ueberwachungsinstitut (Befehlsinstanz), nicht aber ausführendes Organ.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet. Dann folgten die Schlußworte. Die Verhandlungen wurden hierauf auf Mittwoch vertagt.

Mitglieder festzulegen. Dieser Antrag gehe im Augenblick zu weit, wenn auch 1/3 der Mitglieder den Beitrag leisten könnten. So wie jetzt könne die Beitragsleistung nicht weitergehen.

Die Genossenschaften haben bestimmte Verpflichtungen gegen die Gewerkschaften, aber auch umgekehrt. Wenn die Gewerkschaften den Genossenschaften Mitglieder zuführen, so erleichtern sie damit den Genossenschaften die Eigenproduktion.

Eine weitere Frage sei die Volkssicherung, die als Versicherung ins Leben gerufen werden soll. Dadurch soll den Privatversicherungen der Boden abgegraben werden.

In der folgenden Diskussion bringt Seimann vom Hauptverband zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand dieses Jahr an der Beitragsleistung nichts geändert wissen will, damit eine Beunruhigung der Mitglieder vermieden werde.

Die Diskussion über die gestellten Anträge nimmt noch den ganzen Tag in Anspruch. Eine Resolution, nach der die Ortsverbände verpflichtet werden, dafür zu wirken, daß die Zahl der Mitglieder zur 1. Beitragsklasse sich so weit steigert, wie es nach Lage der örtlichen Verhältnisse möglich ist, wird angenommen.

Gaukonferenz der Schneider.

Zweiter Verhandlungstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Muppert-Staßfurt, daß der gestern angenommene Antrag Staßfurt, der die Gauleiter verpflichtet, mehr als bisher die kleinen Filialen zu besuchen, keinen Tadel für die Gauleiter bedeuten soll.

Darauf wird in den dritten Punkt der Tagesordnung eingetreten. Plog-Leipzig referiert über den 12. ordentlichen Verbandstag.

Der Verbandstag fällt in ein Kampfsjahr, da ist es selbstverständlich, daß die kritische Sonde scharf angelegt wird. Das haben ja auch die Verbandstage von 1906 und 1908 gezeigt, wo sich an den Abschluß der Bewegungen starker Unwille knüpfte.

Soziale Rundschau.

Und wieder milde Richter.

Vor dem Landgericht in Arnsherg hatte sich der Rittergutsverwalter Freiherr Clemens von Weichs auf Haus Benne im Kreise Weichs wegen schwerer Mißhandlung eines Diensthofen zu verantworten. Der 24jährige Angeklagte, der schon wegen Mißhandlung eines Knechtes verurteilt ist, verurteilt das Rittergut seines Vaters. Am 15. November v. J. war eine 16jährige Dienstmagd, die erst seit drei Tagen auf dem Gute war, ausgedrückt und hatte dabei verschiedene minderwertige Sachen, die anderen Diensthofen gehörten, mitgenommen.

Mit diesem Urteil vergleiche man die gegen Streifende und stelle einmal die Frage, was dem Diensthofen geschähe, der seinen „Herrn“ also mißhandeln würde.

18. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

k. Mannheim, 11. Juni. Der Verbandstag wurde gestern abend mit den üblichen Begrüßungsreden vom Verbandsvorsitzenden Egel-Berlin eröffnet. Er ist von 68 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern, 15 Gauleitern und je einem Vertreter des Ausschusses und der Redaktion besetzt.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgebung. G. G. m. b. H.

Bekanntmachung. Wegen vorzunehmender Inventur bleiben unsere Verkaufsstellen für Schnitt- und Mode-Waren geschlossen. Der Vorstand.

Vorlage betreffend Aenderung des Organisationsstatuts.

§§ 1-4 unverändert.

Mitglieder.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pfennig oder wöchentlich 10 Pfennig, und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pfennig oder wöchentlich 5 Pfennig. Mindestens 20 Prozent der erhabenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse zu zahlen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

§ 6 unverändert.

Berichterstattung.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1000 Mitglieder ein Delegierter, bis 2000 zwei, bis 3000 drei, bis 4000 vier, bis 5000 fünf und über 5000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Eine Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteistellen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Wählbar ist ein Parteitag, der von dem Parteivorstand einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuss den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen. Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
 2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
 3. Die Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.
 4. Die Beschlußfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
 5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.
- § 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einberufen:
1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
 2. auf einstimmigen Beschluß des Parteiausschusses;
 3. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
 4. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2, 3 oder 4 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch den Parteiausschuss. Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuss eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand, der Parteiausschuss oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande, dem Parteiausschuss oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteivorstandes ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteieinkünfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteioorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Anm.: Jeziger Abs. 3 des § 19 fällt weg.

Parteiausschuss.

§ 20. Der Parteiausschuss besteht aus 32 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Die Mitglieder sind den einzelnen Landesverbänden zu entnehmen. Zu diesem Zweck beschließt der Parteitag eine Wahlbezirkseinteilung und eine Wahlordnung. Die Wahlkreise sind so zu bilden, daß die Parteimitglieder in jedem Wahlbezirk einen Wahlkörper bilden, der berechtigt ist, für seinen Bezirk einen Wahlvorschlag zu machen.

§ 21. Der Parteiausschuss entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteistellen, die die Partei finanziell dauern erheblich belasten, sowie über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages und die Bestellung der Referenten.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre ist der Parteiausschuss vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Wenn notwendig, sind auch außerordentliche Sitzungen einzuberufen. Das muß geschehen, wenn ein Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe der Gründe es beantragen. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Der Parteitag wählt eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern, die die Verwaltung des Parteivorstandes kontrolliert und über Beschwerden entscheidet, die gegen den Parteivorstand aus seiner Tätigkeit nach §§ 17 und 19 des Statuts erhoben werden.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einwendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlin und der Vororte eine Prehkommision, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis besteht.

Die Prehkommision entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Ausstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prehkommision entscheidet der Parteiausschuss, der Parteivorstand und die Prehkommision in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§§ 26-29 unverändert (früher §§ 23-26).

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen den Parteiausschuss, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wahlordnung.

Den Wahlmodus, nach welchem die dem Parteitag für den Parteiausschuss vorzuschlagenden Genossen gewählt werden, bestimmen die Bezirks- bzw. Landesverbände im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirkes. Sie legen auch die Wahl.

Können sich mehrere Wahlbezirke, die zu einem Wahlbezirk gehören, nicht über einen einheitlichen Wahlmodus einigen, so entscheidet der Parteivorstand über den Wahlmodus dieses Wahlbezirkes.

Die Wahlbezirke, die mehr als ein Mitglied zu wählen haben, sollen möglichst auch eine Genossin als Mitglied wählen.

Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand vor dem Parteitag schriftlich mitzuteilen.

Nach § 20 des Organisationsstatuts werden Wahlkörper gebildet wie folgt:

Es wählen die Wahlbezirke:

Ostpreußen und Westpreußen	1 Mitglied
Pommern und Posen	1 "
Groß-Berlin	8 "
Brandenburg	1 "
Breslau, Kattowitz, Görtzig und Langenbielau	1 "
Magdeburg	1 "
Halle	1 "
Erfurt und Kassel	1 "
Frankfurt	1 "
Thüringen u. H. Altenburg, Gotha, Meiningen	1 "
Schleswig-Holstein	1 "
Hannover	1 "
Deftl. und Westl. Westfalen	1 "
Oberhein und Saargebiet	1 "
Rheinland	1 "
Südbayern	1 "
Nordbayern	1 "
Wstl.	1 "
Dresden	1 "
Leipzig	1 "
Chemnitz und Zwickau	1 "
Württemberg	1 "
Baden	1 "
Hessen	1 "
Medlenburg und Lübeck	1 "
Braunschweig und Anhalt	1 "
Nordwest und Oldenburg	1 "
Hamburg	2 "
Schlesl.-Volzhingen	1 "

32 Mitglieder

Bemerkungen zu den vorgeschlagenen Aenderungen des Organisationsstatuts.

Der Jenaer Parteitag nahm im vorigen Jahre einen Antrag des Kuer-Quard an, der in seinem zweiten Teile wie folgt lautet:

„Der Parteitag beschließt: Zweck Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zugleichung des Parteivorstandes eine Mitglieder Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Die Kommission wurde auf Parteitagbeschlusse auf 22 Mitglieder erhöht und Genosse Dierck, der Vorsitzende des Parteitages, hat nach Annahme des Antrages festgestellt, daß die Kommission des Organisationsstatuts auch auf die Notwendigkeit sonstiger Aenderungen zu prüfen habe. Die Kommission tagte am 18. und 14. Mai dieses Jahres in Berlin. Die von der Kommission beschlossenen Aenderungen des Organisationsstatuts sind in dem vorstehenden wiedergegebenen Entwurfe festgedruckt. In der Kommission wurde der Wunsch geäußert, daß der Parteivorstand dem Entwurfe bei der Veröffentlichung eine kurze Begründung beifügen möchte. Wie kommen diesem Wunsche hiermit nach, bemerken jedoch im voraus, daß an den meisten Paragraphen des Organisationsstatuts Aenderungen nicht vorgenommen wurden, da es sich im allgemeinen durch aus bewährt hat.

Die Kommission beschloß die erste Aenderung beim § 5. Der bisherige monatliche Mindestbeitrag für Männer von 40 Pf. wurde auf 40 Pf. monatlich bzw. 10 Pf. pro Woche, und der Beitrag der Genossinnen wurde von 15 auf 20 Pf. bzw. 5 Pf. wöchentlich erhöht. Eine solche Erhöhung war bereits auf dem Leipziger Parteitag von vielen Seiten lebhaft verlangt worden. Inzwischen haben die politischen Kämpfe an Intensität zugenommen, für die Wahlen werden von allen bürgerlichen Parteien immer größere Aufwendungen gemacht und die Aufgaben der Partei werden immer umfangreicher. Das hat in der Praxis dazu geführt, daß der 40-Pf.-Monats- bzw. 10-Pf.-Wochenbeitrag sich immer mehr durchgesetzt hat. Bereits im vorigen Jahre hatten 62 Kreise den 10-Pf.-Wochenbeitrag, 48 Kreise den 40-Pf.-Monatsbeitrag und 3 Kreise den 50-Pf.-Monatsbeitrag für männliche Mitglieder. Die Beitragserhöhung kann jetzt ohne Bedenken beschlossen werden, da der 10-Pf.-Wochenbeitrag selbst in vielen Gegenden mit geringem Lohnverdienst durchgeföhrt worden ist, ohne daß die Organisation dadurch Mitglieder verlor.

Nach dem bisherigen § 7 ist die gesamte Reichstagsfraktion zur Teilnahme an dem Parteitag berechtigt und hat — abgesehen von den die Fraktion betreffenden Fragen — volles Stimmrecht. Die Fraktion hat seit den letzten Wahlen erfreulicherweise eine Stärke von 110 Mann. Die Kommission war der Meinung, daß es genüge, wenn die Fraktion auf dem Parteitag durch eine Delegation vertreten würde. Diese Aenderung wurde bei allen früheren Beratungen über das Organisationsstatut bereits diskutiert, als die Reichstagsfraktion noch wesentlich geringer an Zahl war. Da neben der Delegation der Fraktion, bis zu einem Drittel ihrer Stärke, eine Anzahl Abgeordnete in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses anwesend sind, so wird auch nach der Aenderung des Statuts weit mehr als die Hälfte der Fraktion auf dem Parteitage vertreten sein.

Nach dem neuen § 14 soll die Vertreterin der Genossinnen in Zukunft als Sekretärin gewählt werden. Seit dem Nürnberger Parteitag sind die weiblichen Mitglieder im Parteivorstand durch eine Genossin vertreten, die als Beisitzerin gewählt wurde. Diese als Uebergangsbestimmung gedachte Form der Vertretung der Genossinnen im Parteivorstand kann jetzt geändert werden, nachdem sich die gemeinsame Organisation eingelebt hat.

Nach dem neuen § 20 soll ein Parteiausschuss eingesetzt werden. Diese Institution ist für die sozialdemokratische Partei neu. Die großen bürgerlichen Parteien haben seit langem unter verschiedenen Namen ähnliche Ausschüsse. Der Antrag 73 wurde in Jena damit begründet, daß die politischen Führer der einzelnen Landesteile an der Leitung der Partei beteiligt werden müßten. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen diese Genossen zu einem Mitglieder Ausschuss vereinigt werden, der alle Vierteljahre mindestens einmal zusammentritt. Die Beschlüsse des Parteiausschusses ergeben sich aus dem Wortlaut des Entwurfs. Die Zahl von 32 wurde festgesetzt, weil bei einer größeren Zahl die Parteileitung zu schwermfältig werden müßte. Die Ausschussmitglieder, die nicht nur eine beratende, sondern auch eine beschließende Stimme haben, sollen vom Parteitage gewählt werden, da sie ihm Rücksicht abzugeben haben. Da die einzelnen Landesteile durch Vertrauensleute im Parteiausschuss vertreten sein sollen, so hielt es die Kommission für zweckmäßig, diesen ein Vorschlagsrecht für die Wahl einzuräumen. Zu diesem Zweck müssen die Landesteile in Wahlkörper eingeteilt werden. Die gegenwärtige Wahlkreis-einteilung konnte schon aus dem Grunde nicht glatt übernommen werden, weil wir jetzt 45 Bezirke haben. Bei der Abgrenzung der Wahlbezirke mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht nur die einzelnen Landesteile soweit als möglich vertreten sind, sondern daß auch Bezirke mit sehr großer Mitgliederzahl eine entsprechende Vertretung erhalten.

Aus den 32 Wahlbezirken, die die Wahlordnung vorschreibt, soll dem Parteitag der Vorschlag zur Wahl des Parteiausschusses gemacht werden. Für die Wahl der Parteiausschuss-Mitglieder in den Wahlbezirken wurde es nicht für nötig erachtet, einen einheitlichen Modus festzusetzen, vielmehr soll, wie bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag, den Organisationen Spielraum gelassen werden. Die Wahl der Kandidaten für den Parteiausschuss kann auf den Bezirkstagen vorgenommen werden oder sie kann durch die Wahlkreisorganisationen des Wahlbezirkes direkt im Wege der Abstimmung oder auf den Generalversammlungen erfolgen.

Für den diesjährigen Parteitag sollen bereits Vorschläge gemacht werden, damit die Wahl der Parteiausschuss-Mitglieder auf dem Parteitag erfolgen kann für den Fall, daß der Parteitag die vorgeschlagenen Aenderungen beschließt.

Der Absatz 3 des bisherigen § 19 fällt weg. Die autokratischen Konferenzen der Bezirks- und Landesverbände sollen zur Beratung organisatorischer Fragen und geschäftlicher Angelegenheiten nach Bedarf auch weiterhin abgehalten werden, ebenso wie bisher schon Redakteurkonferenzen und Geschäftsführerkonferenzen stattfanden, ohne daß das ausdrücklich im Statut festgelegt ist.

Die Kontrollkommission bleibt nach dem Entwurfe erhalten als Instanz zur Kontrollierung der Verwaltung des Parteivorstandes und zur Entscheidung über Beschwerden gegen den Parteivorstand. Es erschien bedenklich, diese Funktionen auf den Parteiausschuss zu übertragen, der in politischen Fragen kollegial mit dem Parteivorstand entscheidet.

Die Kommission wird vor dem Parteitag nochmals zusammentreten, nachdem der Entwurf in den Organisationen und in der Presse diskutiert ist und die Anträge zum Parteitag vorliegen.

Kampf der Bäckergejellen

um die

Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber!

In folgenden Bäckereien arbeiten die Bäckergejellen nach den beim Streik geforderten Bedingungen: Kost und Logis außer dem Hause des Meisters und 24 Mk. Mindestlohn pro Woche. Diese Bäckereien sind der Bevölkerung bei ihren Einkäufen zu empfehlen!

Zentrum

- Beneidig, W., Windmühlentweg 3
 Bockmann, Sibonienstraße 30
 *Böttner, Anton, Kochstraße 15
 Dreihaupt, W., Brandvorwerkstr. 15
 Elze, Otto, Hamburger Straße 32
 Hartmann, Oswald, Burgstr. 14
 Höyer, Paul, Sidonienstraße 16
 Kintz, Otto, Windmühlentstraße 42
 Kollate Ransstädter Steinweg 18.
 Müller, Albert, Brandvorwerkstr. 13
 Müller, F., Ullowstr. 24
 Reiter, Robert, Körnerstraße 2
 Rothler, Albert, Ullowstraße 9
 Rothardt, Emil, Thomastusstr. 5
 Schiefer, Heinrich, Kramerstraße 6
 (Weißer Strich).
 Schwendler, Artur, Körnerstr. 13
 Schwendler, R., Seeburgstraße 60
 Trebs, Hermann, Nürnbergstraße 34
 Ullrich, Hugo, Bayerstraße 33
 Zabel, Johann, Sidonienstraße 2
 Zanker, H. A., Zeller Straße 13

Neudörf

- Nehrig, Emil, Wittstockstraße 8
 Becker, Bertha, Untere Mühlenstr. 20
 Blüthner, Gustav, Luthersstraße 7
 Böhm, Max, Tändchenweg 38
 Busch, Emil, Dörfstraße 100
 Deißler, Rob., Bergstraße 2
 Espenhain, D., Comeniusstraße 18
 Fiedler, Emil, Tändchenweg 70
 Gohler, Adolf, Liebeckstraße 28
 Hammer, Max, Kreuzstraße 35
 *Heller, Max, Margaretenstraße 2
 Jähne, Emil, Liliensstraße 28.
 Kuch, Max, Comeniusstraße
 Kuster, Emil, Gabelsbergerstr. 5
 *Laddach, Ernst, Dörfstraße 3
 Mahwig, Max, Gemeindestraße 3
 Schönberg, A. W., Senefelderstr. 11
 Stancik, Oskar, Heinrichstraße 20
 und Filiale Senefelderstraße 1.
 Stoenemesser, G., Kohlgartenstr. 38
 Wagner, Oswald, Cäcilienstr. 28
 Wuttke, Paul, Mühlstraße 32

Thonberg

- Bodler, Adolf, Krugstraße 2
 Böhm, Friedr., Reichenhainer Str.
 *Grafen, Frau, Reichenhainer Str. 42
 Horn, Oskar, Stöckerstraße 17
 *Wiedmann, Eino, Reichenh. Str. 40

Anger-Crottendorf

- Berger, Wilhelm, Weichenburgstr. 24
 Gledes, Artur, Zweinaundorfer Str.
 Goffin, Schirmerstraße 3
 Gossitt, Hermann, Wöllauer Str. 38
 Jakob, Schirmerstraße 20
 Krenner, Heinrich, Korbhakenstraße 5
 Kreuzsch, August, Bernhardtstr. 20
 Lange, Otto, Lugerstraße 13
 Löffel, Joh., Anger, Wöllauer Str. 3
 Popendier, Willy, Weichenburgstr. 5
 Reusch, Hermann, Schirmerstr. 11
 Risch, Richard, Wörthstraße 3
 Studoff, Walter, Zweinaundorf, Str. 3
 Stahr, Artur, Wöllauer Straße
 Thomas, Emil, Wörthstraße
 Werhan, L., Frankstraße 12
 Wiedemann, F., Korbhakenstraße 4
 Jüngler, Ernst, Breite Straße 10
 Rische, Otto, Zweinaundorfer Str.
 Rißler, Ador, Sellenhäuser Str. 1

Centrifug

- *Buhre, Georg, Schönefelder Str. 45
 Busse, Rich., Schiebekstraße 28
 Deißler, Otto, Theresienstraße 57
 Feil, Ernst, Salmannstraße 13
 Kupfer, Oskar, Wörliger Straße 15
 Pfeiler, Richard, Hamburger Str. 37
 Salomon, Gustav, Deltischer Str. 69
 Salomon, Richard, Schiebekstraße 19

NB. Die mit einem Stern (*) bezeichneten Bäckermeister beschäftigen zurzeit keine Gesellen, haben sich aber verpflichtet, wenn sie solche gebrauchen, diese nach den geforderten Bedingungen einzustellen.

Nur die hier angeführten Bäckereien haben die Forderungen bewilligt, während auf die Erzählung anderer, daß sie sich mit ihren Gesellen geeinigt hätten, nichts zu geben ist!

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz mit seinen drei Bäckereien in Plagwitz, Connewitz und Mockau hat mit dem Bäckerverbande einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bedeutend bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzt, als von den Kleinmeistern gefordert worden sind.

Die Brostoffabrik Gebr. Joachim, Pätz & Co. gewährt ihren Arbeitern Kost und Logis außer dem Hause und bessere Löhne, als von den Kleinmeistern gefordert werden.

Wer mithelfen will, das veraltete System des Kost- und Logiszwanges in den Bäckereien — die Hauptursache der vielen Bäckereimißstände — auszurotten, der wird die Bäckergejellen in ihrem Kampfe unterstützen und nur in diesen Bäckereien Brot und andere Backwaren kaufen.

Bitte diese Liste aufzubewahren; die nächste Liste erscheint am Sonnabend.

120261

08

SLUB

Wir führen Wissen.

http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19120612/14

gefördert von der

Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

Volkmarzdorf

- Anderz, Otto, Hildegardstraße 20
 Berndt, Bruno, Italienstraße 15
 *Dejara, Rob., Marthastraße 16
 *Eger, Artur, Joliffstraße 16
 *Fide, Edwin, Juliusstraße
 *Haase, Franz, Eisenbahnstraße 91
 Keller, Bruno, Mariannenstr. 74
 Hermann, Karl, Kirchstraße 12
 *Kloos, Richard, Elisabethstr. 11
 *Meinberger, Jul., Hildegardstr. 8
 Schneider, Reinhold, Hildegardstr. 42
 *Sach, Otto, Hildegardstraße 12
 Wetter, Hermann, Hildegardstr. 27
 *Zörner, Paul, Kirchstraße 28

Sellerhausen

- Eidner, Emil, Burgener Straße 89
 *Edwin, Paul, Baumstraße 9
 Mory, Gustav, Burgener Str. 156
 Raumann, W., Burgener Str. 145
 Reimchen, Artur, Burgener Str. 20
 Raffer, Otto, Kemptenstraße 28
 Reuer, Artur, Grottelstraße 9
 Zahn, Fritz, Burgener Straße 199
 *Zeffel, Fritz, Burgener Straße 28

Neustadt

- *Gummel, Friedrich, Ludwigstr. 35
 Kerger, Paul, Mariannenstraße 46
 *Kothe, Wilhelm, Meißner Str. 40
 Rupprecht, Eisenbahnstraße 57
 Thurn, Bartholomäus, Kirchstr. 63

Stötteritz

- Frihe, Paul, Holzhäuser Straße 9
 Hennig, Osw., Ferd.-Kost-Str. 32
 Keuning, Herm., Wöllauer Str. 33
 Knabe, Ernst, Glasstraße 1
 Kornagel, Paul, Arnoldstr. 30
 Müller, Wilhelm, Holzhäuser Str. 59
 Pötzler, Max, Eichstraße 18
 Rieger, Fritz, Glashüttenstraße 25
 Salomon, Aug., Ferd.-Kost-Str. 3
 Schade, Louis, Kreuzstraße 7
 Sach, Emilie, Hofer Straße 4

Stütz

- Müller, Julius, Leipziger Straße 4
 Anoll, Grenzstraße 1
 Mühlig, Schulstraße 13
 Heberall, H., Schulstraße 1a
 Reibig, Ernst, Carl-Härtling-Str. 22

Wöllau

- Wener, Albert, Hauptstraße 16
 Zuleeg, Joh., Stötteritzer Straße 5

Neu-Schönefeld

- *Gimpel, Oskar, Rouradstraße 29
 Schindler, Reinhardtstr. 2

Sommerfeld

- Schirmer.

Gugelsdorf

- *Frank, Willi, Bahnhofsstraße 34
 Piesch, Otto, Bahnhofsstraße
 Scheller, G., Leipziger Str. 4

Probitheida

- Dentloff, Albert, Schulstraße 10
 Anoll, Emil, Hauptstraße 3

Dölig

- Filiale Konsum-Verein, Probitheidaer Straße
 Diske, Hermann, Giebnerstr. 3
 Wiesenhütter, Karl, Vornaische Str. 163

Döjen

- Naundorf, Gustav, Johannastr. 4

Wachau

- Paufe, Otto

Connewitz

- Beier, Alfred, Vornaische Str. 87
 Böhner, Hermann, Pegauer Str. 17
 und Filiale Ede Neudorfer und
 Wiedermannstraße.
 Eumrich, H., Südkirchstraße 15
 Eitel, Franz, Jvenlauer Straße 24.
 Fröbisch, Hermann, Hermannstr. 32
 Hartung, Gustav, Vornaische Str. 42
 *Hermann, verehlt., Wiedermannstr. 65
 Hüte, Friedrich, Vornaische Str. 33
 Jchmann, Reinhold, Wiedermann-
 Straße 33
 Kästner, Max, Ernestistraße 14
 Krichler, Gustav, Vornaische Str. 79
 Kühne, Paul, Brandstraße 19
 Küster, Oskar, Leopoldstraße 30
 *Lehmann, Joh., Waisenhausstr. 4
 Preuser, Robert, Brandstraße 3a
 Rasche, Artur, Neudorfer Str. 54
 Riedel, Otto, Jvenlauer Str. 36
 Scholl, Paul, Piesingerstraße 28
 Söh, Walter, Klemmstr. 12
 Schilling, G., Auerbachstraße 8
 Hofmann, Otto, Vornaische Str. 68

Gaußsch

- Beibe, Paul, Dörscher Straße 13
 Dide, Emil, Koburger Straße 24
 Döbke, G., Dörfstraße 33
 Schöne, Otto, Spinnereistraße 3

Schleußig

- *Kriger, Franz, Könnertstraße 68
 *Schäfer, Fritz, Wilmmerstraße 12
 *Tischner, Hugo, Stieglitzstraße

Vindenu

- Abrecht, Emil, Henriettenstraße
 Auerwald, Rich., Merseb. Str. 45
 Beder, Hermann, Albertinerstr. 51, 1.
 Bergmann, Hermann, Merseburger
 Straße 78
 Bieder, G., Leuschner Straße 58
 *Braun, Heinrich, Diakonienstr. 3.
 Buschmann, Rich., Kulturstr. 24.
 *Bräuning, Hugo, Merseburg Str. 37
 Duhof, Ador, Caloviusstraße 11
 Dreher, Paul, Geracr Straße 18
 Friedrich, Artur, Gundorfer Str. 64
 *Glaser, Karl, Albertinerstraße 92
 Garsch, Hugo, Karl-Heine-Str. 58
 Gierke, W., Lügner Straße 8
 Gonat, Franz, Holteistraße
 Jacob, Reinhold, Lügner Str. 206.
 Knothe, Alfred, Caloviusstraße 33
 Künne, G., Karl-Heine-Straße 62
 Lange, Bruno, Merseburger Str. 78
 Lehmann, W., Gutsmuthsstraße 48
 Nisch, Friedrich, Gundorfer Str. 58
 Müller, G., Filiale Markt 4
 Nuschke, Erwin, Albertinerstr. 64
 Piescha, Gustav, Kaiserstraße 67
 Pehold, Hellmuthstraße 2.
 *Pilling, Otto, Merseburger Str. 50
 Pönig, Rich., Heinrichstraße 12
 Reinhard, Wilh., Lügner Straße 83
 Schanenburg, Paul, Albertinerstr. 112
 Schellberg, Otto, Dörfstraße 24
 Schink, Emil, Karl-Heine-Straße 42
 *Schroter, Karl, Gießerstraße 2
 Seidel, Heinrich, Josephstraße 15
 Saffert, Otto, Kaiserstraße 10
 Sela, Alb., Aurelienstraße 36
 Steinborn, Artur, Kulturstraße 13
 Stockmann, G., Siemeringsstraße 4
 Tesch, Richard, Merseburger Str. 118
 Thiele, Hermann, Lügner Str. 102
 Thume, Paul, Markt 1
 Travnißcher, Joseph, Friedrich-
 August-Straße 25
 Volkmann, Ernst, Gundorfer Str. 39
 Walter, Alwin, Spittastraße 36
 *Waltzer, Otto, Luedstraße 19
 Wegel, Karl, Pohnemannstraße 18
 Zorn Th., Aurelienstraße 44

Plagwitz

- Apel, Paul, Salzstraße 21
 *Berthold, J., Rillingenstraße 11
 Beier, Hermann, Piescherstraße 84
 *Fäger, L., Bauhütten Str. 15
 Grant, Otto, Ziegelstraße 29
 *Geisiegel, Raumburger Straße
 Hofmann, Albin, Jahnstraße 42
 Müller, Gustav, Piescherstraße 32
 Richter, Paul, Merseburger Str. 14
 Schmidt, Hermann, Gießerstr. 38
 Schweigel, Hermann, Raumburger
 Straße 55
 Sperling, G., Kolbestraße 1.
 Stahr, Richard, Weissenfeller Str. 56
 Teubner, Ernst, Merseburger Str. 11

Kleinshocher

- Coccejus, Otto, Wigandstraße 7
 Dänfel, August, Cuthraer Straße
 *Garimann, B., Ludaer Straße 69
 *Haußlein, Alfred, Karasstraße 88
 *Hertel, Otto, Dieckaustraße 101
 Knabe, Paul, Siemensstraße 26
 Krichsch, Karl, Altanländer Str. 19
 Kummer, Reinhold, Dieckaustr. 38
 Meyer, Max, Gießerstr. 83
 Neubert, Emil, Siemensstraße 41
 *Schöne, Bruno, Wigandstraße 46
 Ullrich, B., Kreuzigerstraße 3
 *Vollmann, Paul, Antonienstr. 28
 *Wagner, Franz, Wigandstr. 34
 Weiner, Franz, Antonienstraße 55
 Walther, Bernhard, Baumannstr. 11
 Wuri, Otto, Gießerstraße 84
 Zöllner, Robert, Schönauer Weg 9

Großshocher

- Freiberger, Alwin, Kirchstraße 16
 Jahn, Bruno
 Müller, Otto, Bahnhofsstraße
 *Neumann, Artur, Mittelstraße 21
 Schneider, Bruno, Hauptstraße 44
 Weidenmüller, Emil, Hauptstr. 78

Leusch

- *Arthel, Otto, Weinbergstraße 8
 Bieder, G., Hauptstr. 41 (Filiale)
 Gänsel, Oswald, Barnecker Str. 31
 *Geisand, Alfred, Waisenhausstr. 8
 Kühn, Richard, Dörfstraße 35
 Räßing, Arthur, Grenzstraße 6
 Reibich, Karl, Vindenuer Str. 37
 Pollin, G., Hauptstraße 85
 Schwendler, Anton, Barnecker Str. 18
 v. d. Weh, Richard, Barnecker Str. 19
 Zimmermann, Gustav, Vindenuer
 Straße 54

Dörsch

- Mier, Hauptstraße 3
 Wey, Albin, Gaußscher Straße
 Schmieding, Raimund, Städtelner
 Straße 7
 Schreier, Fritz, Dörfstraße 3
 Spiegler, Max, Gaußscher Str. 1

Marktleberg

- Grune, Max, Vornaische Straße 98
 Martin, Albin, Vornaische Str. 47

Baunsdorf

- Auerwald, Otto, Paulinenstr. 7
 *Berndt, Gustav, Albertstraße 15
 Gröbner, Alwin, Weidlichstr.
 Hempel, Otto, Johannesstraße
 Reihmann, Herm., Wilhelmstraße 9
 Schneider, Fr., Friedrichstraße 10
 Springbett, Paul, Dresdner Str. 45

Mockau

- Koch, Ernst, Volbedingstraße 31
 Rischke, Alfred, Wilhelmstr. 9
 Schreiber, Franz, Wilhelmstr. 25
 Wendisch, Max, Feldstr. 6

Bütschena

- *Gartisch, Wilhelm
 Kuch, A., Hallische Straße 40

Wödern

- Gardtmann, G., Neufere Hallische
 Straße 287
 Kähler, H., Kirchbergstraße 27
 Leistner, Rich., Hallische Straße 197.
 *Neubert, Albert, Gust.-Kühn-Str. 4
 Honniger, H., Neuf. Hallische Str. 298
 Pitz, Max, Neufere Hallische Str. 256
 *Schmool, Wilh. Ernst, Neufere
 Hallische Straße 208

Gohlis

- Sennig, Artur, Neuf. Hallische Str. 141
 Knorr, Ernst, Schützenber Str. 11
 Anoll, Enno, St. Privatstraße 16
 Rohrbach, Arwed, Bricstr. 35
 Frau verio. Sprenger, Mendelstr. 45
 Steitmann, Robert, Beaumontstr 18
 Stier, Anna, Cöthener Straße 18
 *Sturru, P., Travelettenstraße 12
 Werner, Robert, Friedr.-Karl-Str. 31
 Wille, Andreas, Neuf. Hallische Str. 100
 Friedrich, Richard, Lothvinger Str. 89

Wahren

- *Erner, Oskar, Halleische Straße 20
 *Krabbe, Franz, Halleische Str. 50
 Schfarth, Arno, Bahnhofstraße 1

Thetta

- Radschun, Ernst, Lindenstraße. 19d
 Rantik, Otto, Kreuzstraße 160

Schönefeld

- Bischhoff, Leipziger Straße 40
 Böckner, Emil, Leipziger Str. 115
 Goldschmidt, Fr., Leipziger Str. 26
 Goldschmidt, Dimpfelstraße 63
 Gischke, Karl, Stannleinplatz 5
 Müller, J. D., Dimpfelstraße 41
 Mahwig, D., Kreuzstraße 3
 Pfeiffersamer, Emil, Leipzig Str. 112
 Wehner, Adolf, Dimpfelstraße 34
 Wehrauch, Robert, Lazarusstr. 23

Böhlitz-Chrenberg

- Kabitzsch, Wilh., Südstraße 34

Liebertwollwitz

- Gäber, H., Grimmaische Straße 307

Zudelhansen

- Gartisch, W., Zweinaundorfer Str.
 Hebenstreit, W.

Holzhausen

- Fuhrmann, Reinhold, Körnerstr. 16

Stahmeln

- *Högel, Ernst

Seebenitz, 28

- Planert, Georg

Göhrenz bei Markranstädt

- Rösch, Otto

Wiederitzsch

- Müller, Adolf
 Reihardt, Max, Stenkerstraße

Hänichen

- Meißner, Albert, Hallische Straße

Kroftewitz

- Brosig, Richard

Quasitz

- Meißner, W.

Die Lohnkommission der Bäckergejellen von Leipzig und Umgegend